auswärts 2.50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM









Nr. 138 14. März 1991

unser allseits beliebtes

VORWORT

Zuerst eine Entschuldigung an die geneigten LeserInnnen: diese Nummer ist uns, trotz aller Mühen, mal wieder als Bleiwüste geraten. Dabei ist noch jede Menge "Stoff" in den Ordner gewandert. Vielleicht könntet ihr AutorInnen auch mal das eine oder andere Bild in eure Texte unterbringen!
Wie schon im letzten Vorwort geschrieben, bleibt das Thema Golfkrieg auf der Tagesordnung, aber ihr werdet in diesem Heft merken, daß sich die Fragestellunhgen in den betreffenden Artikeln verschieben. Die Hintergrundinfos treten zurück und machen der Frage nach den nächsten Schritten für den Widerstand hierzulande Platz. (Bremer Plenum/Artikel v. antifaschistischen Widerstand im Irak)
Zu Hanna Cash "Auf ins Offene" gabś einige Kontroversen unter uns. Welche ärgerten sich über den Ton, den sie anschlägt, andere waren von der Superlänge abgeschreckt (liest doch sowieso keine). Dazu kommt, daß sie nach unserer Meinung einleitend mehr verspricht, als dann wirklich eingelöst wird. (z.B. die politische Auseinandersetzung um die Strategie der RAF zu führen) Etwas ratlos stehen wir vor dem Schluß, der eine Ethik- und Moraldiskussion neu anzuschieben versucht. Trotzdem drucken wir das Papier vollständig ab. Als Lesehilfe für Wildentschlossene empfehlen wir, zuerst mit dem "Perspektiven" (ab S.12) anzufangen.
Ansonsten: der 8.März ist vorbei, nur noch kurze Zeit, dann kommt der Mai,oder ??

bis näxte Woche...

Inhaltsverzeichnis


Ordner

Revolutionäre Kommunisten zu Rap-Musik
Volkssport aus Köln
Info 2 zum Golfkrieg
Redebeitrag vom Infoladen Schwarzmarkt,HH
Organisation und Anmeldung Anti-Poll-Tax-Demo inLondon,23.3.
Vorbereitungstreffen europaweiter Aktionstage Zürich, 1.-3.3.
Brief an die Mahnwache vor der Gedächtniskirche
Infofax aus Italien - Sorry, aber der Text war nicht verstehbar - Anscheinend hat euer Computer durchgedreht!

Anpisserei gegen die Interim: "Es könnte mir ja gleichgültig sein, was Interim fürn Blatt ist - ich musses ja nicht lesen"...genau! Konstruktive Kritik finden wir richtig und notwendig, auf Angepisse stehen wir nicht.

Zwei Papiere zu Swen aus Nürnberg - stand inhaltlich nichts Neues drin

IMPRESSUM
Herausgeberin: Interim e.V. Gneisenaustr. 2 a 1000 Berlin 61
Redaktionsanschrift: s. o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag



GEMISCHTER SPORT

In der Nacht vom 8/9.3. wurden von gemischten Gruppen an 124!
Banken die Geldautomaten,Nachttresore und Türschlößer sabotiert.
Wir sehen diese Aktion nicht als Konkurrenz zum internationalen
Frauentag sondern als eigenständige, ergänzende Aktion auf die
herrschenden Kriegsformen. Zum Kriegsalltag gehört die
Finanzierung von von Rüstung, um Menschen und Sachen zu vernichten
und um hinterher die zerstörten Länder wieder aufzubauen. In
beiden Fällen machen die Banken dicke Profite. Zum Alltagskrieg
der Banken gehört z.B. die Unterjochung der ehemaligen DDR-
Gemeinden durch Kreditgebung zu horrenden Zinsen, aber auch das
Vorantreiben der Privatverschuldung durch sog. Konsumentenkredite.
Die Banken nutzen Menschen aus, um ihre Profite zu steigern.
Kampf den Profitgeiern!

FRAUENSPORT

Voller Freude auf den internationalen Frauenkampftag haben wir in der Nacht zum 6.3. Beate-Uhse in der Invaliden Str. mit flammenden Grüßen bedacht.

Wir grüßen die Piratinnen aus Köln auf's schärfste.

Leider ist die erfolgreiche Aktion von der Presse,
mit Ausnahme des kurzen Hinweises im Abendkurier,
völlig verschwiegen worden und konnte daher nicht zur
Mobilisierung und guten Laune am und vor dem 8.3. bei-
tragen.
Wir vermuten, daß auch unsere Erklärung abgefangen
wurde - um die Nachrichtensperre zu durchbrechen also
dieses zweite Schreiben.

GEGEN SEXISTISCHE UND RASSISTISCHE AUSBEUTUNG

Für einen starken internationalen FRAUENKAMPF!!

Gegen ALLTAGsKRIEG UND KRIEGsALLTAg WELTWEIT!!!

Calamity - Jane

Flammen schlugen aus Erotik-Shop

Im Beate-Uhse-Laden Invalidenstraße (Mitte, Ecke Schwarzer Weg) brach gegen Mitternacht ein Feuer aus. Die Flammen im Büro des ehemaligen Intershops fraßen sich durchs Dach. Die Feuerwehr hatte nach einer Stunde gelöscht.

KAMPF DEM KNASTSYSTEM!!

Allerwertester Herr ...

Wir wissen nicht,ob Sie sich jemals Gedanken über Knast gemacht haben.
Ob Sie sich vorstellen können, in einem 9 qm-Loch gefangengehalten zu werden, 24 Stunden am Tag der Willkür von Schließern, Knastleitern, Ärzten und Richtern ausgeliefert, ohne jede Möglichkeit sich deren Zugriff zu entziehen. Arbeitssklave zu sein, für einen Stundenlohn von einer DM, Ihre FreundInnen, Kinder alle zwei Wochen für eine halbe Stunde zu sehen, vielleicht durch eine Trennscheibe - und dann, wenn Ihnen der Kragen platzt, wenn Sie es einfach nicht mehr aushalten, sich bemerkbar machen, sich wehren, dann mit Psychopharmaka abgespritzt für unbestimmte Zeit in einen Bunker verschleppt zu werden, wo es nichts mehr gibt, außer Ihrem Körper, einer Gummimatratze und einem Loch im Boden..?

Wie gesagt, wir wissen nicht, ob Sie jemals darüber nachgedacht haben.
Wir können uns aber denken,was Sie dazu bewogen hat, sich am Neubau eines der sterilsten und sichersten Arbeitslager der BRD, dem Knast Heimsheim, zu beteiligen: der Profit!
Da Ihnen anscheinend kein Job zu schmutzig ist und Sie, wenns ums Geschäft geht, keine Grenzen kennen, nach dem Motto "egal was,egal für wen, ich führe jeden Auftrag aus, Hauptsache die Kasse stimmt", haben wir uns entschlossen, Ihnen die Rechnung zu präsentieren und Ihnen heute nacht Ihre Firma anzuzünden. Wir hoffen, daß der materielle Schaden Ihren Gewinn, den Sie bei diesem Auftrag gemacht haben, um einiges übersteigt.
Wir haben - mehr oder weniger zufällig - Sie rausgegriffen, stellvertretend für die vielen beteiligten Firmen.
Ob Sie "nur" die Sichtblenden an den z.T. mit Panzer- und Milchglas versehenen Fenstern anbringen ließen,
die Klospülung im Bunker gebaut haben, die nur von außen durch Schließer zu betätigen ist,
die "ausbruchsicheren" Schlösser konstruiert haben, die ihren Mechanismus nach jedem Schließen verstellen,
oder gar das zentrale Kontrollsystem entwickelt haben, das jede Betätigung der Gefangenen (Lichtschalter, Klospülung, Wasserhahn, Sprechanlage,..) aufzeichnet, ist uns dabei ziemlich egal!
Sie waren eine der Firmen, die Heimsheim gebaut haben, und der Teil des 100 Millionen-Kuchens, der für Sie dabei abgefallen ist, war es ihnen allemal wert, sich in dieser Form an der Ausbeutung und Zerstörung tausender Menschen zu beteiligen.
Wir können nicht verhindern, daß Menschen weggesperrt, psychatrisiert, in Heime abgeschoben, entmündigt und zerstört werden, weil sie nicht den Leistungsprinzipien dieser Gesellschaft und ihrer darin festgelegten Rolle entsprechen. Wir können auch nicht verhindern, daß für diese Ausgrenzung, für das Gefügigmachen und Brechen von Menschen immer neue Konzepte entworfen, Techniken entwickelt, Knäste gebaut werden.
Aber wir können dafür sorgen, daß diese schmutzigen Geschäfte in ihrem reibungslosen Ablauf gestört werden, daß Sie und all die anderen kleinen und großen Mittäter mit dem Risiko leben müssen, für ihre Schweinereien zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Kampf dem Knastsystem!

++

Insgesamt 94 Firmen und Architektenbüros haben Heimsheim gebaut und geplant. Drei von ihnen haben wir am 3.2. in Form von Brandsätzen die Rechnung präsentiert:
Firma Essig in Weissach (Rohbau), Baumaschinen zerstört
Frank Richard GmbH in Stuttgart (Holzparkett), Materiallager zerstört
Firma Volz in Achern (Sanitäre Anlagen), Verwaltungsgebäude angezündet.
Allen anderen schickten wir einen Brief, in dem wir ihnen erklären, was wir von ihren Geschäften halten, und sie davor warnen, solche oder ähnliche Aufträge künftig anzunehmen.

Für uns, die nicht in Heimen, Psychatrien und Knästen gefangen sind, kann Knastkampf nicht ausschließlich die Unterstützung von Aktionen sein, die Gefangene durchführen, und nur stattfinden, wenn es in den Knästen brodelt. Unsere Bedingungen sind ganz andere als die der kämpfenden Gefangenen, die dem direkten Zugriff der Justiz und ihrer Schergen ausgeliefert sind, und daraus ergeben sich auch verschiedene Möglichkeiten und Zeitpunkte für den Kampf gegen die Knäste.
Wir können jederzeit aus unserem eigenen Verhältnis zu Knast, als einem der wichtigsten Repressionsinstrumente dieses Systems, gegen die Verantwortlichen und ihre zahlreichen HandlangerInnen vorgehen! Jeder Schließer, der mit Vorliebe ausländische Gefangene quält, jeder Knastarzt, der für das Abspritzen mit Neuroleptika berüchtigt ist, jede Oberschwester, die fleißig dazu beiträgt, daß alte Menschen, die keine Lobby mehr haben, entmündigt werden - sie alle können aus ihrer Anonymität herausgerissen werden. Je mehr wir ihnen auf die Finger schauen, desto weniger Schweinereien werden laufen, desto höher wird ihr Berufsrisiko.

Wir sind KnastgegnerInnen, wir wollen, lieber heute als morgen, daß die Knäste verschwinden!! Daß diese Position eine ziemlich umstrittene ist, ist uns dabei klar. Auch für viele Linksradikale ist Knast nicht nur Unterdrückungsinstrument um diejenigen wegzusperren, die stören (z.B. eingewanderte Frauen und Männer, die im reichen, sauberen Deutschland nichts zu suchen haben), oder welche, die das System bekämpfen - sondern Knast ist für sie **auch** ein notwendiges Bestrafungsinstrument, da eine Gesellschaft ohne Knäste erstmal unvorstellbar erscheint und nicht klar ist, wie wir mit Menschen umgehen sollen, die Sachen bringen, gegen die wir uns auf irgendeine Art wehren müssen. Insofern wird der Staat auch immer ein stückweit als Macht, die bestraft und richtet, anerkannt!!
Wir können hier keine Alternative in Bezug auf eine befreite Gesellschaft liefern, die müßte von den Menschen, nach einem gesellschaftlichen Umbruch, entsprechend der dann noch existierenden Unterdrückung, gemeinsam erarbeitet werden.
Unsere Perspektive kann nur sein, uns überall stärker zu organisieren, um gegen rassistische Übergriffe, Vergewaltigung, Drogenhandel,...so vorgehen zu können, wie wir es aufgrund unserer Diskussionen für notwendig halten und den Herrschenden endlich dieses Legitimationsmäntelchen zu entreißen!

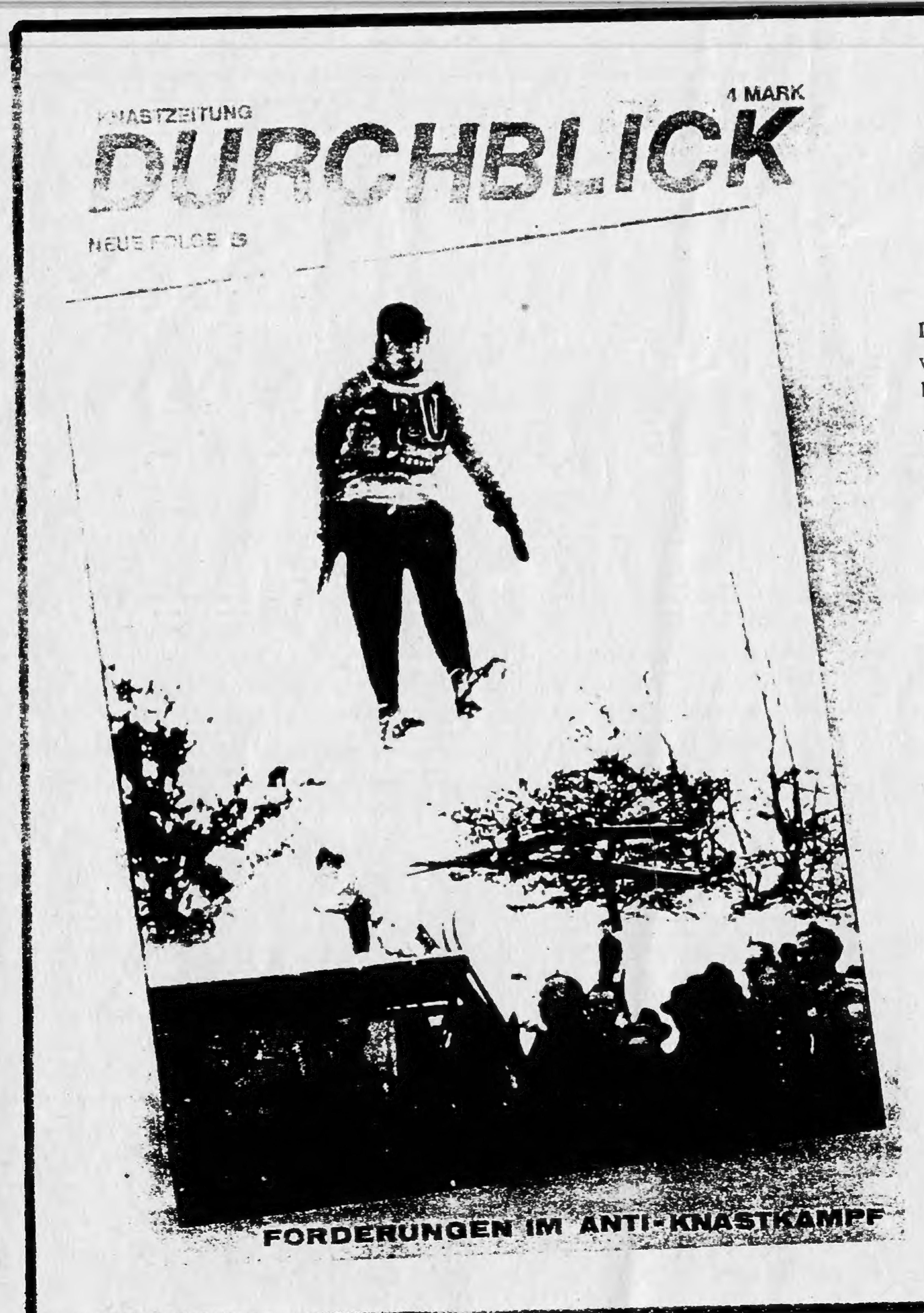
Es ist klar, daß bei der derzeitigen Stärke des Widerstands sich nicht jede Gruppe mit Aktionen in den Knastkampf stürzen kann, um eine breite praktische Offensive gegen die Knäste zu starten. Aber es müßte möglich sein, daß wir unsere Position zu Knast nicht nur dann auf den Tisch bringen, wenn es mal wieder topaktuell ist (z.B. Hungerstreik von RAF und Widerstand), sondern daß sie bei allen unseren Kämpfen, Kampagnen, politischen Überlegungen als fester Bestandteil auftaucht.

Viele setzen das Verhältnis zu Knast mit dem Verhältnis zu den Gefangenen gleich. Es müßte klar sein, daß daß wir zu einigen von ihnen einfach kein Verhältnis haben **können**, weil wir ihr Handeln völlig ablehnen und bekämpfen.

Knastkampf und damit unsere Position zu Knast darf im wesentlichen nicht Sozialarbeit oder nur die Unterstützung gefangener GenossInnen sein, sondern muß den Knast als Unterdrückungsinstrument dieses Systems begreifen - und aus diesem Verhältnis heraus muß er angegriffen werden!

Wir grüßen alle, die in den Kerkern sitzen!





Inhaltsverzeichnis

Auf ins Offene!

Beitrag zur Debatte mit den Gefangenen und der RAF

Vorbemerkung

Seitdem der Hungerstreik der Gefangenen 1989 weitgehend ergebnislos verlaufen ist, herrscht Rat- und Sprachlosigkeit unter denjenigen, die den Hungerstreik unterstützt haben. Die RAF macht weiter wie gehabt ihre Aktionen. Die Situation einzelner Gefangener hat sich drastisch verschärft. Im Zeitraffer löst sich das sozialistische Lager auf. Die kommunistische Idee ist diskreditiert wie nie. Deutschland ist unter der CDU wiedervereinigt. Die "DDR-Aussteiger" bieten sich z.T. der Justiz als Kronzeugen an und arbeiten auf ihre Weise an der Zerschlagung aller mit der RAF verbundenen Hoffnungen. Verfassungsschutzchef Lochte macht sich die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung zu eigen, und die Bundesregierung ist ebenfalls für die Zusammenlegung, wenn nur die RAF endlich aufgibt.

Versuche, eine erneute Diskussion darüber in Gang zu bringen, wie wir - die sich als revolutionär verstehende Linke - die Gefangenen aus der Isolation bekommen und Zusammenlegungen durchsetzen können; wie wir die Freilassung zumindest der Haftunfähigen und der zu "lebenslänglich" Verurteilten, wenigstens nach 15 abgesessenen Jahren, erreichen könnten, ohne daß sie zu Kreuze kriechen müssen, sind bisher immer wieder ganz schnell in Konfusion und Lähmung erstickt.

Dieser Beitrag ist der Versuch, ein bißchen gedankliche Klarheit in all den Wirrwarr zu bringen, mit dem Ziel, daß wir endlich wieder die politische Initiative bei der Unterstützung der Gefangenen in die Hand bekommen. Dazu ist es auch notwendig, die politische Auseinandersetzung um die Strategie der RAF zu führen. Diese Diskussion ist längst überfällig und muß - wie jede Diskussion um politische Strategie - so öffentlich wie möglich geführt werden. So schwer das auch ist, müssen endlich alle GenossInnen ihre Fragen und Kritiken auf den Tisch packen (können). Ohne das geht inzwischen nichts weiter an wirksamer Unterstützung für die Forderungen der Gefangenen. Spätestens nach der unveränderten Fortsetzung der Hinrichtungsaktionen nach dem Hungerstreik einerseits und dem Lochte-Vorschlag und dem "Angebot" der Bundesregierung andererseits kann man nicht länger so tun, als sei die Frage der Unterstützung der Gefangenen ein von der Politik der RAF unabhängiges Thema.

Zur Klarstellung: Bei dieser Diskussion geht es nirgends darum, die Legitimität und die Notwendigkeit des unnachgiebigen Kampfes gegen die imperialistische Politik der Bundesregierung anzuzweifeln. Es geht vielmehr darum, gemeinsam um den besten Weg zu streiten.

Der jetzt folgende Text ist entstanden in Diskussion mit FreundInnen und GenossInnen aus verschiedenen Arbeitsbereichen und insofern keine Einzelarbeit.

Der Hungerstreik '89

Die Erfahrungen beim Hungerstreik 1989 waren ermutigend, auch wenn die Anstrengungen nicht ausgereicht haben, die Zusammenlegung in große Gruppen und die Entlassung der Haftunfähigen durchzusetzen. Ermutigend war die - gemessen an früheren Hungerstreiks - relative Breite des unterstützenden Spektrums. Das hatte wesentlich mit der Stoßrichtung der Hungerstreikerklärung zu tun, infolge derer von denjenigen, die Unterstützungsaktionen organisierten, großer Wert auf Verständlichkeit der Forderungen gelegt wurde und mit relativ neuer Offenheit, mit wesentlich weniger Arroganz als früher, an politische Spektren, an Menschen herangegangen wurde, deren politischer Alltag alles andere als "militant" ist, und die, im Gegensatz zu früher, als politisch Handelnde ernst genommen worden sind. Möglicherweise hat zu der relativen Breite auch beigetragen, daß es schon seit geraumer Zeit keine Aktion der RAF gegeben hatte, und nicht die "Gefahr" bestand, sich bei Unterstützung des Hungerstreiks mit Aktionen der RAF konfrontieren lassen zu müssen und womöglich mit Aktionen identifiziert zu werden, hinter denen man politisch nicht steht.

Ich hatte den Eindruck, als seien die Breite und der öffentliche Druck für die Forderungen der Gefangenen noch ausbaufähig gewesen, wenn mehr Zeit dafür dagewesen wäre. Und wenn wir mehr Phantasie entwickelt hätten für Aktionsformen, an denen sich Menschen aktiv beteiligen können, die nicht zur "Scene" gehören. Das Potential der ansprechbaren Leute war noch längst nicht ausgeschöpft. Die Grenzen der Mobilisierung während des Hungerstreiks waren aber da erreicht, wo die CDU-Länder, nach Mompers vorsichtigem Vorstoß zu einer begrenzten Zusammenlegung, aus Wahlkampfgründen dicht gemacht haben. Danach ging nichts mehr, obwohl es vorher eine relativ gute Presse gegeben hatte, und sogar der Verfassungsschutz (aus seinen taktischen Überlegungen: keine "Märtyrer", keine "neuen Rekrutierungen" - aber uns sollte es recht sein) Gruppen bis zu 8 Leuten angeregt hatte. Die CDU-Wahlkampftaktik, sich gegen die Erfolge der Republikaner bei den vorangegangenen Landtagswahlen und der Europawahl nach rechts zu profilieren, setzte, nachdem Kohl nach Ostern im Bundestag eindeutig gegen eine Zusammenlegung Stellung bezogen hatte, eine in diesem Hungerstreik nicht mehr zu überwindende Grenze. In dieser Situation war es richtig, den Hungerstreik abzubrechen, da nichts mehr zu erwarten war. Mit dem Abbruch vermittelte sich nicht das Gefühl absoluter Ohnmacht, sondern eher ein: o.k., das hat sich alles gar nicht schlecht angelassen. Da wär von uns aus, was Bereitschaft innerhalb der Bevölkerung angeht, sich mit den Haftbedingungen auseinanderzusetzen. Forderungen zu unterstützen, noch einiges zu machen gewesen. Es hat halt diesmal aus Gründen, die wesentlich außerhalb unserer Einflußmöglichkeiten lagen - Wahlkampf - nicht gereicht.

Der fast erfolglose Abbruch des Hungerstreiks war auch deswegen nicht so niederschmetternd, weil aufgrund der Hungerstreikerklärung die Perspektive eröffnet schien, in Zukunft endlich gemeinsam in einer Diskussion - ohne die alten Abgrenzungen - weiter nach erfolgversprechenden Wegen suchen zu können, um die Forderungen der Gefangenen durchzusetzen.

Nach dem Hungerstreik hat die öffentliche Unterstützung der Forderungen der Gefangenen aufgehört. Gründe sind sicher auch, daß wir alle von den Aktivitäten während des Hungerstreiks ausgepowert waren, viele haben ja "alltags" eine andere politische Praxis, und die Hungerstreik-Unterstützung war zusätzliche Anstrengung. Außerdem setzte im Juli die deutsch-deutsche Vereinigungs-Dynamik ein und beherrschte die Köpfe und die Schlagzeilen. Ab da stand die gesamte Linke nur noch wie erstarrt da und konnte gar nicht so schnell gucken, wie sich mit einem Mal die Ereignisse überstürzten und im Zeitraffer 40 Jahre realer Sozialismus - und das nicht nur in einem Land - aufgerollt und in kapitalistische Bahnen eingepresst wurden.

Die Aktion gegen Herrhausen

Am 30. November 1989 wurde der Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, von der RAF hingerichtet. Meine erste Reaktion: Scheiße, was soll das? Und: Alle Bemühungen um Zusammenlegung und Entlassung der Haftunfähigen haben sich erledigt. Jetzt gibt es wieder Rechtfertigungsgründe en masse - nicht nur für die Hardliner - nicht auf die Forderungen der Gefangenen eingehen zu müssen. Und was können wir dagegen setzen? Wir wissen doch genau, mit wem wir es zu tun haben! Sollen wir Erstaunen oder Empörung heucheln, wenn die das für sie Logische tun, sich an den Geiseln aus der RAF, buchstäblich ihren Todfeinden, rächen? Und weder wir, noch die RAF! sind offensichtlich derzeit in der Lage, die Gefangenen dem Zugriff des Staates zu entziehen. Was ist das bloß für eine Politik, die die RAF macht, ohne Rücksicht darauf, was die Situation ihrer Genossinnen und Genossen in den Knästen angeht? Auch wenn sich eine revolutionäre Politik an ihren politischen Zielen orientieren muß und sich nicht in erster Linie an den möglichen repressiven Folgen orientieren kann, so muß das doch letztlich in einem "lohnenden" Verhältnis zueinander stehen. Letztendlich müssen die Vorteile für die Revolutionäre größer als die Verluste sein. Wo liegt aber der politische Erfolg bei einer Aktion wie der in Homburg?

Nichts hat sich dadurch positiv verändert. Herrhausen ist sofort ersetzt worden. Schön, man könnte sagen: seine gerechte Strafe hat ihn ereilt. Aber geschenkt. Die Aktion ist rein moralistisch und hat mit Politik, gar revolutionärer, Politik nichts zu tun. ("Moralistisch" meint: sittenlehrerhaft. Das hat nichts mit Moral als politisch-ethischem Maßstab zu tun!) Revolutionäre Politik muß so angelegt werden, daß sie praktisch den einen oder anderen Schritt weiter führt, Ermutigung und Orientierung ist. Wo wäre das bei einer Aktion wie der Hinrichtung von Herrhausen der Fall?

Soll das etwa Perspektive und Orientierung gegen imperialistische Politik sein: die fortgesetzte exemplarische Hinrichtung darin verwickelter Politiker und Manager? Das übersieht doch völlig, daß die Deutsche Bank bis dato keine direkte Verfügungsgewalt über die Bevölkerung und die Produktionsmittel der DDR hatte, und daß sie schrankenlose Verfügungsgewalt erst über eine bestimmte zustimmende Bewegung in der Bevölkerung der DDR zu kapitalistischen Wirtschaftskonzepten bekommen hat. Die falsche Orientierung einer Aktion wie die Hinrichtung von Herrhausen ist doch, daß die RAF so tut, als seien einzelne Funktionsträger des kapitalistischen Apparates das Problem und ursächlich verantwortlich z.B. für die kapitalistische Übernahme der DDR. Hier wird versucht, einzelne verantwortlich zu machen und zu strafen, wo es um komplexe gesellschaftliche Entwicklungen geht. Das ist ein personenfixiertes, undialektisches und moralisierendes Verständnis dessen, was abläuft und verstellt den Blick auf so entscheidende Fragen wie z.B.: Weshalb haben die Menschen in der DDR - offensichtlich - nichts gesehen, was sich gelohnt hätte zu verteidigen?

Perspektive und Orientierung hat die Tötung von Herrhausen nicht gebracht. Und Ermutigung? Das Gegenteil würde ich sagen, angesichts dessen, was absehbar (und gerade die RAF kann so etwas absehen!) danach auf die Gefangenen zukommt, und was das in Bezug auf die durchaus hoffnungsvollen Anfänge der Solidaritätsbewegung im Frühjahr '89 heißt. Es macht doch nur einen Sinn, vom Staat bessere Haftbedingungen zu verlangen, von Freilassungen ganz zu schweigen, wenn er in Legitimationsschwierigkeiten steckt, was die Haftbedingungen angeht, und wir diese Legitimationsschwierigkeiten durch politische Aufklärung verstärken können.

Durch eine Aktion wie die gegen Herrhausen, von der sich in dieser Situation allein "Hinrichtung" mit all ihren abstoßenden barbarischen Aspekten vermittelte, werden diese Legitimationsschwierigkeiten beseitigt. Die Logik, nach der staatliches Handeln funktioniert und politisch durchsetzbar ist, ist ja nicht Rechtsstaatlichkeit, sondern sind die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und darin Legitimationsmöglichkeiten staatlichen Handelns. Und unsere einzige Möglichkeit, die Gefangenen zu unterstützen - wenn wir sie nicht rausholen - ist es, diese Kräfteverhältnisse politisch so zu beeinflussen, daß es sich die Regierung politisch nicht länger leisten kann, die Gefangenen so zu behandeln, wie sie es tut. Sie kriegt aber derzeit die politische Legitimation dazu durch die politisch sinnlosen Attentate der RAF. Ihre Aktionen sind schon lange nicht mehr politisch zu vermitteln. Was bleibt ist "Hinrichtung".

An dieser Stelle stellt sich die Frage, was sind für die RAF Kriterien erfolgreicher Politik? Reicht es ihr, wenn viele Leute ihre Aktionen "gut" finden, sich klammheimlich freuen? Findet sie sich in der Richtigkeit ihrer Politik bestätigt, bloß weil Parolen auf Häuserwänden auftauchen? Revolutionäre Politik müsste doch auf mehr aus sein als auf Selbstbestätigung. Billige Zustimmung an Kneipentischen und Gefühle von Befriedigung, weil es auch mal einen "oben" getroffen hat, *"im positiven Sinn 'erschütterte' Herzen"*, das alles kann doch nicht Orientierung für revolutionäre Politik sein. Mal ganz kraß: den Haß gegen die Herrschenden haben auch Neonazis. Und Probleme mit Hinrichtungen haben die auch nicht. Die Mentalität jedes frustrierten Kleinbürgers erlaubt die Zustimmung zu solchen Aktionen. Das kanns doch nicht sein, was Aktionen zu politischen Erfolgen macht! Da wirds doch fast absolut beliebig. Da besteht ein unkritisches Verhältnis den Zustimmungen gegenüber. Wer stimmt weshalb zu? Das ist doch die Frage. Und vor allem: was folgt daraus? Diese beiden Fragen müssen doch mindestens überlegt werden, ehe so etwas wie der politische Erfolg einer Aktion aus der reinen Zustimmung abgeleitet werden kann.

Zur Erklärung der RAF zum Anschlag auf Neusel

Leider argumentiert die RAF nicht, um den Sinn ihrer Aktionen politisch zu erläutern, sondern sie stellt eine unnachvollziehbare Behauptung neben der nächsten auf. Ich mach das mal deutlich an der umfangreichen Erklärung zum Anschlag gegen Neusel (vergleiche taz 31.07.90).

Im ersten Drittel der Erklärung werden die Funktionen Neusels im Dienste der Bundesregierung dargelegt, um zu erklären, warum er Ziel der Bestrafungsaktion geworden ist. Hier müsste die RAF endlich einmal den politischen Sinn und Zweck ihrer Bestrafungsaktionen begründen. Daß Bestrafung Politik sein soll, ist nämlich keine sich von selbst erklärende Selbstverständlichkeit. Nochmal: Die Macht des Imperialismus beruht doch auf viel mehr als auf den ihn exekutierenden Figuren! Was die RAF macht, ist politisch irreführende Personalisierung, tut Leuten wie Neusel zuviel Ehr an. Nicht **er** *"organisiert und führt den Krieg gegen alle, die für Befreiung, Selbstbestimmung und menschenwürdiges Leben und gegen die Zerstörung, die von diesem System ausgeht, kämpfen."* Er ist nur eine - zugegebenermaßen wichtige - Funktion, ein dennoch austauschbares Rädchen im Getriebe der Macht. Mehr nicht.

Die RAF bleibt auch die Erklärung schuldig, weshalb sie mit dem Anschlag auf Neusel die Hoffnung verbunden hat, die Gefangenen in Spanien bei ihrem Kampf unterstützen zu können. Der Anschlag war allenfalls eine Geste der Solidarität, ansonsten aber - solange die wesentliche entscheidende Unterstützung der spanischen Bevölkerung ausbleibt (woran hängt es, daß die offensichtlich zu schwach ist? **Da** liegen die wesentlichen Fragen!), schlimmstenfalls noch Zusatzlegitimation für die harte Linie. Erst recht, wenn die Behauptung zutreffend sein sollte, daß sich "die sozialistische Regierung unter Gonzales endgültig - gerade im Hinblick auf 'Europa 92' - als zuverlässiges Mitglied der Kernstaaten des europäischen Machtblocks profilieren will." Dann ist doch klar, daß sie - ehe sie nachgeben - notfalls eigene Figuren opfern. Bei Schleyer war das doch genauso.

Vollends rätselhaft ist die Behauptung: *"Nur eine bewaffnete Aktion konnte diese festgefahrene Situation wieder offen machen. Sie kann alle Initiativen, die zum Streik bis jetzt gelaufen sind, zu neuer Schärfe bringen, und sie macht vor allem einen neuen Anlauf möglich, weil sie den politischen Raum dafür aufmacht."* Wieso nur eine *"bewaffnete Aktion"*?

Und ist *"bewaffnete Aktion"* automatisch gleich Hinrichtung, oder hätte es auch etwas anderes sein können? Welche Initiativen werden wieso zu *"neuer Schärfe"* gebracht? Wieso wird dadurch welcher neue Anlauf möglich? Wieso wird der *"politische Raum dafür aufgemacht"*? Was heißt überhaupt *"politischen Raum aufmachen"*?

Zur Zielsetzung ihrer Aktion sagt die RAF in der Erklärung:

"So soll unser Angriff jetzt in zwei Richtungen wirken, die eine, konkret zur Durchsetzung der Forderungen der Gefangenen und im Aufbau revolutionärer Gegenmacht in Westeuropa, und die andere, als Einleitung einer langen Kampfphase gegen die neu entstandene großdeutsche/westeuropäische Weltmacht." Dafür wird als Begründung genannt *"die Unterwerfung von Millionen Menschen unter die Prinzipien von Markt, Profit und Warenstruktur."* Und *"auf der Basis der neuen Macht, die das BRD-Kapital an der Spitze Westeuropas aus dieser Entwicklung zieht, wollen sie zu einer neuen Runde in der Unterwerfung und Ausplünderung der Völker im Trikont ausholen."*

Aus der Notwendigkeit, Widerstand gegen diese Politik zu leisten, und die Forderungen der Gefangenen durchzusetzen, erklärt sich aber auch nicht, weshalb ausgerechnet die Hinrichtung Verantwortlicher ein wirksames Mittel sein soll.

Es ist doch eine folgenschwere Fehleinschätzung, das, was gerade in Osteuropa abläuft, einseitig als *"dritten Überfall, den das deutsche Kapital in diesem Jahrhundert auf die Völker Europas führt"*, zu begreifen. Ohne die massenhafte Eigenbewegung der Bevölkerung Osteuropas wäre das nicht gelaufen. Wir sind nicht einfach mit einer linearen Entwicklung konfrontiert á lá der Imperialismus wird immer stärker und immer übler, und jetzt noch übler, sondern die jetzige Konstellation ist qualitativ neu und bestürzend:

Völker, die materielle und machtpolitische Voraussetzungen zum Aufbau eines Sozialismus/Kommunismus hatten, laufen den Kapitalisten in die Arme, weil ihnen der Sozialismus, den sie erlebt haben, unerträglich geworden ist. Die kommunistische Idee ist scheinbar endgültig widerlegt. Es wird der Linken in Zukunft noch weniger als bisher gelingen, nur **gegen** den Imperialismus und alle seine Schweinereien zu sein, um die eigene Politik zu rechtfertigen, gar noch andere dafür zu mobilisieren. Spätestens jetzt müssen wir in der Lage sein, genau zu erklären, warum wir was tun. Und vor allen Dingen - konkret, vorstellbar - was wir wie anders machen wollen. Linke Phrasen werden endgültig niemanden mehr mobilisieren können.

Floskeln aus der Neusel-Erklärung wie: *"selbstbestimmte Räume erkämpfen"*, *"gegen ihren Machtapparat eigene Ziele durchsetzen"*, *"eine von den Menschen bestimmte Wirklichkeit"* sagen nichts über den Inhalt der Selbstbestimmung und der eigenen Ziele. Nichts über das, was die neue *"von den Menschen bestimmte Wirklichkeit"* sein soll im Gegensatz zur jetzigen, alten, allerdings auch von *"den Menschen bestimmten Wirklichkeit"* (von wem denn sonst??).

Alles in allem erweist sich bei genauerem Lesen die Erklärung zu Neusel als ein Dokument der Hilflosigkeit, als Durchhalteappell, dem jede Kraft zur Überzeugung fehlt.

Gefangene haben immer Geiselstatus

Nach allem, was zu erkennen ist, führen die Attentate einzig und allein zu einer Verschärfung des Geiselstatus der Gefangenen. Ein diese Härten überwiegender positiver politischer Effekt ist auch in Ansätzen nicht zu sehen. Im Gegenteil! Es fängt an, einem sinnlos vorzukommen, politisch für die Unterstützung der Forderungen der Gefangenen zu arbeiten, wenn dann seitens der RAF Aktionen kommen, mit Hilfe derer die Gegenseite wieder jede Rechtfertigungsmöglichkeit bekommt, die Knäste dichtzumachen.

Die RAF sollte daher mit diesen politisch sinnlosen und irreführenden, den Staat aber gleichzeitig aufs Schärfste herausfordernden, Hinrichtungsaktionen aufhören. Wir haben derzeit nicht die Macht und die dafür notwendige Unterstützung in der Bevölkerung - und die RAF auch nicht! - die Gefangenen vor Racheaktionen des Staates zu schützen.

Eine Gruppe wie die RAF muß bei ihren Aktivitäten genau abwägen zwischen notwendigen Aktionen, die geeignet sind, **wirksam** etwas voranzubringen, und der Repression, die - natürlich - auf die Gefangenen zukommen wird, und dem Kräftepotential, das vorhanden ist, um die Gefangenen zu unterstützen und zu schützen.

Diese Einschätzung wird in keiner Weise durch Lochtes Vorschlag und das "Verhandlungsangebot" der Bundesregierung widerlegt!

Lochtes Vorschlag und die "Verhandlungsinitiative" der Bundesregierung

Einige neigen dazu, den Lochte-Vorschlag und die "Verhandlungsinitiative" der Bundesregierung als Erfolg genau dieser Attentatspolitik zu sehen.

Sie argumentieren in etwa so:

"Die Bundesregierung ist in einer schwachen Position, weil sie Angst vor den Attentaten der RAF haben. Durch diese Politik hat die RAF die Regierung so weit gebracht, daß sie eine Zusammenlegung der Gefangenen anbietet. Das haben die ganzen öffentlichen Aktionen während der vielen Hungerstreiks nicht gebracht! Ausgerechnet jetzt, wo sich ein Erfolg abzeichnet, soll die RAF mit ihren Anschlägen aufhören? Lochte hat sogar die Zusammenlegung ohne jede Gegenleistung der RAF und der Gefangenen befürwortet. Und das alles auch noch ***nach*** *den Anschlägen auf Herrhausen und Neusel!"*

Oberflächlich gesehen klingt das einleuchtend.

Doch wie sehen die realen Kräfteverhältnisse aus?

Beiden Initiativen gemeinsam ist das Motiv, daß die Attentate, gegen die es keinen Schutz gibt, aufhören. Politiker und Wirtschaftsbosse haben Angst. Wenn man so will, ist das ein gewisser Erfolg der RAF. Allerdings kein politischer Erfolg, sondern beschränkt auf den Erfolg einer gelungenen Erpressung. Der Staatsschutz weiß um die politische Erfolglosigkeit der RAF in der Linken und in der Bevölkerung, und um die Sinnlosigkeit einer Strategie, die revolutionäre Prozesse über die exemplarische Exekution imperialistischer Funktionsträger befördern will. Dazu kommt, daß viele Politiker und Wirtschaftsbosse es nicht einsehen, sich bloß wegen ein paar Hardlinern in Staats- und Justizapparat, die sich gegen eine Zusammenlegung sperren, weiter den Anschlägen der RAF auszusetzen. Sie möchten deshalb eine "gütliche" Lösung.

Die Initiativen von Lochte und der Bundesregierung sind unterschiedlich und müssen deshalb unterschiedlich bewertet werden.

Zu Lochtes Vorschlag:

Die Lochte-Fraktion setzt auf Zusammenlegung ohne Vorbedingungen an RAF und Gefangene (Vgl. taz vom 18.8.1990 und vom 5.4.89). Dabei sollen die Gefangenen sich selbst aussuchen können, mit wem sie zusammen sein wollen. Außerdem sollen nach Lochtes Vorstellungen die Gruppen politischer Gefangener auch *"ganz normale Kontakte zu den übrigen Gefangenen"* haben.

Der Vorschlag ist nicht dumm. Er geht davon aus, daß die RAF politisch konzeptionslos ist und **faktisch** nach wie vor die Empörung über die mörderischen Haftbedingungen und die Solidarität und Identifikation mit den Gefangenen eine ganz große Rolle spielen, wenn sich Leute mit der RAF solidarisieren. Indem er für eine Erfüllung der Forderungen der Gefangenen nach Zusammenlegung und freier Kommunikation plädiert, will er Gründe für eine Solidarisierung mit den Gefangenen und einen Hauptanlaß, sich überhaupt mit der RAF zu beschäftigen, aus der Welt schaffen.

Außerdem geht er von der Annahme aus, daß eine Zusammenlegung und endlich offene Diskussion unter allen Gefangenen aus der RAF dazu führen könnte, daß sich die RAF als der (militärische) Kampfzusammenhang, der sie bisher war, auflöst. Einmal mag er dabei auf die Tatsache setzen, daß es bisher, auch für die Gefangenen untereinander, extrem schwer bis unmöglich war, sich solidarisch mit Kritik an der Strategie der RAF, aber auch der Zusammenlegungsforderung, auseinanderzusetzen. Daß ganz schnell Diffamierung und

Ausschluß drohten. In diesem Fall setzt er auf Zerfleischungsprozesse bei den Gefangenen und dem öffentlichen Zusammenbruch des Gefangenenkollektivs und damit einer Demoralisierung und Demobilisierung der RAF.

Oder, falls es zur solidarischen Diskussion unterschiedlicher Positionen innerhalb des Gefangenenkollektivs kommt, ist es ja durchaus denkbar, daß die Gefangenen bei der politisch desolaten Situation der RAF zu dem Schluß kommen, daß es am besten wäre, wenn die RAF ihre Aktionen erst einmal einstellt.

Darauf setzen Lochte und seine Fraktion in Staats- und Verfassungsschutz. Das macht das Aufgreifen der Forderungen der Gefangenen - so irritierend das auch erstmal ist - verstehbar.

Es ist aber nicht gesagt, daß sich diese Fraktion bei einer Eskalierung der Situation politisch durchsetzen wird! Es ist mindestens genauso wahrscheinlich, daß im Fall der Fortsetzung der Hinrichtungen durch die RAF, die harte Linie an den Gefangenen exekutiert wird!

Politiker, die sich von Gefühlen wie Rachsucht leiten lassen und auf archaische Abschreckungsmethoden setzen, setzen eher auf Liquidierung der Gefangenen. Für eine harte Linie sprechen doch auch Reaktionen der Justizbehörden nach der Hinrichtung Herrhausens und dem Anschlag auf Neusel. Einzelne Gefangene werden für diese Anschläge in der Öffentlichkeit verantwortlich gemacht, und die Haftbedingungen verschärft. So ist z.B. Brigitte Mohnhaupt nach Stammheim verschleppt und fast vollkommen nach außen abgeschottet worden.

Von daher wäre das Hoffen darauf, daß sich Lochtes Initiative vielleicht durchsetzen wird, womöglich durch weitere Aktionen der RAF noch befördert wird, extrem gefährlich für die Gefangenen. (Oder auch für einzelne Gefangene. Es gibt ja endlose Variationen des "teile und herrsche".) Mit einer solchen abwartenden und der RAF in ihrer Attentatspolitik unkritisch zustimmenden Position wird es voll und ganz dem Staatsschutz überlassen, ob die Gefangenen zusammengelegt, oder - im anderen Extrem - (Einzelne) liquidiert werden. Das wäre ein Poker mit dem Leben und der Gesundheit der Gefangenen, der nicht zulässig ist!

Zum "Verhandlungsangebot" der Bundesregierung

Die Bundesregierung verlangt nicht weniger als die Kapitulation der RAF: Aufgabe des Kampfes und ein Leben unter der Kontrolle des Staatsschutzes in einem Drittland. Dafür bietet die Regierung die Zusammenlegung der Gefangenen an (Vgl. taz 13./14./15.12.90 sowie 18.12.90).

Eine Gruppe, die ihre revolutionäre Zielsetzung nicht aufgegeben hat, kann dieses "Angebot" nicht annehmen.

Wenn die RAF sich darauf einließe, müsste man fragen: wofür haben sie eigentlich die ganze Zeit gekämpft? Wofür die vielen Toten? Wofür die jahrelangen Quälereien in der Isolation, die Torturen von Hungerstreiks und Zwangsernährung?

Zum anderen: Wer soll garantieren, daß die Bundesregierung ihre Zusagen die Gefangenen betreffend einhält? Das dürfte doch klar sein: Beim ersten Mucks, beim ersten Widerstand der Gefangenen gegen das Knastregime, werden sie wieder in der Isolation verschwinden, solange es die Möglichkeit der Absonderung von Gefangenen innerhalb der Gefängnisse baulich und politisch gibt. (**Da** wird auch die ganze Schwäche der Zusammenlegungsforderung bedeutsam, die **nicht** in erster Linie auf die Abschaffung der Isolationsmöglichkeiten innerhalb der Knäste als Drohung gegen **jeden** Gefangenen orientiert!)

Kein Deal kann die Situation von Gefangenen, die sich weigern zu Kreuze zu kriechen, verbessern, wenn es nicht eine politische Bewegung innerhalb und außerhalb der Knäste gibt, die die Herrschenden zwingt, das ganze Instrumentarium der Absonderung von Gefangenen außer Kraft zu setzen.

Die Argumentation seitens der "Vermittler" und des Staatsschutzes, der RAF falle kein Zacken aus der Krone, wenn sie verhandele, schließlich seien bewaffnete Auseinandersetzungen immer wieder auch von Verhandlungen begleitet gewesen, man denke nur an IRA und ETA, ist tückisch. Sie spekuliert damit, die RAF bei ihrer politischen Selbstüberschätzung packen und aufs Glatteis führen zu können. Selbstverständlich hat es immer Verhandlungen zwischen Befreiungsbewegungen und Bürgerkriegsparteien mit ihren jeweiligen Regierungen gegeben, und wird es sie notwendigerweise immer geben. Aber die RAF ist weder die IRA noch die ETA.

IRA und ETA sind integraler Bestandteil der sozialen und politischen Kämpfe in Irland und im Baskenland. Sie haben die aktive Unterstützung großer Teile der Bevölkerung dort und sind somit für die Herrschenden ernstzunehmende Machtfaktoren. Das alles trifft auf die RAF nicht zu.

Was die Bundesregierung von der RAF will, ist alles: die totale Selbstaufgabe, die Kapitulation, das Ende. Es ist ein Hohn, diese Situation mit Verhandlungen von Befreiungsbewegungen zu vergleichen, die aus der Position einer politischen Stärke agieren können!

Eine Kapitulation der RAF würde eine Demoralisierung für alle Menschen bedeuten, die die Hoffnung auf Veränderung noch nicht aufgegeben haben.

Als die Genossinnen und Genossen der RAF 1970 ihren Kampf aufgenommen haben, haben sie sich als eine Fraktion der revolutionären Linken begriffen, als Rote Armee Fraktion. Sie konnten sich auf die 68-er Jugend- und Studentenbewegung mit ihren großen antiimperialistischen Manifestationen beziehen. Der Krieg in Vietnam war eskaliert. Gegen diesen Krieg gab es weltweit eine starke Protestbewegung, vor allem in den USA. In den amerikanischen Ghettos standen die Schwarzen auf. Sie gründeten Selbstverteidigungskomitees, organisierten eine selbstverwaltete Infrastruktur und bewaffneten sich. In vielen Ländern der sogenannten dritten Welt befreiten sich die Völker von Kolonialismus und Neokolonialismus. Es gab erfolgreiche Stadtguerillagruppen in den lateinamerikanischen Metropolen. Kurz, es gab keinen Grund **nicht** zu versuchen, eine Rote Armee Fraktion in der BRD aufzubauen mit dem Ziel der bewaffneten Intervention in der imperialistischen Metropole zur Unterstützung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen weltweit. Die RAF war eine sichtbare glaubwürdige Konsequenz aus all den Analysen und Reden der Studentenbewegung vorher. Daß die Politik der RAF sehr bald falsch geworden ist, ändert nichts daran, daß sie - wie auch der 2. JUNI und die REVOLUTIONÄREN ZELLEN - wesentlich dazu beigetragen hat, vielen Menschen zu vermitteln, daß man - heute schon - auch aus einer Minderheitsposition heraus wirksam politisch und militärisch eingreifen kann; daß der staatliche Machtapparat angreifbar ist und nicht allmächtig. Das sind ganz wichtige Erfahrungen, um Widerstand überhaupt **denken** zu können, um uns überhaupt Vorstellungen von unseren **Möglichkeiten** zu verschaffen. (Damit sind natürlich noch in keiner Weise die Fragen politischer Strategie beantwortet. Bewaffneter Kampf ist keine Strategie, sondern eine Methode/ein Werkzeug.) Dazu kommt, daß es - gerade in der BRD - nicht kostbar genug einzuschätzen ist, daß es mit der RAF für alle sichtbar Menschen gab und gibt, die aus ihren politischen Einsichten eine radikale persönliche Konsequenz gezogen haben, die sich in all den Jahren nicht opportunistisch verhalten haben und sich ihre politischen Überzeugungen nicht haben abkaufen und abpressen lassen. Auch nicht unter den allerschwersten Bedingungen.

Das macht besonders heute die große Bedeutung der RAF für eine politische Moral der Linken aus. Das Stückchen Hoffnung, das so wichtig ist, um immer wieder die Energie aufzubringen, weiterzumachen.

Ein Deal der RAF mit der Bundesregierung wäre gerade jetzt wie ein letztes Hohnlachen auf kommunistische Hoffnungen in der BRD, nach all den Zusammenbrüchen und politischen Feigheiten, die wir während des letzten Jahres so erlebt haben.

Festzuhalten bleibt:

Das "Verhandlungsangebot" der Bundesregierung ist kein wie immer gearteter Erfolg der Aktionen der RAF, sondern die Aufforderung zur Kapitulation und insofern überhaupt nichts Neues. Der Lochte-Vorschlag und das "Angebot" der Bundesregierung erfolgten aufgrund der **politischen** Schwäche der RAF.

Die politische Initiative muß bei uns bleiben!

Wenn wir, die Linke und die RAF, derzeit die Gefangenen schon nicht rausholen oder schützen können, so haben wir doch wenigstens alles zu unterlassen, was sie weiteren Gefährdungen aussetzt! Wir müssen lernen, die politische Initiative auch in einer Situation der Niederlage zu behalten. Das würde hier heißen: die RAF setzt ihre Hinrichtungsaktionen zumindest vorläufig aus und gibt das öffentlich als eine **politische Entscheidung** bekannt. Damit würden dem Staatsschutz Legitimationsmöglichkeiten für seinen Terror gegenüber (einzelnen) Gefangenen genommen.

Mit Kapitulation hätte das nichts zu tun. Wenn man eine Politik aussetzt, um sie zu überprüfen, weil sie frag-würdig geworden ist, so ist das eine Voraussetzung, um wirkungsvoller und besser als bisher weiterarbeiten zu können.

Falls es demnächst Zusammenlegungen geben sollte aus einem - für uns ausnahmsweise günstigen - politischen Kalkül des Staatsschutzes, dann ist das gut. Dann können die für uns notwendigen Diskussionen besser geführt werden, dann ist das Leben im Knast ein kleines bißchen leichter. Aber täuschen wir uns nicht. Jederzeit, wenn es dem Staatsschutz opportun erscheint, können die Löcher wieder dicht gemacht werden.

Ein einigermaßen verläßlicher Schutz für die Gefangenen vor staatlicher Willkür, einigermaßen erträgliche Haftbedingungen, können nur von einem Großteil der "sozialen" Gefangenen und von uns draußen politisch durchgesetzt und gehalten werden.

Die zeitweiligen taktischen Überlegungen und etwaigen Maßnahmen von Staatsschutz und Bundesregierung bezüglich der Haftbedingungen haben deshalb für die von uns notwendig zu führende politische Debatte keinerlei Bedeutung!

Die verfluchte Angst offen zu diskutieren

Leider ist es so schwierig, über die Politik der RAF kritisch zu diskutieren, daß diese Schwierigkeiten selbst zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden müssen. Sehr deutlich wurde das bei der Reaktion auf Christian Geisslers Buch *"Dissonanzen der Klärung"* von *"einigen Menschen aus der Hafenstraße"* Arbeiterkampf Nr. 318).

Statt sich zu freuen, daß sich endlich mal einer sehr differenziert und solidarisch mit der RAF auseinandersetzt im Interesse einer wirkungsvollen revolutionären Strategie, machten sich die SchreiberInnen erst gar nicht die Mühe, sich mit den Fragen und Argumenten von Geissler auseinanderzusetzen.

Wer so wie in diesem Brief mit Diffamierungen um sich schlägt und ansonsten nur selbstgefällige Allgemeinplätze anzubieten hat, verhindert die Klärung der anstehenden Fragen und erzeugt ein inquisitorisches Klima, das Einschüchterung zur Folge hat. Das Ergebnis ist, daß Fragen und Widersprüche nicht auf den Tisch kommen, daß eine offene und produktive Auseinandersetzung nicht stattfindet. Die Folge: Verunsicherung, Lähmung, Untätigsein bei den einen und Festschreibung von Fehlern in der Praxis der anderen.

Fetisch revolutionäre Identität

"Ich habe in meinem Leben nur zwei Lieben, das eine ist meine Frau und das andere ist die Revolution. Sonst bin ich mit niemandem verheiratet, die MLN ist ein Werkzeug, und während sie uns nutzt, werden wir sie benutzen, wenn nicht, benutzen wir ein anderes Werkzeug. Man darf nicht dogmatisch sein, vor allem, wo der Feind sehr flexibel ist, müssen wir anfangen zu lernen."

Julio Marenales, Mitbegründer der MLN, während der Diktatur Geisel der Militärs, danach im Zentral- und Exekutivkomitee der Tupamaros in *"Die Guerilla zieht Bilanz"*, S. 147.

Was hindert so viele Genossinnen und Genossen daran, die Frage nach der RAF so nüchtern zu betrachten?

Es spricht viel dafür, daß mit der Frage nach der Adaequatheit der RAF-Strategie oft ganz anderes verbunden wird als die Frage nach der zur Zeit angemessenen Strategie und Taktik. Da hängen Identitäten dran. Die RAF wird nicht als Werkzeug zum Kämpfen angesehen, sondern sie verkörpert in erster Linie eine Hoffnung und einen Traum.

Nach meinen Erfahrungen, wie ich das bei mir und anderen erlebt habe, würde ich diesen Traum so umreißen:

- die Hoffnung, daß man auch aus einer absoluten Minderheitsposition heraus was machen kann;
- daß man persönliche Grenzen überschreiten kann;
- der Traum von einem Leben, aufgehoben im Zusammensein mit anderen, ohne all den Dreck von Leistungsdruck, Konkurrenz, Darwinismus, Theaterspielen;
- und immer wieder die verfluchte Hoffnung darauf, daß man endlich alle Scheiße hinter sich lassen könnte, indem man sich *"außerhalb des Systems"* stellt.

Die RAF verkörpert offensichtlich für viele diesen Traum, losgelöst von jeder aktuellen politischen Analyse und den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten. Dabei werden die Möglichkeiten politischer Veränderung allein als Resultate individueller militanter Anstrengungen gedacht. Das produziert zwangsläufig politische Fehleinschätzungen. Typisch für solche Fehleinschätzung bei einer Diskussion, wieso mit dem Hungerstreik '89 die Zusammenlegung nicht durchgesetzt werden konnte, die "Analyse": *"Wenn es mehr brennende Barrikaden gegeben hätte, hätten wir es geschafft."*

In die gleiche Richtung geht ein Zitat aus der *"Dokumentation zur Besetzung der EG-Kommission während des Hungerstreiks" (EG-Doku)*:

"Zum Zeitpunkt des Aussetzens von Christa und Karl-Heinz war die Ausrichtung auf Bündnisse, breite gesellschaftliche Gruppierungen über die Mobilisierung an den Haftbedingungen zu erreichen, ausgereizt, hatte ganz deutlich ihre Grenze gefunden. Ganz klar ist dies an der Demo in Bonn am 29.4.1989 sichtbar geworden. Hier sind keine Perspektiven einer weiteren Mobilisierung deutlich geworden. Der revolutionäre Widerstand war in der Vorbereitung sowie auf der Demo zwar anwesend, politisch aber faktisch nicht vertreten. Diese Unfähigkeit, sich selbst politisch und praktisch in den Kampf für die Zusammenlegung einzubringen und weiterzuentwickeln, begreifen wir als Ausdruck der Defensive des revolutionären Widerstands in der BRD. Die vereinzelten Versuche, diese Defensive zu durchbrechen, z.B. in den Angriffen auf die Deutsche Bank in Hamburg und die Wertpapierbörse in Frankfurt, diese offensiven Momente sind jedoch nicht aufgegriffen worden." (S. 2)

Tatsächlich war die *"Ausrichtung auf Bündnisse und breite gesellschaftliche Mobilisierung"* **nicht** ausgereizt. Daß es möglich gewesen ist, mit einigen Menschen aus den Gewerkschaften Bündnisse einzugehen, heißt noch lange nicht, daß sich **die** Gewerkschaften im Bündnis befanden, war aber deutlicher Hinweis darauf, daß es sinnvoll ist, weiter in den gewerkschaftlichen Bereich hineinzuarbeiten. Dasselbe gilt für den kirchlichen Bereich usf.

An der Demonstration in Bonn ist lediglich die politische Unklarheit und deshalb Sprachlosigkeit des *Widerstands* deutlich geworden, und daß so etwas wie das Generve im Vorfeld der Demo, von wegen, wer reden darf und wer nicht, bei fehlender eigener politischer Position/Klarheit des *Widerstands* nur abstoßend wirkt. (Ganz nebenbei waren einige der dann unwidersprochen! gehaltenen Beiträge mindestens genauso schlimm wie die, um die der Hickhack vorher gegangen war.) Anpisserei und Machtgerangel wirkt nach außen immer demobilisierend und entpolitisierend. Wesentlich sinnvoller wäre gewesen, alle sprechen zu lassen, die die materiellen Forderungen der Gefangenen unterstützen, und wenn einem dabei eine politische Position nicht gefällt, dies in einem eigenen Beitrag präzise politisch zu kritisieren.

Es ist auch ein Irrtum zu glauben, politische Ratlosigkeit ließe sich brachial durch Aktionen gegen "richtige" Ziele aufheben. Eine Defensive, die etwas mit fehlender gesellschaftspolitischer Analyse und Unklar-

* Isolation durchbrechen heißt das sich Freund[innen] schaffen? Taktik

heit über die eigenen Ziele (über Allgemeinplätze hinaus) zu tun hat, muß anders angegangen werden. Alles andere ist bloße Selbstvergewisserung, Vorgaukeln von Offensive. An dieser Stelle müsste auch mal über das merkwürdige, scheinbar ausschließlich militaristische Verständnis von Defensive und Offensive bei großen Teilen des *Widerstands* gesprochen werden.

Vorrangig geht es selbstzweckhaft immer wieder darum, *"sich* [als Widerstand H.C.] *politisch und praktisch in den Kampf für die Zusammenlegung einzubringen"*, anstatt daß gefragt wird, wie die Kräfteverhältnisse insgesamt sind. Was angesichts dessen notwendig wäre, die Forderungen der Hungerstreikenden weiterhin wirkungsvoll(!) zu unterstützen, und was die einzelnen Menschen und Gruppen, und also auch man selber, dazu beitragen könnten.

Immer wieder das Phänomen, daß es dem *Widerstand* letztlich weniger darum geht, bestimmte materielle und politische Ziele durchzusetzen, als um ein "inneres Erlebnis", ganz subjektive Erfahrungen, orientiert nicht an gesellschaftlichen Zielen und Kräfteverhältnissen, sondern nur an der eigenen Befindlichkeit des *Widerstands* und der Einzelnen darin.

Das läßt sich wieder ganz gut an den Beiträgen in der EG-Doku verdeutlichen, wo es um die Bedeutung der Besetzungsaktion geht:

"Das Mobilisierende dieser Initiative war für uns, daß in ihr politisch und praktisch die Überlegungen und die Bestimmung und Durchsetzung der eigenen revolutionären Identität aufgegriffen wurden und darüber hinaus eine Perspektive für den weiteren Kampf greifbar wurde." (S. 4)

"Die Idee der Aktion hatte alle sofort mobilisiert. Es war für uns alle in unserer Unterschiedlichkeit (...) die Entscheidung zum eigenen Aufbruch, zum Durchbruch der eigenen Defensive, der festgefahrenen Situation in der Stadt und Bewegungslosigkeit des gesamten Widerstands der vergangenen Monate." (S. 5)

"Dadurch und daß jede/r das Gefühl hatte, für sich ist dies auch ein Schritt in seiner/ihrer Entwicklung und natürlich das Bewußtsein der politischen Bedeutung, ist ein sich ganz Reinstellen in diese Aktion erst möglich: Und so wie sich jede/r von uns reingestellt hat, haben wir uns gegenseitig auch die Kraft, Stärke und Entschlossenheit gegeben." (S. 10)

usw. usw. usw.

Bedürfnisse nach Authentizität, nach Leben statt Gelebtwerden, Sehnsucht nach Kollektivität stehen im Vordergrund. Dazu kommt eine Identifikation mit den Gefangenen, die so weit geht, daß als Motiv für die Unterstützung des Hungerstreiks in Diskussionen immer wieder genannt wurde: die werden isoliert und wir draußen sind auch isoliert. Die Identifikation geht so weit, daß die Situation der Gefangenen unterschiedslos auf draußen übertragen wird, was sich darin äußert, wenn Leute draußen (!) davon reden, daß sie *"im Kampf um die eigene Identität nicht loslassen"* wollen und um *"Durchsetzung der eigenen revolutionären Identität"* kämpfen.

Das ist gespenstisch angesichts der Haftbedingungen, der materiellen Gewalt eines Knastes und dem Vorhandensein aller Möglichkeiten für uns hier draußen - wenn wir sie nur nutzten!

Die Situation der Gefangenen ist so, daß sie um die Wahrung ihrer Identität als Menschen kämpfen müssen, weil Vollzugsziel ist, die (politischen, widerständigen) Persönlichkeiten zu zerstören. Aber hier draußen Aktionen mit dem Ziel *"Durchsetzung der eigenen revolutionären Identität"* zu machen, bewegt sich auf der Ebene Selbsterfahrungsgruppe und hat mit politischem Eingreifen, gar *"Offensive"* nichts zu tun.

Die Ausgangsfrage war, warum es so schwer ist, über die Adaequatheit der Aktionen der RAF zu diskutieren. Eine Antwort scheint zu sein: Es ist deshalb so schwer, weil es bei vielen Menschen, die die RAF "gut" finden, nicht um die Angemessenem einer bestimmten Strategie zu einer bestimmten Zeit geht, sondern um das, was die RAF/die Gefangenen **symbolisieren**.

Auch dazu ein Zitat aus der EG-Doku:

"Die politischen Gefangenen sind also ganz klar Teil unserer Geschichte - sie stehen für Kontinuität revolutionärer Politik in der Metropole - sie sind Teil unserer Identität. Der Angriff gegen sie ist also auch ein ganz direkter Angriff gegen unsere Geschichte, unsere Identität." (S. 90)

Nein. Die politischen Gefangenen sind unsere Genossinnen und Genossen. Sie stehen dafür, daß Menschen auch unter unerträglichen Bedingungen ihre Überzeugung und das, wofür sie gekämpft haben, nicht aufgeben. Sie wirken dadurch ermutigend und deshalb lieben wir sie. Teil unserer Identität sind sie allerdings nicht. Sie sind lebendige Menschen mit Träumen und Hoffnungen, nicht Denkmäler für diese Träume und Hoffnungen!

Was ist das nur für ein vertrackter Identitätsbegriff, der durch die Scene geistert und alles Lebendige zum Erstarren bringt?

Politisch identisch zu sein, bedeutet doch, daß die eigenen politischen Vorstellungen und Wertmaßstäbe sich im Handeln niederschlagen. Daß man sich selbst treu ist, was einschließt, daß man sich selbst, die eigenen Ansichten und Absichten nicht verrät.

Das Verwirrende ist nur, daß die Begriffe *politische Identität*, *revolutionäre Identität* von Leuten aus dem *Widerstand* so gebraucht werden, als handele es sich um konstante, auf jeden Fall revolutionäre Inhalte, genau festgelegte Vorgehensweisen und Haltungen. Die man dann besitzt, die auch nicht je nach Lage neu diskutiert und festgelegt werden müssen, sondern es geht nur noch darum, diese *Identität* **auszudrükken** und zu **bewahren**.

Der Begriff der *revolutionären Identität* ist zu einem Fetisch geworden, der die Verdenkmälerung der Gefangenen fördert, und der den *Widerstand* auf sich selbst, auf reine Selbstkonstruktion zurückwirft. Es geht nicht (mehr) um die Frage einer erfolgversprechenden revolutionären Strategie, es geht nur noch um die Frage der Selbsterhaltung, die Frage der *Identität*.

Begriffe wie *Identität*, *Kollektivität* bekommen ein Eigenleben. *"Sich entscheiden"* wird zum magischen Schlüsselbegriff. *"Sich entscheiden"* ist wichtig, weniger wozu. *"Identisch sein"* ist wichtig, nicht so wichtig mit was. *"Kollektivität!"* Aber mit wem und wozu? In diesen Begriffen verschwindet alles an Inhalten wie in einem Bermudadreieck.

Über die Verselbständigung von Begriffen und Inhalten wäre noch viel nachzudenken und zu fragen. Vorerst finde ich wichtig, das als eine Erscheinungsform von etwas anderem zu nehmen und zu versuchen rauszukriegen, was dahinter steckt. Aufgefallen ist mir bisher: so unsinnig und kontraproduktiv diese Fetischisierungen sind in Bezug auf ein wirksames politisches Eingreifen, so sind sie doch erstarrter Ausdruck eines Traums und einer Hoffnung, um die in der Tat zu kämpfen ist.

- Es gibt etwas anderes als Warenlogik und Tauschgesetze. Es gibt Menschen, die nicht käuflich sind.
- Eine solidarische Gesellschaftsordnung ist vorstellbar, die nicht auf Ausbeutung und Unterdrückung und der ständigen Nötigung zur Selbstverleugnung beruht.

Die Gefangenen stehen in ihrer Ungebrochenheit für diesen Traum und diese Hoffnung.

Das, *"der Traum von einer Sache"*, die Hoffnung, soll zerstört werden, indem die Gefangenen zum Schweigen gebracht, und/oder zu Widerruf und Kapitulation gezwungen werden sollen durch jahre- und jahrzehntelange zermürbende und zerstörerische Haftbedingungen. Es ist die **Idee** des aufrechten Ganges, die **Vorstellbarkeit** von erfolgreichem Widerstand, die **Idee** der Legitimität und Möglichkeit revolutionärer Gewaltanwendung, die mit den Gefangenen zerstört werden soll. Auch das ist neben dem unmittelbaren Interesse der Herrschenden, daß keine weiteren Attentate stattfinden, ein zentraler Gesichtspunkt bei allen Kapitulationsangeboten an die RAF. Ziel ist die spurenlose Auslöschung des antagonistischen Anderen, - wenn man so will: 1990/1991 als das Jahr des ideologischen Endsiegs über alle kommunistischen Bestrebungen und Hoffnungen.

Bei dem Vernichtungsinteresse gegen die Gefangenen ist nicht eine ganz bestimmte revolutionäre Strategie gemeint, für die und für deren Wirksamkeit die Gefangenen stünden, sondern es geht um die praktische unversöhnliche Haltung dem herrschenden Gesellschaftssystem und seinen Vertretern gegenüber. Es geht hier nicht um die Kontinuität und Wirksamkeit einer ganz bestimmten Strategie und Tak-

tik, sondern es geht um eine **Kontinuität im Bemühen um die Entwicklung von wirklicher Gegenmacht**.

Das ist es auch, was Marenales meint, wenn er von der MLN als Werkzeug spricht. Ein anderes Werkzeug; dasselbe oder ein neues Werkzeug anders eingesetzt, das sind Fragen der Strategie und Taktik, die ständig neu auf ihre Brauchbarkeit überprüft und gegebenenfalls verändert werden müssen. Das, was politische Identität meint, den aufrechten Gang, das Sich-Treu-Bleiben, bleibt davon unberührt. *Marenales* spricht politische Identität so: Wer die Revolution liebt, muß sich ständig nach den geeigneten Werkzeugen umsehen, um an ihr zu arbeiten. - So kommt das mit der Identität vom Kopf auf die Füße.

Dieses ängstliche Festhalten an einer Identität, die mit ner bestimmten Kampf-Form verwechselt wird, scheint mir wesentliche Ursache zu sein für die Schwierigkeiten, über die RAF kritisch zu diskutieren.

Es ist doch kein Wunder, daß so Gefesselte (jede Frage, jede eigenständige Überlegung gefährdet doch tendenziell die eigene revolutionäre "Identität") politisch im Grunde absolut ratlos sind und immer entweder auf Angriffe des Staates/Imperialismus, oder auf Analyse und Schritte der Gefangenen oder der RAF warten, um dann zu **reagieren**.

Der Klassenfeind schläft nie

Neben der Angst, daß über Diskussion die eigene Identität in Frage gestellt werden könnte, spielt auch - und gerade bei Gefangenen - die Angst eine Rolle, die eigenen Unsicherheiten und kritischen Überlegungen könnte die Gegenseite für irgendwelche Schweinereien auszunutzen versuchen, indem sie durch das Benutzen solcher Äußerungen Irritationen provoziert, mit dem Ziel, GenossInnen gegeneinander aufzubringen, politische Verwirrung zu schaffen, eine Politik kaputt zu machen, usw. Diese Angst ist nur zu begründet. Es gibt ja einen ganzen Zweig der psychologischen Kriegsführung mit einer langen Tradition, der sich mit Intrigen und Zersetzung beschäftigt. Die Frage ist, wie wir und die Gefangenen damit umgehen. Wenn es dazu führt, daß immer wieder die Angst vor dem, was die Gegenseite alles machen könnte, den Ausschlag gibt vor der Notwendigkeit der Klärung politisch-strategischer Fragen, dann ist das fatal. Das ist ne Art des Umgehens mit Unklarheiten, die im Großen wie im Kleinen bisher langfristig immer nur Unheil angerichtet hat.

Was wäre wohl aus der DDR und den anderen sozialistischen Staaten geworden, wenn diese ständige elende Defensive nicht gewesen wäre, bloß nicht öffentlich über Fehler, Schwächen und Zweifel zu diskutieren mit dem Argument, dem Klassenfeind nicht Gelegenheit geben zu wollen, seine antikommunistische Hetze damit zu unterfüttern? Wie es sich immer wieder zeigt, lassen sich Fehler und Verbrechen im Namen des Sozialismus, Widersprüche und Fragen auf Dauer nicht unterdrücken. Wenn dann aber irgendwann dieses ganze Verdrängte hochkommt, ist es meistens zu spät produktiv damit zu arbeiten, dann bricht sich alles in unkontrollierbarer Eigendynamik seine Bahn. Ob das nun die Verdammung und in der Folge kampflose Übergabe von **allem** ist, was in 40 Jahren Realsozialismus hervorgebracht worden ist, oder ob das die Zusammenbrüche und/oder der Verrat bei einzelnen Menschen ist.

Dieses defensive Verhaltensmuster hat sicher auch mit einer politischen Tradition zu tun, die Widersprüche hauptsächlich als bedrohlich begreift und nicht sieht, daß Widersprüche Ausdruck von Realität sind, mit denen wir uns produktiv auseinanderzusetzen lernen müssen, wenn wir nicht hoffnungslos an der Wirklichkeit vorbei Politik machen wollen.

Wieso gibt es bei uns und bei den Gefangenen nicht mehr Selbstbewußtsein? So einfach kann doch keine Gruppe gespalten werden, die sich nicht spalten lassen will! Die einerseits auf dem Streit um den aussichtsreichsten Weg beharrt und andererseits auf ihrer grundsätzlichen Solidarität zueinander. Es muß doch etwas geben, was tiefer verbindet als strategische und taktische Differenzen trennen können. Oder?

Perspektiven

Man kann wie oben dargelegt, den Kampf um Zusammenlegung/bessere Haftbedingungen/Freilassung von Gefangenen aus der RAF und *Widerstand* nicht von der Diskussion der Politik der RAF trennen. Die Aktionen der RAF bestimmen die Rahmenbedingungen und damit die Erfolgsaussichten dieses Kampfes wesentlich mit. Insofern ist es auch politisch falsch und unglaubwürdig dazu, wenn kritische Fragen nach der Politik der RAF im Zusammenhang mit den Haftbedingungen immer wieder mit *"das tut hier nichts zur Sache, die Gefangenen sind nicht die RAF"* abgewürgt werden. Ganz so, als wären alle, die danach fragen, Provokateure. Selbstverständlich müssen die Rahmenbedingungen einer politischen Kampagne, erst recht, wenn sie von einem Teil der Linken gesetzt werden, diskutierbar und kritisierbar sein. (Wer das bestreitet, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er/sie von Menschen verlangt, daß sie eine politische Kampagne unterstützen, ohne nach rechts und links zu gucken. Solch eine Instrumentalisierung von Menschen muß im Interesse einer emanzipativen Politik unbedingt verhindert werden.)

Gleichzeitig ist es jedoch notwendig, den Kampf um Freilassung und bessere Haftbedingungen thematisch von einer Neu-Bestimmmung der Politik der RAF zu trennen. Nur so ist die ganze Konfusion zu vermeiden, die regelmäßig im Kampf um bessere Haftbedingungen immer dann entsteht, wenn die Politik der RAF argumentativ mit diesem Kampf vermischt wird. Sei es, daß das Verhältnis zur Politik der RAF letztlich ausschlaggebend für das Eingehen von Bündnissen ist; sei es, daß die Politik der RAF in irgendeiner Form zur Rechtfertigung von Haftbedingungen herangezogen wird. In beiden Fällen wird der Kampf der Gefangenen gegen mörderische Haftbedingungen zum Mittel der Auseinandersetzung mit der Guerilla instrumentalisiert. Sei es von den Leuten, die die Politik der Guerilla propagieren möchten, sei es staatlicherseits und von staatstragenden Gruppierungen, die die Frage der Haftbedingungen zur politischen Erpressung der Guerilla und der Gefangenen einsetzen.

Die Frage der Haftbedingungen muß endlich von uns einen eigenständigen **politischen** Stellenwert - unabhängig von der jeweiligen Politik der Guerilla - zugestanden bekommen,

- weil die Frage der Menschenrechte immer als eigenständige politische Frage zu behandeln ist;
- weil zerstörerische Haftbedingungen gegen **alle** Gefangenen eingesetzt werden, die Widerstand leisten. In der Tat werden Haftbedingungen eingesetzt, um revolutionäre und widerständige Identitäten zu zerstören. Die Identitätsfrage ist immer eine Frage der Haltung, des aufrechten Ganges und **keine** Frage einer speziellen Strategie. Insofern sind Haftbedingungen immer **politische** Maßnahmen, die auf die Identität und Menschenwürde **aller** Gefangenen zielen.

Die Behauptung, daß Haftbedingungen immer eine politische Frage sind, verlangt von uns Begriffsklärungen, die programmatischer Natur sind.

Es ist gang und gäbe, immer mal wieder den bloßen Kampf um erträglichere Haftbedingungen, die Argumentation mit Menschenzerstörung und Menschenwürde als *"reformistisch"*, *"bürgerlich-demokratisch"* und *"humanistisch"* abzuqualifizieren.

Es wird Zeit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und den Respekt der Würde eines jeden Menschen als Bestandteil unseres politischen Selbstverständnisses und unserer gesellschaftspolitischen Vorstellungen zu diskutieren. Als einen der Werte, um die wir kämpfen.

An dieser Frage hängt, außer unserer unmittelbaren Handlungsfähigkeit in Bezug auf die Situation der Gefangenen heute, sehr viel mehr.

Es kommt ja nicht von ungefähr, daß die Forderung nach der Einhaltung von Menschenrechten unter Revolutionären einen faden Beigeschmack hat. Es war die Frage der Menschenrechte, die seit der Oktoberrevolution immer wieder als scheinheiliges Argument ins Feld geführt wurde, um imperialistische Sanktionen und Interventionen gegen revolutionäre Bestrebungen propagandistisch zu rechtfertigen. Die Frage der Menschenrechte war von den Anti-Kommunisten besetzt und von Teilen der Kirchen.

Die Linke hat da, wo sie Menschenrechte überhaupt thematisiert hat, sie in der Regel immer runtergespielt und relativiert. Das ist ein Fakt, den ich jetzt an dieser Stelle gar nicht werten möchte, es auch gar nicht kann. Daran hängen so grundsätzliche Diskussionen wie: was "darf" eine Diktatur des Proletariats?, bis dahin, ob und unter welchen Voraussetzungen eine solche Diktatur überhaupt zulässig ist. Fragen wie: wer ist heute eigentlich das Proletariat/ der "Maßstab"/das revolutionäre Subjekt?

Immer wieder hat sich die Linke in der Situation gefunden, die Sowjetunion und revolutionäre Bewegungen zu verteidigen gegen die Anschuldigung, die Menschenrechte zu verletzen - oft genug gegen besseres Wissen. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte, oder der Zweck rechtfertigte ganz einfach die Mittel.

Der ganzen Dimension und Tragweite dieses Themas ist hier noch nicht einmal in Ansätzen gerecht zu werden. Da steckt die ganze "Stalinismus"-Debatte drin; die Fragen, was wir - die revolutionäre Linke - für ein Menschenbild haben; Fragen der Ethik und der Moral. Ich möchte mich deshalb auf einige Anmerkungen zur Situation beschränken und mich wieder auf den Anfang dieses Diskussionsbeitrages beziehen: der reale Sozialismus in der DDR ist auch deshalb wie ein Kartenhaus zusammengebrochen, weil er von innen ausgehöhlt, unglaubwürdig war, die moralische Substanz fehlte. Es wurde zu viel gelogen. Und es wurde zu viel mit zweierlei Maß gemessen. Die Kommunisten waren unglaubwürdig geworden. **Das** aber ist die schwerste Behinderung für jede revolutionäre Entwicklung, wenn die Protagonisten dieser Entwicklung unglaubwürdig sind. In dieser Situation sind die Kommunisten weltweit heute. Zu großen Teilen durchaus berechtigt. Was bleibt, ist Enttäuschung, Fatalismus, Apathie, Hoffnungslosigkeit.

(Ach, und es ist doch kein Zufall, daß im Fernseh-Interview vom 21.11.90 Werner Lotze ganz am Ende von den Interviewern durch wiederholtes Fragen die Antwort in den Mund gelegt worden ist: *"Ja, die RAF ist eine Gruppe ohne Moral."* Am nächsten Tag hat die Presse genau diesen Satz getitelt. **Das** war der Zweck des ganzen Manövers: Der RAF durch ehemalige MitkämpferInnen absprechen zu lassen, was ihr selbst ihre politischen Gegner bisher nicht absprechen konnten: Ihre Aufrichtigkeit und ihre Moral.)

Das Ernstnehmen von Menschenrechten, von individuellen Freiheitsrechten wird in Zukunft ein Prüfstein für den Erfolg jeder revolutionären Politik sein. Das haben 70 Jahre realsozialistischer Erfahrungen bitter klar gemacht. Zur Zeit bietet der Imperialismus die ideologischen Verheißungen von Freiheit und Selbstbestimmung, die der Sozialismus als Rechte der Einzelnen nie auf seine Fahne geschrieben hatte. Daß der Imperialismus sie nicht einlösen können wird, darf uns nicht beruhigen. Die Enttäuschungen darüber führen erfahrungsgemäß nicht automatisch zu emanzipatorischen Bewegungen, sondern der Reflex ist: Flucht. Flucht in Drogen, in Religionen, in reaktionäre Ideologien mit neuen Verheißungen.

Was zu diskutieren wäre:

Müssen wir als revolutionäre Linke nicht endlich über ethische Fragen diskutieren? Müssen wir nicht bestimmte ethische/politische /moralische Werte offensiv behaupten, die schon lange bei vielen Menschen - quer zu den verschiedenen Weltanschauungen - da sind? Die auch in Bewegungen der letzten Zeit in den realsozialistischen Ländern, wie auch in den Kirchen, wie auch bei vielen Linken hier, sowie Menschen aus den "sozialen Bewegungen" der letzten 15 Jahre, die progressiven, emanzipativen Momente ausgemacht haben.

Eine Verständigung über Ethik erscheint auch deshalb so notwendig, weil es mit der Diskreditierung des Marxismus zur Zeit an emanzipativen Weltanschauungen fehlt. (Dabei gehe ich davon aus, daß die Diskreditierung des Marxismus zu Unrecht erfolgt. Nach wie vor ist dort wichtigstes Instrumentarium für Befreiung zu finden.) Es fehlen "Werte", die wir als zu erkämpfende benennen können, und die anknüpfen an Mangel und Sehnsüchten bei vielen Menschen hier. Eine "Ethik" auch deshalb, weil das auf konservativ-reaktionärer Seite selbstverständlich ein ganz wichtiges Kampffeld um die Herzen und Köpfe der Menschen ist. Sichtbarster und beunruhigender Ausdruck dafür ist der Zulauf, den die Kirchen überall im ehemals realsozialistischen Lager zu verzeichnen haben, mit all ihren nationalistischen, rassistischen und sexistischen Ideologien. Aber auch das Aufkommen "ethischer" Debatten von Rechts, z.B. im ganzen Bereich Eugenik, Sterbehilfe u.a. macht deutlich, wie wichtig die Diskussion und Setzung ethischer Normen von unserer Seite aus ist.

Ein Schlüsselbegriff für solche Normensetzung könnte die Behauptung des uneingeschränkten Rechts auf Existenz für jeden Menschen sein. Darin lassen sich fast alle aktuellen Themen aufschlüsseln.

Das ginge gleichermaßen gegen Hunger und Todesstrafe; für körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung; gegen Folter und den Zwang, in den Krieg zu ziehen; für die sexuelle Selbstbestimmung der Menschen; für das Recht auf Wohnung und Gesundheit, eine intakte Umwelt..... Die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Desweiteren wären Werte zu diskutieren, wie z.B. der ganze Katalog der bürgerlichen Freiheitsrechte, wie Meinungsfreiheit usw., in Hinblick auf Bewahrenswertes für eine revolutionäre Bewegung. Dabei müsste es darum gehen, eine Demokratieauffassung zu entwickeln, die nichts mit dem vorfindbaren, strukturell undemokratischen Parlamentarismus zu tun hat... Und. Und. Und.

Bei dieser Arbeit würden sich viele und ganz neue Bündnisfelder erschließen.

So, und in dieser ganzen Präzisierung dessen, was unsere konkreten Utopien sind, hätte die Frage der Menschenrechte in der Gefangenschaft einen eigenständigen politischen Stellenwert, der als unverzichtbarer Bestandteil in einem revolutionären Prozeß behauptet werden müsste.

Damit wäre eine eigenständige **politische** Mobilisierung zur Unterstützung der Gefangenen vorstellbar, die gleichzeitig den Raum eröffnet für die notwendige perspektivische Diskussion darüber, was die von uns anzustrebenden Werte/Ziele in einer anderen Gesellschaftsordnung sind.

Hanna Cash
Februar 1991

Literatur-Liste

Regelmäßig erscheinende Publikationen mit Beiträgen zu dieser Debatte:

Ak (Arbeiterkampf), konkret, Angehörigen-Info, Interim, Clockwork 129a, Politische Berichte, u.a.

Bücher:

Geißler, Christian:
Dissonanzen der Klärung, Kiel 1990
Kamalatta, Berlin 1988

Meinhof, Ulrike Marie
Die Würde des Menschen ist antastbar,
Wagenbach 1980

Brückner, Peter:
Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse, Wagenbach 1976

Die alte Straßenverkehrsordnung
Dokumente der RAF, Edition tiamat, Berlin 1986

Texte der RAF:
Verlag Bo Cavefors,
Malmö/Schweden 1977

Hrsg: Internationales Komittee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa
Letzte Texte von Ulrike,
Selbstverlag 1976

Bakker-Schut, Pieter
Stammheim
Neuer Malik Verlag, 1986
Das Info-Dokument,
Neuer Malik Verlag, 1987

Beavillard, Michelle
Der Tod Ulrike Meinhofs
Commune/Rhizom, 1986

Tolmein, Oliver und Winkel, Detlev zum
Nichts geRAFt
konkret Literatur Verlag, 1987

Zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand
Bezug von dieser und anderen Broschüren über Rechtsanwalt Klusmeyer, Am Klagemarkt 10/11, 3000 Hannover 1

Die Liste ist natürlich unvollständig!
Fragt in eurem örtlichen linken Buchladen!

V.i.S.d.P.: Hanna Cash, 2000 HH 50

Brief von Bärbel Perau zum Revisionsprozeß

1989 wurden Bärbel Perau, Norbert Hofmeier und Thomas Thoene wegen eines Anschlags auf eine Bundesgrenzschutzkaserne als angebliche Täter/in und RAF-Mitglieder verurteilt.
Die drei waren bis zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung 1986 im antiimperialistischen Widerstand in Duisburg aktiv.
Ihre politischen Prozeßerklärungen kriminalisierte eine Staatsschutzkammer unter dem Vorsitz von Strafrichter Arend zusätzlich. Mit ihren Erklärungen sollen sie selbst im Knast als RAF-Mitglieder gehandelt werden. Arend kam dadurch zu höheren Strafen von einmal 1o Jahren und zweimal 9 Jahren.
Nach viereinhalb Jahren Knast steht für die drei jetzt der Revisionsprozeß an. Um was es dabei geht, dazu schreibt Bärbel in einem Brief folgendes:

...

In der Revisionsbegründung geht es um unsere Prozeßerklärungen. Arend (ehem. Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf) hat die Prozeßerklärungen als eigenen Tatbestandteil genommen, als "mitgliedschaftliche Betätigung" (Unterstützung und Werbung für die RAF) nach 129a verurteilt.
Begründet hat er das mit einzelnen Passagen aus unseren Erklärungen und damit, daß wir sie an euch (die Prozeßbesucherinnen) gerichtet haben.
Wir hätten euch eh nur aufwiegeln wollen, was ja die Tumulte im Gerichtssaal und das sonstige Verhalten der Zuhörer in der Hauptverhandlung gezeigt hätten.

Diesen Teil des Urteils hat der BGH (Bundesgerichtshof) aufgehoben.
Sie berufen sich auf ein Grundsatzurteil von 1982, wo sie was zur Verteidigung gesagt haben. Zur Verteidigung gehören demnach auch Erklärungen, mit denen du die "Legitimität des staatlichen Strafanspruches" bestreitest oder in Frage stellst. Solche Erklärungen zeigen zwar einen Mangel an Einsicht, und gehen natürlich zu Lasten bei der Strafbemessung - sie dürfen aber nicht als "strafbegründetes tatbestandsrelevantes Verhalten" gewertet werden. - so sagen sie das.

Gut, dann sagen sie, unsere Erklärungen hätten "verteidigungsrelevanten Inhalt", und daß wir euch nur aufhetzen wollten, wäre nicht eindeutig festgestellt. Eindeutig wäre es z.B. gewesen, wenn wir denen (dem Senat) den Rücken zugedreht hätten.

Und das alles wollen sie jetzt mal grundsätzlich klären:

Unser Verhalten - euer Verhalten -
- Inhalt von Prozeßerklärungen.

Weißt du, Arend und Berroth (1) und solche Gestalten, die haben nen richtigen Haß. Und da ist Arend jetzt in diesem Punkt übers Ziel rausgeschossen. Hat er nicht mehr die Politik im Auge gehabt.
Das Revisionsurteil haben sie im November 1989 gemacht. Kurz nach dem Streik (Hungerstreik der Gefangenen aus RAF, Widerstand und anderen. Feb - Mai 89), wo es eine sensibilisierte Öffentlichkeit gab, kurz nachdem Ockelmann (2) aufgeflogen ist, - aufgeflogen, wie die BAW (Bundesanwaltschaft) Gutachten macht. Rolf (Hartung) mußten sie rauslassen, ihm die Untersuchungshaft entschädigen. Ingrid (Strobl) ist im Sommer 89 zu 5 Jahren verknackt worden, was nen Wirbel gemacht hat.
Und sowas "skandal-trächtiges", Verurteilung wegen Prozeßerklärungen, da verhandeln sie dann lieber neu.

---

(1) Berroth ist Vorsitzender Richter beim Oberlandesgericht Stammheim. Er hat eine lange Staatsschutzjustizgeschichte. Zuletzt hat er im Januar 91 Luitgard Hornstein zu 9 Jahren Haft verurteilt.

Gleichzeitig ziehen sie durch:
Zur selben Zeit hat der BGH entschieden, Luiti (Hornstein) nochmal nen Prozeß zu machen (3), sie nicht rauszulassen, ist die Revision bei Andrea (Sievering) und Rico (Prauss) abgelehnt worden (trotz Ockelmann), ein paar Monate später mußten sie Ingrid (Strobl) zwar rauslassen, gleichzeitig haben sie aber festgeschrieben, daß eine "geistige Nähe" reicht, um dich nach 129a zu verurteilen.

Gut, dann ist da die BAW, die hinter allem her ist, die alles durchdrücken will - jede Verschärfung. Sie wollen immer solche Grundsatzurteile, die sie dann in allen folgenden Prozessen nehmen, sich drauf berufen.
Deswegen muß man sie ernst nehmen. Genau nehmen. Aufpassen.

Weil es eben für uns alle wichtig ist, was sie an neuen Gesetzen, Paragraphen und Urteilen machen.

Ich denk so:
Die BAW ist scharf drauf, Prozesse zu militarisieren - weiter, als es eh schon ist. Die Hochsicherheitsbunker, die Kontrollen, jeder Zuhörer in der Kartei, von Öffentlichkeit kannst du ja nicht reden.
Weil damit Schluß sein soll: An Prozessen gegen uns soll nichts offen werden, soll es keine Politisierung geben.
Es soll sich keine Nähe/Verbundenheit zwischen uns, zwischen drinnen und draussen entwickeln können.
Stocksteif, ohne Protest, ohne Anteilnahme sollste du ihrer gewollten "Exekution" zuschauen.
So soll euer Verhalten sein.

Unser Verhalten?
Am besten wieder die Grünen (Gerichts- und Knastbeamte) zwischen uns - weil wir ja eh nur zusammen reden, an Erklärungen überlegen, die dann zusammen vortragen, um aufzuwiegeln (so sinngemäß sagt es Arend im Urteil) und: JEDES POLITISCHE WORT SOLL RAUS AUS DEN PROZESSEN !!

Aus dem BGH-Revisionsbeschluß:
"Anders (also strafrechtlich zu verurteilen) kann ein Verhalten zu bewerten sein, das ohne jeden Bezug zur Verteidigung steht und unzweideutig ausschließlich dem Fortbestand, der Unterstützung der oder der Werbung für die Vereinigung dienen soll."

Verstehst du? Darum geht es.
Möglich, daß sie bei uns sagen:
O.K., in deren Erklärung ist ein Bezug zur Verteidigung (weil wir konkret was gesagt haben). Aber was heißt das?

Genau das will die BAW durchsetzen: es muß einen "sachlichen Bezug" zum "Verfahrensgegenstand" geben, und den wollen SIE bestimmen. Da wollen sie jetzt klare Richtlinien schaffen.

---

(2) Der Fälscher Ockelmann ist ein sog. Schriftgutachter. Seine im Sinne der BAW gefertigten sog. Gutachten waren ausschlaggebend für die Haftbefehle sowie die spätere Verurteilung zu 9 Jahren Knast, gegen Rico Prauss und Andrea Sievering, und für die Verurteilung von Chris Kluth zu 10 Jahren Knast. Er war schon länger dafür bekannt, daß er mit windigen Methoden aus dürftigstem Material immer 100%ige Beweise zauberte. Seine Standeskollegen vom Graphologenverband, bis hin zum BKA, distanzierten sich von ihm, nachdem Ockelmann mehr und mehr zur Skandalfigur avancierte. Mittlerweile haben sowohl die BAW, der Stammheimer Senat, als auch der BGH diesen Fälscher fallengelassen. Als Ergebnis wurde Rolf Hartung, der in gleicher Sache verurteilt werden sollte, nach 9 Monaten Isolationshaft entlassen und bekam Haftentschädigung zugesprochen.

---

(3) 1988 wurde Luitgard Hornstein in Stammheim zu 4 Jahren Haft wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF verurteilt. Im selben Prozeß wurde Chris Kluth darüberhinaus wegen angeblicher Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag gegen die Rüstungsfirma Dornier zu 10 Jahren verurteilt. Später wurden Rico Prauss und Andrea Sievering dazu geholt und beide zu je 9 Jahren verurteilt. Die Anklageerweiterung wurde jetzt im 2. Prozeß gegen Luiti, der durch eine Revision der BAW zustande kam, nachgeholt, kurz bevor sie Luiti nach den 4 Jahren hätten rauslassen müssen.

Im nächsten Prozeß wollen sie - wenn ihnen nicht paßt, was eine/r zu sagen hat - aufstehen, ihr/ihm das Wort verbieten, vom Prozeß ausschließen, mit Jahren mehr verknacken, wegen Mitgliedschaft im Knast - RAF im Knast.

Das ist ein wichtiger Punkt. Es schwebt ständig über allen Prozessen, daß sie "RAF im Knast" juristisch durchsetzen wollen - jetzt über Prozeßerklärungen, über "unser Verhalten".
Ich brauch dir ja nicht zu sagen, was das alles ist und heißt: daß sie jeden Brief, jeden Besuch, und vor allem, unseren Kampf für die Zusammenlegung mit einem neuen 129a belegen können.

Im Kern ist es das - wenn du's dir mal für jetzt und heute überlegst: jede eigene Entwicklung und somit unsere gemeinsame soll erstickt werden.
Mir ist das an den Prozessen jetzt nochmal richtig bewußt geworden.

An den Diskussionen zum Prozeß gegen Luiti, an den Fragen zum Umgehen mit den Konstrukten (den wild zusammengezimmerten Anklagen) usw, also einfach rauszukriegen, was jetzt eigentlich der Punkt ist, was sie durchsetzen wollen und dann Vorstellungen zu entwickeln, wie WIR uns real dagegen durchsetzen. Was UNS da wichtig ist - wirklich gezielt und gut nen Prozeß zu bestimmen - das ist genau ein Teil, wofür wir alle zusammen sein müssen, wir die Zusammenlegung brauchen, und die Kommunikation - um es mit euch zusammen rauszukriegen und zu bestimmen - fürs zusammen kämpfen.

Dann kommen sie mit "RAF im Knast".
Da geht es ihnen nicht drum, was draußen war (also ich/wir bis 86), sondern was jetzt ist und so ist es wichtig zu vermitteln.
Weil's in die konkrete Situation zielt, gegen das, wofür wir jetzt kämpfen:

Zusammenlegung - politische Diskussion - - Freiheit.

Der Revisionsprozeß gegen Bärbel, Norbert und Thomas beginnt vor dem OBERLANDESGERICHT in DÜSSELDORF in der TANNENSTRASSE am

Montag, 18. März 1991 9.15 Uhr

Die weiteren Termine sind:

Freitag,	22.	März	9.15 Uhr
Dienstag,	26.	März	17.oo Uhr
Montag,	8.	April	16.oo Uhr
Freitag,	12.	April	9.15 Uhr
Montag,	22.	April	9.15 Uhr

Die Gefangenen freuen sich, wenn viele zum Prozeß kommen !

Politisch Gefangener

El Salvador

Viva FMLN

SFE DISCO 16.3.

3.3.-19.5. INFOCAFE :PROGRAMM:

Anti-Kriegs-Film-Tage im »Café Chaos«

Machnower Straße 19a
Berlin-Zehlendorf - Telefon: 815 84 37

Der Golf-Krieg hat dazu geführt, daß Krieg wieder als legitimes Mittel der Politik anerkannt wird. Für die Zukunft bedeutet das, daß die Hemmschwelle für militärische Konflikt-»Lösungen« weiter herabgesetzt ist. Aber wir wissen, daß ein Krieg weder heilig noch gerecht ist, sondern tausende von Menschen zu Mördern und Gemordeten macht. Ein Krieg löst keine Probleme, sondern schafft nur viele neue. Kriege werden nicht wegen solcher schönen Ziele wie »Völkerrecht« oder »Weltfrieden«, sondern für wirtschaftliche und Macht-Interessen geführt.

Aber wir wissen auch, daß sich die Menschen stets gegen den Krieg, gegen die Logik der Vernichtung aufgelehnt haben.

Wir wollen Filme zeigen, die gegen den Krieg gemacht wurden und darüber reden. Wir haben 12 Filme ausgesucht, die wir – in der Chronologie der Ereignisse, die sie beschreiben – an 12 nachfolgenden **Sonntagen, um 15.00 Uhr**, als Videos in unserem Café zeigen wollen.

Wir wollen damit einen Beitrag leisten, damit sich der Krieg nicht als Normalität in unser Bewußtsein eingräbt.

An **jedem Freitag** findet um **19.30 Uhr** ein Aktionsplenum gegen Krieg, Militär und Wehrpflicht im Café statt. In nächster Zeit wollen wir darüber diskutieren, wie wir Kriegsdienste verweigern können und uns so gegen das Militär hier zur Wehr setzen.

Zum Schluß noch einige Adressen, an die Ihr Euch wenden könnt, wenn Ihr in Sachen Wehrdienst Beratung sucht:

Antimilitaristische Adressen:

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
c/o Badensche Straße 29, 1000 Berlin 31, Telefon 862 13 31
Beratung: täglich 9 bis 18 Uhr
Außerdem können hier Beratungstermine zu speziellen Themen erfragt werden. Es gibt ein Frauenplenum gegen Zwangsdienste, ein Reservistenverweigerungstreffen (freitags, 20 Uhr), und weitere Gruppen sind im Entstehen

Antimilitarismus-AG im AStA FU
Kiebitzweg 23, 1000 Berlin 33, Telefon 828 22 24
Plenum jeden Donnerstag, 18 Uhr, im Sitzungssaal des AStA-Hauses
Keine Beratung

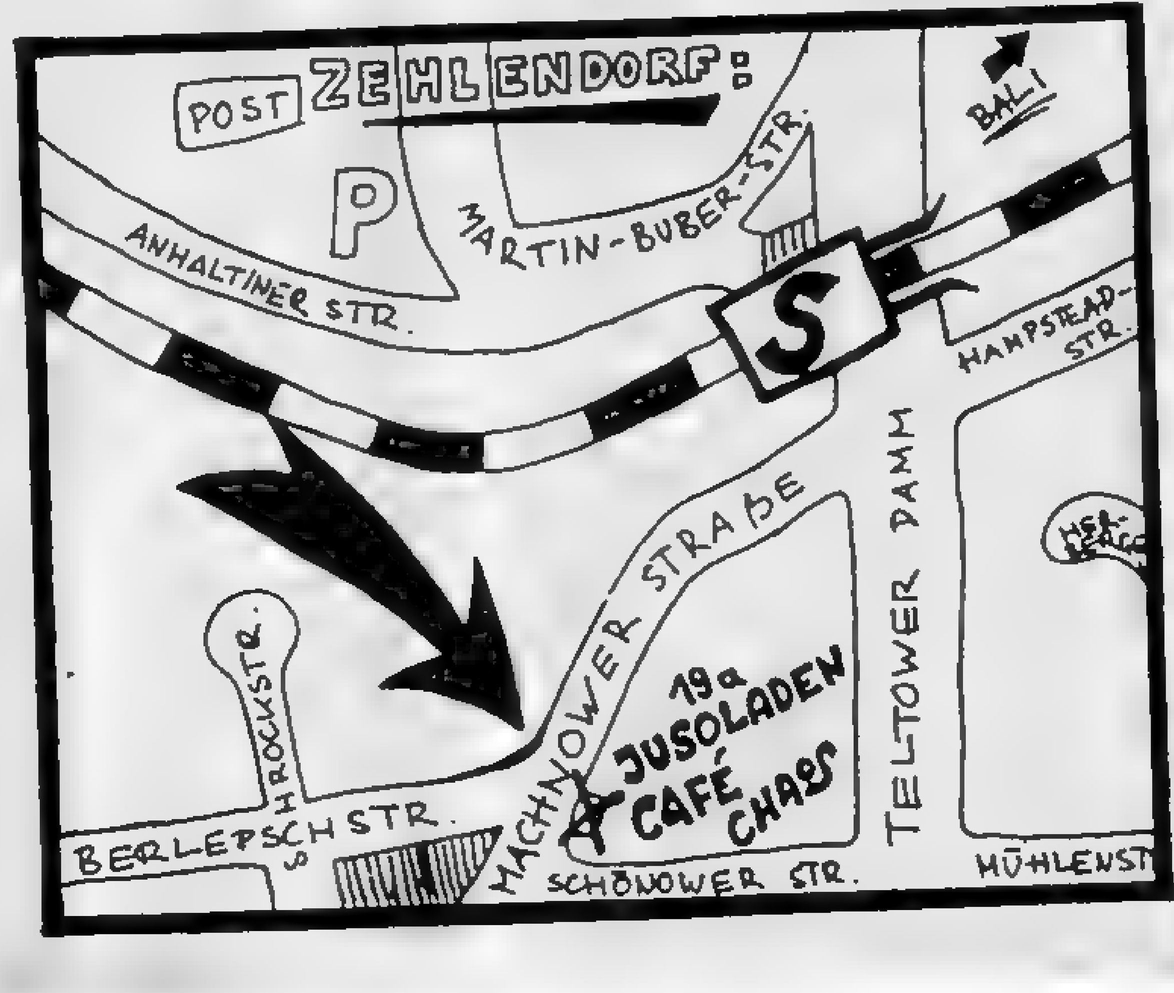
Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer/Region Berlin
Frankfurter Allee 286, O-1130 Berlin, Telefon Berlin-Ost 525 19 28
Erreichbar jeden Donnerstag, 19-21 Uhr

Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK)
Gneisenaustraße 2a, 1000 Berlin 61, Telefon 693 80 21
Beratung: montags und mittwochs ab 19 Uhr

DFG-VK
Pacelliallee 61, 1000 Berlin 33, Telefon 832 54 97
Beratung: montags, 19 Uhr

Informations- und Aktionsstelle Totalverweigerung
Gneisenaustraße 2a, 1000 Berlin 61, Telefon 693 80 21
Beratung: freitags ab 17 Uhr







HALLO, gibts uns noch ..?..
Ungeordnete Gedanken zum 1.Mai '91



In sieben Wochen findet unser aller Lieblingshappening wieder statt, aber zur Zeit sieht es so aus, als ob sich das (wieder?) auf ein bloßes Konsumieren eines Pflichttermines beschränkt. Eine Diskussion um Inhalt, Bestimmung und Form(Mittel) der Demo scheint nicht ge-wünscht zu sein bzw. wird nicht öffentlich geführt. Dabei gabs doch letztes Jahr mehrere kritische Beiträge unter der spärlichen Reso-nanz, die doch einige Knackpunkte ansprachen. Wenn wir uns nicht mal ein paar Gedanken mehr um die "Institution" "Revolutionärer 1.Mai" machen, als bisher, behalten die Recht, die schon mehrfach vor der Ritualisierung des Projektes 1.Mai gewarnt haben - und das wäre e-norm schade. Einen linksradikalen Ostermarsch haben wir wirklich nicht nötig! In diesem Sinne ist dies hier eine Aufforderung an alle, sich intern und öffentlich Gedanken zu machen und eine konstruktive Diskussion zu entfachen, deren Ergebnis nicht nur Papierstapel, son-dern auch eine starke 1.-Mai-Demo (&Fest) sind, die sich -und da-mit unsere Inhalte- so deutlich vermittelt, daß nicht wieder schwül-stige, phrasenüberladene Nachbereitungsflugis verteilen müssen. Lesetips Interim98/S.6 und102/12. Die Tatsache, daß die "autonome Szene" in Berlin mittlerweile über 10.000 Menschen mobilisieren kann, zumindest zu bestimmten Anlässen (1,5.,3.10), andererseits aber nix auf die Reihe kriegt (Shellkampagne-eingeschlafen;Häuserkampf-entpo-litisiert;Kommunikation untereinander-immer erst,wenns zu spät is (Golf,Militanz an der Weitlingstr. oder jüngst aufm Q-Damm,FAP ... und vieles mehr - diese Platte is ja nicht neu)), das sollte uns doch mal zu denken geben. Besonders deutlich wird das immer,wenn mal wieder "Aktionstage" angesagt sind, damit unsere Demos und Aktionen nicht so vereinzelt erscheinen, wie sie es leider aber sind! Die üblichen Leute touren durch nichtvorhandene Strukturen, bis sie Ur-laubsreif und frustriert sind, während das Publikum abwechselnd in INTERIM und ZITTY blättert und sich dann doch eher fürs Fernsehen entscheidet. Es sei denn, was spannendes ist angesagt, mit Bullen und Glasbruch und so ... WEG MIT DEM BOCKPRINZIP - FÜR EINEN POLI-TISCHEN 1.MAI !!!

Jetzt hab ich erstmal genug gemeckert und möchte mich für meinen po-lemischen Stil entschuldigen, bevor ich zu einigen Punkten komme, die ich diskussionswürdig finde.

ROUTE - Am O-Platz als Treff ist wohl kaum zu rütteln, aber wie wäre
es mit einem Abstecher nach Friedelhain ? Der Mainzer-Kiez liegt lei-
der sehr weit ab; wenn das Fest wieder im guten alten SO 36 stattfin-
den soll, wäre es eher ratsam, die Demo auch dort enden zu lassen.

Um aber nicht völlig imGhetto zu versumpfen, sollten wir uns scon mal
n Stück außerhalb der ausgetretenen Pfade bewegen. Vom Märkischen U-
fer aus ist das "rote"Rathaus sozusagen nur einen Steinwurf entfernt...
Eine 1.-Mai-Demo durch die Nachbarschaft des Regierungsviertels hätte
doch etwas ... oder? Eng mit diser Frage ist auch die nach dem
Äusseren Erscheinungsbild der Demo verknüpft. Wollen wir eine Autono-
me Hardcore-Demo wie z.B. in Göttingen nach Connys Ermordung, auf
der wir als einheitlicher, militärisch wirkender Block in Schwarz mit
Hassi unsere Entschlossenheit (hüstl...) und unsere Bereitschaft zur
Konfrontation vermitteln, oder einen bunten Kiezumzug mit Kind & Ke-
gel,der eher Gegenkultur als einen anderen Teil unseres Widerstandes
vermittelt? Beides hat seine Berechtigung, wir sollten uns nur mal
drüber einigen, was uns jetzt eher wichtig/richtig erscheint. Ich
finde, daß wir uns letztes mal sehr in die Defensive haben drängen
lassen. Die Vorkontrollen waren oberdreist, das Spalier auch, das
hätten wir uns nicht gefallen lassen müssen. Durch die Parole von der
"Gesamtverantwortung" hatten sich wohl viele dazu entschlossen, keine
militanten Aktionen vorzubereiten, und so fehlte dann auch die Mög-
lichkeit, die Bullen ggf. etwas in ihrem Eifer zu dämpfen. Ich fände
es enttäuschend, wenn Militanz davon abhängig ist, daß wir uns Motor-
radmützen aufsetzen und stundenlang "Hass,Hass,Hass..." schreien könn-
en! Ich hatte so den Eindruck, daß viele nach der Demo und dem gemüt-
lichen Fest nicht nur nach Hause gingen, weil der Kiez mit grünen zu-
geschissen war, sondern weil sie ihre Militanz davon abhängig machen,
daß andere ihnen Vorturnen. Ich fände total gut, wenn wir uns mal auf
Kriterien einigen, wann wir uns wehren bzw. offensiv werden , und wann
wir unsere Ausrüstung eben wieder mit nach Hause nehmen. Das senkt
dann (langfristig) die Beliebigkeit von Randale und erhöht damit die
Aussagekraft. Vorschlag: ein Spalier wird nicht hingenommen (abdränger
durch laufen auf Gehweg, Routen änderung o.ä.) , bei dreisten Vorkon-

trollen flexile Treffpunkte "erste Querstr. südlich vom O-Platz" oder "erste sichere Grünfläche auf der Route", wo die Demo dann die Leute abholt, ausmachen, für alle. Glasbruchkriterien, wie "Heinz Schenk" sie angeregt hat (Interim134), wären auch zu diskutieren. Ich meine, daß wir auf Kiezbezogenen Demos etwas vorsichtig inder Auswahl der Objekte unserer Begierde seien sollten. Sexshops,Spielhöllen und ähnliches wollen wir nicht bei uns vor der Haustür - die Bank zu plätten, bei der wir am 15. dann wieder die Lohntüte abholen, fände ich wenig glaubwürdig. Aneignungsaktionen sind sicherlich vermittelbar im Kiez, machen aber nur Sinn, wenn sie mit den Leuten passieren, die es nötig haben - und das sind mit Sicherheit nicht wir, auch wenn wir immer meinen, daß es uns so schlecht geht, weil wir nicht in den Grunewald-willen leben, sondern die Bonzen. Und um das zu dokumentieren tragen wir alle 400 Mark teure Lederjacken und studieren bis wir 30 sind...

—DOKUMENTATION—

5. Der Symbolwert Ihrer Uniformenvermummung. Es ist Ihnen sicherlich bewußt, daß Ihre Gesichtsmasken und Ihr Auftreten im "Schwarzen Block" Schrekken verbreiten. Wollen Sie damit zeigen: Wir sind Herr der Lage, nichts kann uns an der Durchsetzung unseres autonomen Willens hindern? Dies bedeutete zugleich die Negation jeder Gesprächsbereitschaft und damit eine höchst autoritäre Haltung.

Nicht daß wir nix plündern dürfen, aber das ist an sich noch kein politischer Akt! Einen Riot wie `87 (und z.T.89) anzuschieben, in dessen Atmosphäre der Funke überspringt, von der Demo auf den Kiez, wo mehr Menschen wenigstens für einen Abend mit den Verhältnissen brechen und sich wehren, das wäre für mich ein politischer Erfolg. Im Gegensatz zu einer Demo nach Schema F , auf der dann diesmal 2o.ooo Leutchen mitlaufen, was uns dann wieder so begeistert, daß wir nicht merken, daß wir eine Woche später wieder nur noch 500 sind. Bewegung ist nicht alles, und schon gar nicht, wenn sie auch noch ziellos ist.

Und nochwas: was machen wir diesmal mit gewissen K-Grüppchen ? Ich bin nicht bereit, unter Stalinköpfen zu demonstrieren ! Insbesondere, wenn die RIMs wieder versuchen, sich auf so miese Art bei uns einzuklinken, wie letztes Jahr, gehört das verhindert-auch mit "Gewalt"! Volker Härtigs Bus ist schon aus geringeren Gründen abgebrannt! Aber die RIMs sind nicht die einzigen, die Scheisse bauen, wir sollten mal unser Verhältnis zu Leuten klären, die Saddams Irak verteidigen oder die regelmäßig durch unsolidarisches Verhalten auffallen (Vereinnahmungsversuche auf kleinen Demos, querschiessen bei Redebeiträgen durch Megas, TKP/ML oder Rev.Komm. z.B.). Oder bin ich der einzige, der sich genervt fühlt?

So, und nun hoffe ich auf viele,kluge,eifrige SchreiberInnen, die so viele kluge Gedanken zu Papier bringen, das mein geschreibsel überflüssig wird-Ans Werk !

see you at the barricades !

Nach dem Golfkrieg

Was hat der Golfkrieg in der BRD verändert, was hat er ans Tageslicht gebracht, wie gehts weiter?
Ich kann und will hier nicht weit ausholen, nur ein paar Bemerkungen machen.
Die Bomben prasseln nicht mehr, die Vernichtungsorgie des US-Imperialismus und anderer imperialistischer Regime und ihrer Statthalter im Nahen Osten zur "Wiederherstellung" des Völkerrechts ist vorläufig beendet - sie sind wieder zur Alltäglichkeit des SOZIALEN KRIEGES und des sozialen Mordens zurückgekehrt.

In Kurdistan und Palästina stehen sich Imperialismus und trikontinentaler Widerstand in einem nur revolutionär zu lösenden Antagonismus unvermittelbar gegenüber. Massenrevolten, bewaffneter Kampf, Herausbildung und Gärung einer neuen islamisch- sozialrevolutionären Klasse der Armen von Casa Blanca bis Kairo, von Istanbul bis Kalkutta nehmen Gestalt an. Der Volksaufstand in Kurdistan (Serhildan) stellt einen historischen Bruch mit aller bisherigen türkischen Geschichte auf die Tagesordnung, genauso wie die Intifada das zionistische Staatsgebilde über kurz oder lang von innen her zerstören wird. (Die moralische Legitimation das STAATES Israel ist außerhalb der arabischen Welt spätestens seit dem Libanonkrieg und den Massakern von Sabra und Shatilah im Jahre 1982 zerbrochen. Nur bei den Realo-Grünen hat sich das anscheinend noch nicht herumgesprochen.)

Was hat die Geschichte des letzten halben Jahres in der BRD verändert? Fangen wir beim letzen Punkt, dem brisantesten an.

Der größte politische Skandal der Nachkriegs-BRD, die staatlicherseits zugelassene Lieferung von Giftgasanlagen in den Irak und nach Libyen, hat bei ihrem öffentlichen Bekanntwerden keinen Sturz der Kohl-Regierung herbeigeführt. Der wäre aber spätestens jetzt fällig, nachdem alle Beweise auf dem Tisch liegen, wie jede Aufklärung und Verfolgung gegenüber den Händlern des Todes verhindert und veschleppt wurden.
Es kann wohl keine schlimmere moralische Blamage für den Antifaschismus und die sog. demokratische öffentlichkeit der BRD geben, wenn jetzt keine Konsequenzen aus den verbrecherischen Exportförderungspraktiken des Wirtschaftministeriums und des Verantwortlichen Kohl gezogen werden. Selbst ohne revolutionäre Grundhaltung müßte jede/r Antifaschist/in auf dem sofortigen Rücktritt der Kohl-Genscher-Regierung bestehen.
Mit der Zustimmung zum US-GB-F- Krieg gegen den Irak und der Lieferung von Patriot-Raketen hat die BRD-Regierung die Sache nicht aus der Welt geschafft, sondern nur verschlimmert. Durch den Krieg konnten immerhin die Gasgranaten überhaupt zur Anwendung kommen, - also hätte Genscher, wenn er denn etwas für die israelische Bevölkerung tun wollte, öffentlich sagen müssen: "Wir können keinen Krieg unterstützen, in dem möglicherweise Gas aus deutschen Anlagen auf JüdInnen niedergeht." Ich möchte nicht gegenüber einem imperialistischen Regime blauäugig sein, aber hier verläuft EIN UNBEDINGTER TRENNUNGSSTRICH gegenüber denjenigen Positionen, die uns einreden wollen, daß ein Krieg gegen den Irak im Sinne der israelischen Bevölkerung sei. Die Realo-Grünen, die Ströbele usw. jetzt zum Rücktritt zwingen, haben sich als pro-imperialistische, pro-zionistische Partei endgültig entlarvt. Sie gehören zur Gegenseite.
Das Ausradieren der staatlichen Gegner Israels sichert die Existenz der jüdischen Bevölkerung in Israel keineswegs, es gefährdet sie. Jede KennerIn weiß, daß die Verhinderung des Dialogs mit arabischen Postionen die wirkliche Gefahr für die JüdInnen und Juden langfristig nur ständig erhöht. Der moralische Blankoscheck für die Opfer einer tausenjährigen Verfolgung ist abgelaufen. Wenn es denn um das Existenzrecht der JüdInnen geht, muß das Existenzrecht des staatlichen Zionismus in dieser Form radikal verneint werden. Schon deshalb, weil die Struktur des Konflikts zwischen Zionismus und PalästinenserInnen längst aus Opfern Täter gemacht hat. Die ablaufende Ausweitung der Intifada und ihre Verschmelzung mit den sozialrevolutionär-islamischen Aufständen im gesamten Nahen Osten stellt künftig eine ganz andere Bedrohung Israels als ein hochbewaffneter Irak dar: Der sich sich exklusiv-nationalistisch begründende Zionismus macht aus JüdInnen ein Herrenvolk, und greift zu Lösungen, die eine tragische Umkehrung der selbst erlittenen Verfolgung sind. Das ist allerdings nicht den geflohenen Opfern des Nationalsozialismus vorzuwerfen, sondern den imperialistischen Globalstrategen, die auf zynische Weise den Opferstatus der Israelis (eine Minderheit im übrigen) in ihr nahöstliches Herrschaftskonzept eingebaut haben. Die Gewalt, die Israel ständig neu produziert, wird gegen die jüdische Bevölkerung zurückschlagen, wenn sie weiterhin nationalchauvinistisch interpretiert, wo es um soziale Herrschaftspyramiden geht.

Zweitens: Die Golfkrise und der Golfkrieg haben die BRD zum ersten Mal in die Nähe des unmittelbaren Kriegseintritts gebracht.
Einen Krieg, mit dem wir gottverdammtnochmal absolut nichts zu tun haben wollen, den wir strikt ablehnen. Der mit Völkerrecht nichts, mit kapitalistischen Finanz-, öl- und Herrschaftsinteressen aber alles zu tun hat. Der Eiertanz, den uns das Kohl/Genscher-Regime vorgeführt hat, enthüllt sich bei näherem Hinsehen als ein raffiniertes Umdrehen und als mediale Steuerung der Massenstimmung. Während bei Ablauf des Ultimatums Mitte Januar noch 80% einen Krieg ablehnten, haben sie es mit ihrem Informationswolkenbruch geschafft, die Vernichtung Saddams als notwendig und nur mit einem Krieg möglich hinzustellen. Der Kriegskurs der USA war von Anfang an klar und ihm hätte ein BRD-Regime durchaus - schon in der UN - öffentlich widersprechen können. Daß dies nicht geschehen ist, ist insofern ein Bruch mit der Nachkriegsgeschichte, als die Bundeswehr nur für einen unmöglichen Krieg mit dem Osten legitimiert war, aber nicht für neokoloniale Herrschaftssicherung gegenüber Völkern der Dritten Welt. Es ist seit Januar die nachholende Einstimmung auf Krieg gelaufen, die uns schlagartig verstehen läßt, wie es 1914 ode 1939 mit der damaligen Antikriegsstimmung der Arbeiterklasse gelaufen ist. Das markiert eine weitere Wende seit der Einverleibung der DDR, die eigentlich die Forderung nach sofortigem Regierungsrücktritt und Neuwahlen hervorrufen müßte. Das dies nicht erfolgt beweist, daß anscheinend das demokratisch-antimilitaristische Bewußtsein der breiten öffentlichkeit manipulierbar ist bis zum Geht-nicht-mehr. Das WHNS-Abkommen hat die BRD ohnehin zum unsinkbaren Flugzeugträger der USA gemacht, insofern war die BRD kriegsführende Partei. Auch das ist noch nicht im Bewußtsein: Wir waren und sind direkt beteiligt.
Drittens: die Zuspitzung der sozialen Generaloffensive in der ehemaligen DDR führt vor, was Stabilität der BRD- Verhältnisse bedeutet. Alles, was die CDU/FDP in den letzen anderthalb Jahren versprochen und verkündet haben, "Keinem wird es nach der Vereinigung schlechter gehen als vorher", war platteste und bewußte Lüge.
Die Forderung auch hier: sofortige Neuwahlen mit der zentralen Forderung, das Existenzrecht der EX-DDR-Bevölkerung zu respektieren, also garantiertes Mindesteinkommen von 2000.-DM für alle, so daß es tatsächlich keiner Familie schlechter geht als vorher.
Das BRD-Regime finanziert das Töten im Nahen Osten und läßt im Inneren die eine Hälfte der Bevölkerung auf Kosten der anderen leben. Das hätten die Nazis auch nicht besser gekonnt.
Weg mit dem Nazi- Kohl!
Keine Kriegsteuern!
Raus aus der Nato!
Garantiertes Einkommen für alle !
Das wären einige Schlußfolgerungen, die sich der Antikriegs-Bewegung ganz unmittelbar aufdrängen müßten!

Eine weiteres Kapitel wäre das Fluchtlingselend im Nahen Osten und die Abschottungs- und Deportationpolitik gegen die Flüchtlinge hier. Wie radikalisieren wir den antirassistischen Kampf unter dem Eindruck der Massenfluchtbewegungen im Nahen Osten?
Keine Deportationen! Keine Abschottung! Für freies Fluten!

Statement aus dem RAP (Revolutionäres antirassistisches Plenum, Bremen) 3.3.91

GOLF 2

REVOLUTIONÄRER KAMPF GEGEN DIE US-NATO-AGGRESSION AM GOLF UND GEGEN DAS FASCHISTISCHE REGIME IM IRAK !

Wir meinen, das beides zusammengehört. Wir wenden uns gegen die neutralistische Haltung und die Unterstützung einer "weichen" imperialistischen Politik, wie sie Teile der Friedensbewegung vertreten. Wir wenden uns aber auch, und darum soll es hier gehen, gegen den falschverstandenen Antiimperialismus einiger 'linker' Gruppen und revolutionärer Kräfte, die zur militärischen Verteidigung des Irak aufrufen und/oder in Saddam Hussein einen Vertreter der arabischen Massen sehen wollen. Der terroristische Nationalismus und Rassismus des Ba'th-Regimes steht der sozialen Befreiung, nicht nur im Irak, im Wege. Deshalb muß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg mit dem Kampf gegen das Saddam-Regime und die anderen reaktionären Regimes der Region verbunden werden. Auch dort, wo es keinen Aufruf zur militärischen Verteidigung des Irak gibt, fehlt fast immer eine Solidarisierung mit den Opfern des ba'thistischen Terrors und mit dem irakischen Widerstand.

Diese Kritik an den Positionen verschiedener Gruppen hätte schon vor Monaten erscheinen sollen. Viele der zitierten Flugblätter und Zeitungen sind schon älter, die vertretenen Positionen aber sind leider weiterhin aktuell.

"Das hauptsächliche Interesse...muß die Niederlage der Intervention der USA im Golf sein. Deswegen sind wir im Falle einer Blockade und des Kriegsausbruchs auf Seiten des Irak", so etwa die SAG ('Stoppt die Kriegstreiber', Klassenkampf Nr.87, Oktober 1990). Was heißt es, "auf Seiten des Irak zu sein"? Sollen die kommunistischen, demokratischen und kurdischen Widerstandsorganisationen einen Burgfrieden mit ihren Mördern schließen? Das Ba'th-Regime duldet keine unabhängige Organisierung. Die Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt befürwortet "eine auf konkrete Aktionen beschränkte Einheitsfront, dort wo Husseins Politik fortschrittliche Elemente enthält...Gleichzeitig nehmen wir aber nichts von unserer revolutionären Propaganda gegen Husseins Diktatur zurück" (ArbeiterInnenstandpunkt Nr.28, August/Septemebr 1990, Erklärung vom 24.8.90). Für europäische RevolutionstheoretikerInnen mag das möglich sein, es geht aber an der irakischen Realität vorbei. Ähnlich die Gruppe Spartakist, sie "ruft zur Verteidigung des Irak gegen die imperialistische Invasion...und sie ruft die irakischen Werktätigen auf, den blutigen nationalistischen Gewaltherrscher zu stürzen" (Spartakist Nr.77, 9.10.90). Auch sie bleibt die Antwort schuldig, wie beides auf einmal gehen soll.

Das irakische Terroregime übersteigt fast alles, was es an Diktatur auf der Welt gab und gibt. Die Irakische Kommunistische Partei (IKP-Zentralkomitee) schloß 1973 ein Bündnis mit der Ba'th-Partei. Das Ergebnis war die Zerschlagung ihrer politischen Strukturen außerhalb Kurdistans, mehrere Tausend KommunistInnen wurden ermordet. Wem möchten die genannten Gruppen empfehlen, diese Erfahrung zu wiederholen?

Im gesellschaftlichen Bereich trägt der irakische Ba'thismus alle Kennzeichen einer faschistischen Herrschaftsform: Militarismus, Rassismus, Sexismus, offener Terror gegen jede

Opposition, Antikommunismus, Führerkult, Gleichschaltung, soziale Basis im Kleinbürgertum, Völkermord an KurdInnen und ethnischen/religiösen Minderheiten (Armenier, Turkmenen, Assyrer, Chaldäer, Sabiiten, Juden). Das kurdische Volk der Failis, das seit über 100 Jahren im Irak lebt, wurde wegen seiner iranisch/persischen Herkunft vertrieben und enteignet, der Besitz der Failis wurde 'verdienten Ba'thisten' übereignet. In den 22 Jahren einer Herrschaft hat das Regime den Irak mit einem effektiven Überwachungs- und Repressionsapparat überzogen.

Wie soll die militärische Verteidigung des Irak von hier aus unterstützt werden? Solidaritätsdemonstrationen mit den deutschen Giftgasexporteuren, mit den Blockadebrechern aus den Reihen der Händler des Todes organisieren? In der Tat fordert die Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt allen Ernstes "kostenlose Lieferung von Waffen aller Art!" für den Irak. Die Angehörigen der vergasten KurdInnen und Deserteure und der ermordeten politischen Gefangenen werden sich für diese Form von "internationaler Solidarität" herzlich bedanken! Alle anderen Verteidiger des Irak schweigen sich über diese Frage vornehm aus, wohl weil ihnen jede konkrete Äußerung zu diesem Thema doch zu peinlich ist.

Es ist grenzenloser Zynismus, den irakischen und kurdischen Soldaten in der Armee Saddams von Europa aus ein kämpferisches "Durchhalten, Jungs!" zuzurufen. Oder wollt ihr selbst in die irakische Armee eintreten, um mit einem terroristischen Regime für dessen verbrecherische Ziele zu kämpfen? Sowohl der erste Golfkrieg gegen den Iran als auch der zweite Golfkrieg dienen allein den wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen der irakischen Staatsbourgeoisie. Warum sollen die irakischen Soldaten für diese Kriegsziele sterben? Auch für den gegenwärtigen Krieg am Golf gilt eine Strategie, die ein gewisser Lenin als revolutionären Defaitismus bezeichnet hat: Nicht eine Nation gegen die andere unterstützen, sondern den Krieg zur Revolution machen!

Während einige deutsche 'Antiimperialisten' das für unmöglich erklären, hat die türkische revolutionäre Organisation Dev Sol trotz ihrer falschen politischen Einschätzung - auch sie will zuerst die US-NATO-Truppen bekämpfen, erst dann das irakische Regime, auch sie erklärt sich nicht mit dem irakischen Widerstand solidarisch - praktisch bewiesen, daß sie solidarisch ist. Ansonsten ist die Parole 'Krieg dem imperialistischen Krieg' praktisch so gut wie gar nicht umgesetzt worden.

Das irakische Terrorregime wäre ohne die Zusmmenarbeit mit den imperialistischen und revisionistischen Staaten schon lange zusammengebrochen. Durch die Annektion Kuwaits geriet Saddam in Konflikt mit den imperialistischen Staaten. Das ändert jedoch nichts an der faschistischen Terrorpolitik des Regimes. Es ändert auch nichts an den Kriegszielen, für die das irakische Regime schon über eine Million Menschen verheizt hat - Ziele, die mit Befreiung nichts zu tun haben. Das langfristige Ziel Saddams ist die Ausbreitung des Ba'thismus über die ganze arabische Welt. Auf diese Weise würde sich auch der ba'thistische Terror über die ganze arabische Welt verbreiten. Diesem Ziel dient auch die aktuelle Kriegführung. Wer in dieser Situation zur militärischen Verteidigung des Irak aufruft, verrät die Opfer des ba'thistischen Terrors. Dies ist, spiegelbildlich verkehrt, genau

der gleiche Fehler, den Teile der Friedensbewegung machen, wenn sie aus den Raketenangriffen auf Israel schlußfolgern, sie müßten sich mit dem zionistischen Staat solidarisieren. Ist es wirklich so schwierig, zwischen einem Staat und den dort lebenden Menschen zu unterscheiden?

Internationalistische Politik muß sich mit allen Unterdrückten und Ausgebeuteten solidarisieren, jenseits aller taktisch-militärische Erwägungen. Wenn die SAG sagt, "wir unterstützen die Opfer des Imperialismus gegen ihre imperialistischen Unterdrücker", ist das richtig, aber die einheimischen Unterdrücker sollten auch dann nicht vergessen werden, wenn sie sich einmal mit ihren Herren anlegen. "Es geht darum, den US-Imperialismus zu schwächen"; heißt es da weiter. Abgesehen davon, daß wir den westeuropäischen und japanischen Imperialismus nicht vergessen sollten: Der Golfkrieg bedeutet eine politische Stärkung des Imperialismus, aber auch der reaktionären Kräfte (Ba'thismus und islamischer Fundamentalismus) in der Region selbst. Nur wenn der irakische Widerstand den Krieg zur Revolution gegen Ba'thismus und Imperialismus wenden kann, nur wenn die Befreiungsbewegungen des Nahen Ostens den Kampf gegen den imperialistischen Krieg mit dem Kampf gegen ihre jeweiligen reaktionären Regimes verbinden, wenn die revolutionär-kommunistische Linke die Waffe der Solidarität richtig benutzt, nur dann wird der Imperialismus geschwächt aus dieser Konfrontation hervorgehen.

Bei der Gruppe Arbeiterpolitik heißt es:"In dieser verzweifelten und ohnmächtigen Massenstimmung wirkt der Angriff des Irak gegen Kuwait wie ein Fanal, ein Zeichen zum Aufstand, und erklärt die Sympathien, die Hussein in weiten Teile der arabischen und islamischen Welt erfährt, was nicht zu verwechseln ist mit Sympathie für die Diktatur und Repression der Ba'th-Partei im Irak selbst. Diese Stimmung erfassend ruft Saddam Hussein die Massen zum 'heiligen Krieg' auf, was angesichts der antireligiösen Tradition der Ba'th-Partei nicht ohne Ironie ist...Den Klassenstandpunkt in diesem Konflikt einzunehmen bedeutet deshalb, sich auf die Seite der arabischen Massen zu stellen, die im Imperialismus ihren Unterdrücker sehen, der sie um seiner eigenen Interessen willen immer wieder auf's Neue verraten hat, und für die deshalb der Irak unter Saddam Hussein den Kampf gegen diesen Imperialismus aufgenommen hat."

Vom angeblichen 'Klassenstandpunkt' geht es ohne weitere Übergänge zu den 'arabischen Massen', ohne daß gesagt würde, welche Klassenzugehörigkeit, welchen Klassenstandpunkt, welche Ziele diese 'Massen' haben. Der 'heilige Krieg' kennt keinen Klassenstandpunkt, sondern nur Gläubige und Ungläubige. Die Unterstützung der 'arabischen Massen' für den 'starken Mann' Saddam beruht nicht zuletzt auf der Enttäuschung über das Versagen der arabischen Regimes und auch der revisionistischen Staaten mitsamt ihren Ideologien, und über die Schwäche der revolutionären Bewegungen in den meisten Teilen der arabischen Welt. Die Unterstützung für ein solches Regime und die Hoffnung auf dessen militärische Schlagkraft weisen deutlich darauf hin, daß die arabische Bevölkerung gegenwärtig wenig Hoffnung hat, sich aus eigener Kraft befreien zu können.

Das irakische Regime hat die Massen ebenso um seiner eigenen Interessen willen verraten wie die imperialistischen Staaten. Es hat eben keinen antiimperialistischen Kampf aufgenommen, sondern sich bei seiner Aggressionspolitik schlicht verrechnet. Leider ist es Saddam dennoch gelungen, große Teile der arabischen Bevölkerung an der Nase herumzuführen. Das völlige Versagen der irakischen Militärmacht und die politische Kapitulation des irakischen Regimes haben noch einmal die Erfahrung von 1967 bestätigt. Nur der revolutionäre Kampf um soziale Befreiung kann den Imperialismus besiegen.

Der Irak hat von 1980-88 einen Eroberungskrieg gegen den Iran geführt. Dieser Krieg wurde von den Golfmonarchien und den imperialistischen Staaten unterstützt und überhaupt erst ermöglicht. Das irakische Regime hat diesen Krieg in eigenem Interesse geführt, und zugleich als regionale Vertretung des Imperialismus versucht, die US-Interessen militärisch durchzusetzen. Die Zusammenarbeit der imperialistischen Staaten mit dem Irak war eine bewußte und gezielte Politik, die auf den gemeinsamen Interessen von Imperialisten und Ba'thisten beruhte.

Die Panama-Invasion war sozusagen die Vorspeise für die USA beim Kampf um Macht und Einfluß auch unter den imperialistischen Staaten selbst. Noriega hatte zunächst mit Waffen und Drogen im Auftrag von Bush (damals CIA-Chef) gedealt. Als er sich geschäftlich unabhängig machen wollte, wurde er abgesetzt. Auch Noriega hatte versucht, die Bevölkerung Lateinamerikas mit 'antiimperialistischen' Parolen zu mobilisieren, was an der deutschen Linken glücklicherweise vorbeigegangen ist. Die panamesische Linke, zu schwach, um die Machtfrage zu stellen, verhielt sich neutral. Hätte sie Noriega verteidigen sollen?

Die Systeme der Bushs und Saddams sind miteinander verzahnt, auch wenn sie sich gelegentlich bekämpfen. Die imperialistischen Staaten brauchen Verbündete gegen die Befreiungskämpfe. Da ihre Interessen und die der Mehrheit der Menschen im Trikont gegensätzlich sind, brauchen sie effektive Diktatoren als Verbündete, auch wenn immer die Gefahr besteht, daß diese sich einmal gegen ihre Interessen wenden. Effektive Diktatoren wiederum brauchen von den imperialistischen Staaten Geld, Waffen und Technologie, weil sie trotz aller nationalistischen und 'antiimperialistischen' Parolen unfähig sind, die Abhängigkeit vom Imperialismus auch nur zu lockern.

In der VSP werden zur Frage der Verteidigung des Irak verschiedene Positionen vertreten. Einige VSP-Mitglieder gehören zu den wenigen, die sich aktiv mit der irakischen Opposition solidarisieren, andere befürworten die militärische Verteidigung des Irak. Die Erklärungen des Sekretariats der 4. Internationale (wo Teile der VSP organisiert sind) bleiben in diesem Punkt unklar. Auch hier gibt es keine Solidarisierung mit dem irakischen Widerstand, es heißt:"Im Falle einer militärischen Auseinandersetzung sind wir bedingungslos für eine Niederlage der imperialistischen Truppen" - von einer Niederlage Saddams ist keine Rede, es wird kein Wort darüber verloren, wer in der Region diese Niederlage herbeiführen soll und wie.

Vom 15. bis zum 17.9.1990 fand in Amman ein Kongreß der



"Arabischen Volkskräfte" statt. An dieser vom jordanischen König eröffneten Versammlung nahmen unter anderem Teil: die Ableger der irakischen Ba'th-Partei aus den meisten arabischen Staaten, PFLP, DFLP, die Moslembruderschaft und die algerische Nationale Befreiungsfront. Beschlossen wurde unter anderem:
-die Unterstützung der irakischen Initiative vom 12.8.; d.h. der Verbindung des Abzugs aus Kuwait mit dem israelischen Abzug aus allen 1967 und danach besetzten Gebieten
-die "Verteidigung des Irak gegenüber der imperialistischen, zionistischen Bedrohung und die Vereitelung der verschwörerischen Blockade"
-die Koordination der Aktivitäten der vertretenen Organisationen auf gesamtarabischer Ebene gegen die imperialistische Intervention
-"Befestigung des demokratischen Kurses und die Verteidigung der Rechte der arabischen Menschen überall"
Es heißt auch:"Es war möglich, die neue Golfkrise im arabischen Rahmen und im arabischen Haus zu lösen. Es ist bewiesen, daß die irakische Führung mit allen friedlichen Mitteln versuchte, die Kuwaitfrage friedlich zu lösen...Ziel der feindlichen Kräfte ist, einen arabischen Staat zu zerstören, der ein arabisches kulturelles Projekt in Gang setzte und der eine de-facto-Stützungskraft für einen qualitativen arabischen Sprung..."(zitiert nach al-karamah Nr.14/1990)

Dies geht noch weit über eine Einheitsfront gegen die imperialistische Intervention hinaus. Alle Gruppen bekennen sich zum arabischen Nationalismus und schreiben dem irakischen Regime eine positive und führende Rolle zu. Tatsache aber ist:
-Das irakische Regime hat Kuwait annektiert, um seine existenzielle wirtschaftliche und politische Krise zu lösen. Erst die scharfe Reaktion der USA bewog Saddam, die Verknüpfung mit der Palästina-Frage zu erklären.
-Das Ba'th-Regime hat, wie die meisten arabischen Regimes, den palästinensischen Befreiungskampf immer für seine machtpolitischen Ziele auszunutzen versucht. Bis Ende letzten Jahres unterstützte Saddam im Libanon die faschistische Miliz des Phalange-Führers Aoun, die u.a. für Massaker in palästinensischen Flüchtlingslagern verantwortlich ist. Nur weil das irakische Regime sich sicher sein konnte, daß weder Israel noch die USA darauf eingehen würden, hat es die Räumung Kuwaits mit der Räumung der besetzten Gebiete verknüpft.
-Das irakische Regime führt also die Konfrontation mit dem Imperialismus an einem Punkt, der mit Befreiung nicht zu tun hat. Wenn es dazu noch eines Beweises bedarf: die brutale Vertreibung und Ausplünderung der ArbeitsimmigrantInnen sagt alles über den Charakter der irakischen Annektion. Hunderttausende aus den vielzitierten arabischen Massen ebenso wie aus den Reihen der asiatischen Arbeitsimmigranten mußten wegen Saddams Politik aus dem Irak fliehen oder wurden wegen ihrer Nationalität vertrieben und damit ihrer Existenzgrundlage beraubt. Vorher schon hatten zwei Millionen Irakis im Ausland politisches Asyl suchen müssen. Die proirakische Mobilisierung baut somit auf einer Lüge auf, die alle Beteiligten aus verschiedenen Gründen für wahr erklären. Wir gehen davon aus, daß zumindest PFLP und DFLP sich über den wahren

Charakter der irakischen Politik im Klaren sind und dieses Bündnis aus taktischen Erwägungen geschlossen haben. Aus folgenden Gründen halten wir diese Entscheidung für problematisch:
-Schon der Krieg von 1967 hat gezeigt, daß Israel nicht durch die konventionellen Armeen der arabischen Staaten besiegt werden kann. Aus eben dieser Erfahrung entstand die palästinensische Linke und löste sich der Befreiungskampf aus der Abhängigkeit von den arabischen Regimes. Nur der revolutionäre Kampf der Intifada und seine Ausdehnung auf andere arabische Staaten kann zur Befreiung führen.
-Das Bündnis mit vermeintlich fortschrittlichen nationalistischen Regimes endete für die Linke im Nahen Osten immer in einer blutigen Niederlage. Und anders als etwa das nasseristische Ägypten hat der ba'thistische Irak keinerlei fortschrittliche Aspekte. Was für eine Art von Befreiung soll im Bündnis mit einem solchen Regime erkämpft werden?

Die von islamischen Fundamentalisten und Ba'thisten benutzte Mobilisierung über eine religiöse und rassistische Polarisierung behindert den Kampf um soziale Befreiung, denn:
-Beide Richtungen haben kein Konzept für eine eigenständige Wirtschaftspolitik, die die Abhängigkeit vom Imperialismus beenden oder auch nur mindern könnte - schon deshalb ist ihr Antiimperialismus eine Phrase.
-Beide Richtungen befürworten die weitere Unterdrückung der Frauen in patriarchalischen Ausbeutungsverhältnissen. Es steht wohl außer Frage, daß es in der arabischen Welt solange keine wirkliche Entwicklungspolitik geben kann, wie dort die Hälfte der Bevölkerung von den politischen Entscheidungen, sogar vom öffentlichen Leben ausgeschlossen bleibt.
-Beide Richtungen stehen für eine scharfe Diskriminierung religiöser und ethnischer Minderheiten (ChristInnen, KurdInnen, BerberInnen...), sie sind in dieser Hinsicht eine ideologische Umkehrung des Zionismus.

Wir wollen eine Situation vermeiden, in der die Solidarisierung mit dem kurdischen Befreiungskampf eine Entsolidarisierung mit dem palästinensischen Befreiungskampf bedeutet, bzw. umgekehrt. Im Zuge der aktuellen Konfrontation werden Widersprüche deutlich, auch wenn sie bislang selten offen ausgesprochen werden. Wo bleibt die kurdische Bevölkerung, wenn dem irakischen Regime zugesprochen wird, daß es ein "arabisches kulturelles Projekt in Gang setzte", wie verhält sich die "Verteidigung der Rechte arabischer Menschen" bei der "Befestigung des demokratischen Kurses" zu den Rechten kurdischer Menschen und anderer, die vom Rassismus des irakischen Regimes betroffen sind?

Viele Menschen und Gruppen aus der antiimperialistischen Bewegung in der BRD haben die Sichtweise der palästinensischen Linken ganz oder teilweise übernommen. Der Krieg gegen den Irak wird als Entscheidungsschlacht gesehen, in der letzten Endes nur eine der beiden kriegführenden Parteien unterstützt werden kann.

Im Aufruf 'Gegen den imperialistischen Krieg am Golf!' zur Demo am 8.12.90 in Hamburg heißt es :"Auch das irakische Regime war bisher ein den imperialistischen Staaten genehmes Regime: 8 Jahre führte es Krieg gegen die 'islamische Gefahr' aus dem

antiwestlichen Iran, es verkaufte das Öl zu niedrigen Preisen an die kapitalistischen Industrienationen, es unterdrückte die eigene kommunistische Opposition blutig und ermordete Zehntausende von Kurdinnen und Kurden mit Giftgas. Nun aber hat das irakische Regime offensichtlich die Gunst der 'Freien Welt' verloren". Letzteres ist zwar richtig, ändert aber nichts an der terroristischen Repressionspolitik. Auch und gerade während des Krieges werden KurdInnen, KommunistInnen, andere Oppositionelle und Deserteure ermordet. Die hier benutzte Vergangenheitsform erweckt den falschen Eindruck, als hätte sich durch die Konfrontation mit den imperialistischen Staaten irgendetwas am Charakter oder der Politik des Regimes geändert. Keine der Forderungen in diesem Flugblatt, das von vielen Gruppen aus der autonomen und antiimperialistischen Szene und Internationalismusgruppen unterzeichnet wurde, solidarisiert sich mit den Opfern des faschistischen Terrors im Irak oder den Widerstandsorganisationen. Das gilt leider für fast alle Flugblätter aus der Antikriegsbewegung, macht die Sache aber auch nicht besser. Weiter heißt es: "Die arabischen Massen haben keine Wahl, sie müssen sich verteidigen, auch wenn dieser Krieg erstmal kein revolutionärer Volkskrieg sein wird. Dieser Kampf fordert unsere antiimperialistische Solidarität mit ihnen. Wenn die imperialistischen Staaten alle kämpferischen Erfahrungen und Errungenschaften der arabischen Massen ersticken, hat das schärfste Auswirkungen auf die Befreiungskämpfe überall auf der Welt! Deswegen muß unser Platz an der Seite der arabischen Massen und des kurdischen Volkes sein! Ihre antiimperialistische Mobilisierung ist die einzige Möglichkeit, das Risiko für die Imperialisten unkalkulierbar zu machen und sie dadurch doch noch von diesem Krieg abzuschrecken." Dieser Absatz, der in vergleichbarer Form in verschiedenen antiimperialistischen Flugblättern auftaucht, ist in jeder Hinsicht unkonkret. Wer sind die 'arabischen Massen' (Klassenstandpunkt?, politische Ziele?), worum geht es in ihrem Kampf? Auch bei einem Verteidigungskampf kommt es auf die Ziele, die politische Perspektive an.
In einem von den gleichen Gruppen getragenen Flugblatt zur Demo am 12.1.91 heißt es dann:"Nicht nur die PalästinenserInnen haben aus ihrem jahrzehntelangen Kampf gelernt, daß sie nur auf ihre eigene Kraft vertrauen können und sich nicht von den reaktionären arabischen Regimen, die sie nur für ihre eigenen, machtpolitischen Interessen ausnutzen wollen, vertreten lasssen können. Die jetzige Unterstützung des irakischen Regimes durch die arabischen Massen basiert nicht auf einem Einverständnis mit dessen Politik...sondern resultiert aus der Bedrohung der gesamten arabischen Region durch den imperialistischen Aufmarsch. Die arabischen Völker leben in bitterer Armut, in Unterdrückung und Ausbeutung, in Analphabetentum und Unterernährung." Es ist richtig und wichtig, der rassistischen Mobilisierung gegen 'die Araber' hier etwas entgegenzusetzen. Dies sollte aber nicht durch schwammige, pauschalisierende und falsche Parolen geschehen. Ziel des irakischen Ba'th-Regimes ist die Ausdehnung seiner Herrschaft über die ganze arabische Welt. Das würde auch eine Ausdehnung des ba'thistischen Terrors bedeuten; Armut, Unterdrückung und Abhängigkeit vom Imperialismus würden nicht beendet, sondern

verschärft. Die Unterstützung des irakischen Regimes im Krieg bedeutet automatisch eine Unterstützung seiner Kriegsziele. Kritik an der irakischen Innenpolitik ist überhaupt nur möglich, solange Saddam sich nicht durchgesetzt hat.

In al-karamah 14/1990 schreibt Abu Hashish: "Die irakischen, jordanischen und palästinensischen Massen...durchschauen und kennen den Feind - sei es die herrschende Klasse oder seien es die Invasoren zionistischen oder imperialistischen Charakters - besser als diejenigen, die sich als Avantgarde bezeichnen". Das irakische Regime aber ist nicht weniger barbarisch als die imperialistischen Staaten, und es ist Teil jener Struktur in der arabischen Region, die diese Länder "in Rückständigkeit und Unterwerfung" hält. Das irakische Regime hat Vernichtungsfeldzüge durchgeführt, die nicht weniger zerstörerisch waren als die der imperialistischen Staaten (über eine Million Tote im Krieg gegen den Widerstand und den Iran, zwei Millionen Irakis mußten politisches Asyl suchen). Deshalb hat der irakische Widerstand die revolutionäre Linke in aller Welt dazu aufgerufen, mit allen Mitteln gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen und zugleich das irakische Volk zu unterstützen.

Ähnlich der Aufruf der GenossInnen aus der Hafenstraße zur Demo am 19.2.91, wo gesagt wird, daß "das irakische Regime nicht das ist, wofür es sich ausgibt heute...Aber es formuliert die Interessen vieler Menschen in der Region". Wie kann es diese Interessen formulieren, wenn es nicht das ist, wofür es sich ausgibt? Welche Interessen? "Die Menschen dort fordern ein Recht auf Leben und Selbstbestimmung..." - eben dieses Recht hat das irakische Regime immer mit Füßen getreten, nicht anders als die anderen reaktionären Regimes der Region und die imperialistischen Staaten. Die tatsächlich vom Regime formulierten Interessen sind die einer privilegierten Staatsbourgeoisie und -bürokratie. Wir lehnen jede Unterstützung, egal in welcher Form, für dieses faschistische Terrorregime im Irak ab. Ohne jeden Zweifel hat das irakische Volk am meisten unter diesem Krieg und unter Saddams Herrschaft gelitten. Warum erfolgt seitens der Antikriegs- und Internationalismusbewegung keine Solidarisierung?

Auch die oft erhobene Forderung nach einer Nahostkonferenz und einer 'arabischen Lösung' ist gefährlich, solange nicht klar gesagt wird, was damit gemeint ist. Wie soll es überhaupt angesichts der imperialistischen Abhängigkeitsverhältnisse eine 'arabische Lösung' geben können? Wenn sich Emire, Könige und Militärdiktatoren 'friedlich' über die Grenzen und die Ölquellen einigen, so ist damit kein einziges Problem der arabischen Bevölkerung gelöst.

Die schnelle Niederlage des Irak ist nicht in erster Linie auf die militärische Stärke der imperialistischen Staaten, sondern auf die politische Schwäche des irakischen Regimes zurückzuführen. Mit faschistischem Terror nach innen und großangelegten Betrugsmanövern nach außen läßt sich eben kein antiimperialistischer Kampf führen. Um so wichtiger wird jetzt die Solidarität mit dem irakischen Volk gegen das Saddam-Regime. Nur eine revolutionäre Mobilisierung im Irak und in der ganzen Welt kann verhindern, daß die imperialistischen Staaten ihre 'neue Weltordnung' im Nahen Osten durchsetzen. Die Parole 'Krieg dem imperialistischen Krieg' muß wieder ernster genommen werden. Ohne bewaffneten Kampf kann es nicht gelingen, die Kriegstreiber zu besiegen und den imperialistischen Krieg wirklich zu stoppen.

Antifaschistischer Widerstand aus dem Irak, 1.3.1991

Das nachfolgende RZ-Papier aus dem Jahre 1983 muß meiner Meinung nach nochmal veröffentlicht und vor allem - diskutiert werden! Denn "ein auch in der deutschen Linken latent verbreiteter Antiamerikanismus" ist 1991 noch genauso vorhanden wie 1983. Dieser ist auch bei weitem nicht auf die Friedensbewegung oder die Grünen (die mensch 1983 vielleicht noch als links bezeichnen konnte) beschränkt. So meinte z.B. bei der Veranstaltung mit Karam Khella eine Frau, sie wäre antiamerikanisch und würde auch dazu stehen. In der letzten Ausgabe der ProWo schlußfolgerten die vermeintlich klugen SchreiberInnen, daß mensch nunmehr am Antiamerikanismus nicht mehr vorbeikomme.
Eine solche Worthülse wie "Antiamerikanismus" ist allerdings mitnichten progressiv oder gar revolutionär - im besten Fall sagt sie nichts aus; bei genauem Hinsehen, wie es die GenossInnen der RZ meistens tun, entpuppt sie sich als nationalistische bis faschistische Propagandaparole.
Nun könnte dazu auch aus heutiger Sicht viel zu geschrieben werden, es ist jedoch einfacher und damit schlauer, den RZ-Text komplett zu übernehmen. Zum einen ist der Text einfach gut, zum anderen können wir uns zum wiederholten Mal einen Spiegel vorhalten und sprechen im Chor: "Wir wollen aus alten Diskussionen lernen, Erfahrungen weitergeben und alte Fehler nicht permanent wiederholen!"

Der Hintergrund des RZ-Papiers war eine Anschlagsserie im Rhein-Main-Gebiet gegen Angehörige der US-Army. Bomben in Pkw's, die beim Motorstarten explodierten, Bomben in Wohnhäusern, wo GI's mit ihren Familien wohnten, sorgten damals für eine gewisse Irritation, bis die Hepp/Kexel-Nazibande von den Bullen hochgenommen wurde.

Beethoven gegen Mac Donald

Zum Unterschied zwischen Anti-Amerikanismus und Anti-Imperialismus

Die Anschläge faschistischer Gruppen in amerikanischen Wohnvierteln und gegen einzelne amerikanische Offiziere und Soldaten im Raum Frankfurt in der zweiten Jahreshälfte 1982 sind vom Staatsschutz zuerst unserer tatsächlichen Verantwortung und — nach der Festnahme der Hepp-Gruppe — von linken Reformisten unserer moralischen Verantwortung zugeschoben worden.

Den Vogel abgeschossen hat dabei einmal mehr eine Kommentatorin der TAZ, die sich beim BKA für die Verhaftung der Faschisten bedankt, weil sie nun nicht mehr fürchten muß, Gruppen der bewaffneten Linken könnten für diese Aktionen verantwortlich sein. Zuzutrauen wären ihrer Meinung nach der Guerilla solche und ähnliche Aktionen jedoch allemal.
Die Zeitung 'radikal', wenn auch mit ganz anderem Interesse, nimmt die Bomben der Faschisten zum Anlaß, um eine Diskussion über "Grenzfälle — irgendwo zwischen RZ, Verfassungsschutz und Faschos" zu eröffnen und kritisiert in ein und dem selben Zusammenhang "Schiefheiten und Schludrigkeiten bei Aktionen, die durchaus aus 'unserer Bewegung' kommen".

So notwendig gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine Auseinandersetzung über Ziele und Organisation bewaffneter linker Politik auch ist - antiamerikanische Anschlage faschistischer Gruppen sind dafür der falsche Diskussionshintergrund.! Die Desorientierung und Unsicherheit über diese Anschläge lassen sich nicht damit erklären, daß ein "diffuser Aktionismus" oder "Leichtfertigkeit" in der Politik der militanten und bewaffneten Linken dafür die Voraussetzungen geschaffen haben. Einzelne in ihrer Zielsetzung, Durch- und technischen Ausführung zweifelhafte Anschläge, die es z. T. im Zusammenhang von Räumungen besetzter Häuser in Berlin gegeben hat, sind nicht in **einem** Zusammenhang mit der Anschlagsserie der Faschisten diskutierbar. Wer dies miteinander vermengt und politisch verwurstet, setzt sich nicht nur achtlos über die unterschiedlichen politischen Beweggründe für diese Aktionen hinweg. Verhindert wird dadurch vor allem, daß die tatsächlichen Gründe benannt werden, die jene Desorientierung verursacht haben: ein auch in der deutschen Linken latent verbreiteter Antiamerikanismus, eine desinteressierte Leichtfertigkeit, mit der die Entwicklungsprozesse im faschistischen Spektrum und die tatsächlichen Berührungspunkte zwischen faschistischen Aktionen und geheimdienstlichen Operationen übergangen werden: trotz des Blutbades in München 1980, trotz Bologna, trotz der Mordkampagnen gegen Arbeitsemigranten oder einzelne Juden.

Jenseits einer moralischen Wertung der Aktionen der Hepp - Gruppe hätte spätestens mit den Bombenanschlägen auf einzelne Angehörige der US-Armee klar werden müssen, daß sie sich auf eine Welle des Antiamerikanismus bewegen, den wir ablehnen und als politische Konzeption bekämpfen.
Es ist böswillig zu unterstellen, daß die gegen das US-Militär, gegen militärische Einrichtungen, NATO Logistik, Kommunikationsanlagen oder US-Multis gerichteten Anschläge der REVOLUTIONÄREN ZELLEN, der RAF und zahlreicher autonomer Gruppen auf einer vergleichbaren oder gar ähnlichen Linie des Antiamerikanismus operiert oder diesen begünstigt hätten.

Fast ohne Ausnahme waren diese Aktionen antiimperialistisch bestimmt und bargen damit in sich die Chance, die Risse und Widersprüche innerhalb der amerikanischen Armee zu vertiefen; den Widerstand der nationalen und rassischen Minderheiten zu stützen. Wir haben Offizierskasinos angegriffen und keine Mannschaftsmessen und Supermärkte. Gegen Filialen der US-Multis wurden Bomben gezündet, ohne daß dabei auch nur einer der kleinen deutschen oder amerikanischen Angestellten zu Schaden gekommen wäre. Immer wieder war das Hauptquartier der US-Armee in Frankfurt das Ziel von Anschlägen, richteten sich Aktionen gegen miliärische Treibstoffdepots, nicht aber gegen Tankstellen in amerikanischen Wohngebieten. Schließlich haben wir nicht ohne Grund die Europa-Reise Rea-

gans und den NATO Gipfel zum Anlaß einer Serie von Aktionen genommen und nicht etwa ein Konzert von Sammy Davis jr. oder die Verlängerung der Laufzeit von 'Dallas'. Die jüngsten Anschläge gegen SEL in Düsseldorf und gegen IBM in Reutlingen lassen keinen Zweifel, worin der Unterschied besteht.

Wer unsere Praxis wie unsere politischen Stellungnahmen verfolgt hat, weiß, daß wir eine diffuse, gegen Teile des Volkes gerichtete Politik, daß wir Terrorismus ablehnen. Die Strategien der Spannung und des Blutbades sind das Terrain von faschistischen Gruppierungen oder von Geheimdiensten, für die Menschen ohnehin nur Schachfiguren sind, die gezogen und geschlagen, für einen lausigen Vorteil geopfert werden können. Sie nutzen die Angst der Bevölkerung für ihre auf institutionellen Einfluß oder auf institutionelle Veränderungen zielende Politk.

Wir begreifen uns dagegen als Teil einer - schwachen - sozialrevolutionären und antiimperialistischen Strömung in der BRD und Westberlin, zu deren Ausbreitung und politischer und militärischer Stabilisierung wir auch weiterhin beitragen werden. Unser langer Kampf um Befreiung kommt von unten und spielt nicht mit dem Leben von Menschen, weder unserer eigenen Genossinen und Genossen, noch dem anderer Menschen. Umd wir bewegen und noch immer in einem frühen Stadium dieses Prozesses, in dem wesentlich ein Kampf um die Köpfe und Gefühle der Menschen geführt wird, aber eben kein Krieg!

Daß wir in diesem Kampf ebenso wie die Rechten und Bullen Waffen und Sprengstoff benutzen, darf nicht zu dem Schluß führen, dies sei alles ein- und dasselbe!

Wir haben umgekehrt noch nie unterstellt, daß die Verwendung von Schreibmaschinen aus dem Hause IBM verantwortlich für den manchmal haarstraubenden Inhalt der TAZ oder anderer linker Zeitungen ist. Waffen und Sprengstoff, Druck- und Schreibmaschinen, Fotos und Musikinstrumente können Mittel unseres Kampfes sein: es kommt darauf an, w i e wir sie einsetzen und welche Inhalte damit verbunden sind.

Die politische Verantwortung für die Verunsicherung darüber, wo die Urheber der antiamerikansichen Anschläge anzusiedeln sind, liegt nicht bei uns oder anderen Gruppen der bewaffneten Linken. Nicht wir, sondern insbesondere Teile der Friedensbewegung ergehen sich in einem diffusen Nationalismus, verbreiten den Unsinn von der BRD als einem "besetzten Land", machen die Perspektive eines wiedererweckten deutschen Patriotismus schmackhaft und verlassen den Boden linker Politik, wenn sie die Frage der Raketenstationierung zur Frage nationaler Identität hochstilisieren. Die Grenzen zwischen Antiimperialismus und Mobilisierung antiamerikanischer Ressentiments müssen zwangsläufig zerfließen, wenn die Matadore der Friedensbewegung ihren Protest gegen Nachrüstung und Pershing II darauf stützen, daß sie an das deutsche Ehrgefühl gegen quasi koloniale Unterjochung appellieren.

Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob wir Mac Donald als einen US-Ernährungskonzern begreifen, der Maßstäbe für die Organisation arbeits-intensiver Niedriglohnarbeit wie auch weltweites Agro-Business gesetzt hat, oder aber als Ausdruck einer wie immer verstandenen "Yankee-Kultur". Wer Coca-Cola hier schon fast für Völkermord und Haupterscheinungsform eines "kulturellen Imperialismus" ausmacht und auf eine Stufe stellt mit der Unsterstützung fast aller Militärdikatatu-ren durch die US-Regierung, beraubt sich selbst der Möglichkeit, den faschistischen Ursprung nationalistischer oder antiamerikanischer Aktionen zu begreifen.

Der politische Skandal besteht nicht darin, daß die Faschisten diese auch in der Friedensbewegung geläufige Position in militärische Aktion umgemünzt haben. Der Skandal besteht darin, daß es diese Position überhaupt gibt und daß sie unter Ausgrenzung und Bekämpfung sozialrevolutionärer und antiimperialistischer Positionen von linken Reformisten jeglicher Schattierung, vom Unterschriftenkartell über die TAZ bis zu den Grünen durchgesetzt werden konnte und die Bündnisfähigkeit der Friedensbewegung damit bis hin zu nationalistischen oder faschistischen Positionen teils bewußt, teils naiv betrieben wurde.

Der Übergang faschistischer Gruppen von antisemitischen Aktionen und Terror gegen Arbeitsemigranten und Asylanten hin zu antiamerikanischen Anschlägen ist dabei nur auf den ersten Blick überraschend. Sie operieren dabei in erster Linie auf derselben Linie von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Hitlers Satz, daß "in einer einzigen Symphonie von Beethoven mehr Kultur liege, als ganz Amerika bisher zusammengebracht hat" bringt all die dumpfen Gefühle und Aversionen gegen die amerikanische "Unkultur" auf den Begriff, die sich heute im Feldzug gegen "Amerikanismen" in der deutschen Sprache oder vor 25 Jahren in der Verteufelung von Blue-Jeans oder "Negermusik" Luft verschafft haben. An diese Tradition knüpfen die faschistischen Gruppen an. Michael Kühnen zur Bedeutung des Antiamerikanismus innerhalb der Rechten: "Es ist historisch betrachtet eine alte Strömung, denn wir haben den Zweiten Weltkrieg bekanntlich gegen die USA wie gegen die SU führen müssen. Das ist die alte Geschichte der europäischen Mitte (!), die sich eben gegen raumfremde Mächte in OST und West wendet. Und im Augenblick ist für uns das Problem des West-Imperialismus noch starker als das des Ost-Imperialismus. Heute hat es über diesen historischen Aspekt hinaus noch den Gesichtspunkt des Verfalls unserer Kultur, unserer Sprachen unserer Musik, die aus Amerika bei uns importiert worden ist - und das lehnen wir entschieden ab. Ich erinnere an die Drogendinge. Es handelt sich darum, daß alles, wogegen wir kämpfen, im Grunde mit dem Stichwort Amerikanismus durchaus identifiziert werden kann."

Ohne die Zielvorstellungen der Rechten hier genauer diskutieren zu können - die Programmatik: europäische Blockbildung unter deutscher Hegemonie ist offensichtlich und deutet auf eine Zunahme antiamerikanischer Aktionen hin, die von ihrer Anlage her auch in Zukunft an "bewährte" Muster anknüpfen werden. Ausländerhatz und Fremdenfeindlichkeit, die Aussonderung und Verfolgung all dessen, was "anders" ist, sind in der BRD nach wie vor tief verankerte Motive, die die Faschisten in ihr Kalkül einbeziehen. Gerade im Rhein-Main Gebiet, in den Städten und Gemeinden, in denen US-Truppen stationiert sind, gibt es gegen amerikanische Soldaten vor allem gegen Farbige, rassistische Gefühle wie anderswo gegen Türken und Araber.

"Noch nie seit dem 30jährigen Krieg habe die Stadt eine solche Verunsicherung erlebt: Raub, Mord, Vergewaltigung tags und nachts,.... Die Altstadt der Kreisstadt Friedberg sei ziviles Übungsgelände für unsere besoffenen, randalierenden, und Frauen vergewaltigenden amerikanischen Beschützer." Dieses dumpfe Schüren von Angst mit seinen rassistischen Komponenten - wie viele Kneipen sind z.B.! off-limits für die farbigen US-Soldaten - ist die Basis antiamerikansicher Aktionen. Umso bedauerlicher ist es, daß wir dieses Zitat der TAZ vom 8.4.1982 unter dem Titel "Ja zum Antiamerikanismus" entnehmen konnten.

Diese Entwicklungen im faschistischen Lager vollziehen sich parallel zu Veränderungen im Staatsapparat, wie sie sich nicht zuletzt in den Wahlen vom 6. März bestätigt haben. In dieser Situation stehen keine Massaker auf der Tagesordnung wie der Anschlag auf das Oktoberfest 1980, der als Höhepunkt einer ausgetüftelten Kampagne mehrerer Geheimdienste die Unfähigkeit der damals von der sozialliberalen Koalition kontrollierten Sicherheitsapparate demonstrieren und damit die Wahl von Strauß zum Kanzler begünstigen sollte. (siehe Revolutionärer Zorn Nr.6)

Heute werden vielmehr verstärkt Anstrengungen unternommen, den legalen wie illegalen Widerstand durch diffuse Aktionen zu diskreditieren, durch die Vermischung antiamerikanischer mit antiimperialistischen Anschlägen zur Verwässerung und Desorientierung der Ziele linker bewaffneter Politik beizutragen, polizeikontrollierte terroristische Gruppen aufzubauen, die in unserem oder anderem Nmen operieren bzw. jegliche Verantwortung ablehnen. So haben z.B. die Progapandisten des Bullenapparates versucht, uns die Anschläge der faschistischen Gruppen anzuhängen, obwohl die Staatsschutzabteilungen vom ersten Moment an Bescheid wußten, daß wir es nicht waren.

Mehr als eigenartig ist auch, daß ausgerechnet Odfried Hepp, der in Birut angeblich durch Lager der Falange und der PLO ging, der durch eine schwierige Operation des BND zurück in die BRD geholt wurde, der der Hauptbelastungszeuge gegen den "Wehrsport" Hoffmann ist, der selbst mit einer lächerlichen Strafe davongekommen ist, die er nicht einmal zur Hälfte absitzen mußte, Hauptinitiator dieser Gruppe gewesen sein soll. Ausgerechnet er ist der einzige, der sich der Verhaftung rechtzeitig entziehen konnte.

Das Interesse des Staatsschutzes an faschistischen Gruppen und ihren Aktionen sowie ihre Begünstigung durch Teile der Sicherheitsapparate heißt aber noch lange nicht, daß der Staatsschutz sie auch tatsächlich inszeniert. Die Behauptung jener angeblichen "RZ", die da meint, hinter den "Counter-Anschlägen" ohnehin zu "professionell" für den Standard der RZ - nun gleich die Bundesanwaltschaft ausmachen zu müssen, unter deren operativer Leitung der BND und das BKA in den amerikanischen Wohnvierteln zugeschlagen hätten, halten wir für baren Unsinn.



1. wissen wir nicht, was an einem umgebauten Lichtdruckschaltern und einer Unkraut-Ex Mischung "zu professionell" sein soll;
2. leugnet eine solche Konstruktion die eigenständige Existenz faschistischer Gruppen und trägt somit dazu bei, daß eine Auseinandersetzung über deren Positionen wie schon nach München innerhalb der Linken nicht stattfindet;
3. unterstellt eine solche Behauptung die Transformation instituionalisierter Herrschaft und verrechtlicher Gewalt hin zur Entwicklung eines staatlich inszenierten Terrorismus - eine Entwicklung, die wir zwar für den Einzelfall nicht ausschließen und auch grundsätzlich für möglich halten, für die es aber im Moment überhaupt keine Anhaltspunkte gibt. Eine solche Entwicklung mit der "Gefährlichkeit" der RZ und der "Guerilla Diffusa" zu begründen, ist Ausdruck maßloser Selbstüberschätzung.

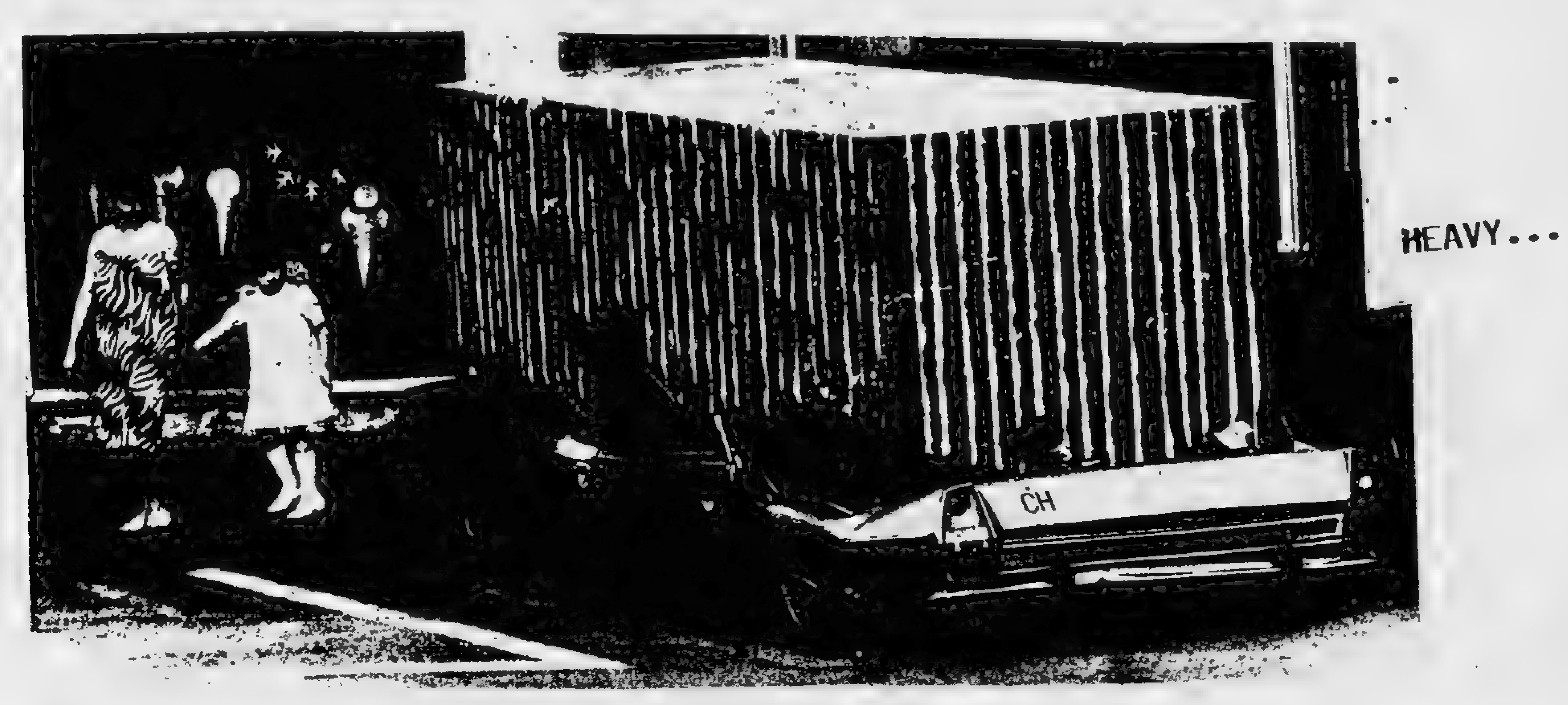
Gerade die CDU/FDP-Regierung wird keine Gelegenheit verstreichen lassen, um die Glaubwürdigkeit legalen wie illegalen Widerstandes zu untergraben und durch eine Zunahme repressiver Maßnahmen zusätzlich in die Zange zu nehmen. Die verschleppten Ermittlungen gegen die Hepp-Gruppe sind ein Paradebeispiel, die polizeilichen Angriffe auf die RADIKAL oder den ATOM-EXPRESS dessen Kehrseite: wo Desorientierung angesagt ist, müssen die Kanäle gestopft werden, die sich noch um Klärung bemühen.

Wir können faschistische Aktionen nicht verhindern. Wir können uns aber um eine Präzisierung unserer politischen Positionen und Eindeutigkeit unserer Praxis bemühen. Dies setzt allerdings in anderen Teilen der Linken die Bereitschaft und Fähigkeit zur Auseinandersetzung um ihre und unsere Politik voraus.

In diesem Sinne
Frohe Ostern

Revolutionäre Zellen

jetzt noch ein kleines postscriptum:
Das Problem, um das es hier geht, ist nicht einfach nur den Nebel der ideologischen Verwirrung aufzulösen, um an der reinen unbefleckten Lehre festhalten zu können.
Es gilt, den Einfluß von Nationalrevolutionären und "neuer Rechter" auch auf linke Köpfe zu benennen und klar zu bekämpfen.
Faschismus nehmen wir momentan im Wesentlichen auf der Straße wahr - im Widerstand gegen Nazis, die unsere Häuser überfallen, AusländerInnen zusammenschlagen und ermorden usw.
Den subtileren Faschismus der neuen Rechten, die sich bewußt vom Hitlerismus distanzieren, die bis heute bewußt keine Massenbewegung aufbauen, deren Gedankengut aber gesellschaftsfähig von Schönhuber über Kohl zu Glotz, Schily und Hartung ist und oft erst beim genauen Hinsehen als faschistisch zu erkennen ist, sehen die wenigsten (auch die RZ nur in Ansätzen, wenn sie gerade Kühnen zitieren, der nun für jedeN als Nazi erkennbar ist).
Eine - notwendige - Diskussion über Strategie und Inhalte der neuen Rechten und Nationalrevolutionäre erscheint zwingend notwendig, ist aber gleichzeitig unbequem, weil sie sehr genau geführt werden muß und auch die Erkenntnis bringen kann, daß an einigen Punkten oberflächlicher Konsens mit diesen Faschisten besteht, was z.B. die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen angeht.
Ein anschauliches Beispiel, wie sich die neue Rechte an bestimmten Punkten zu tarnen versucht, stammt schon aus dem Jahre 1973. In der Septemberausgabe der Zeitschrift "La Plata Ruf", herausgegeben von Wilfried von Oven, dem ehemaligen persönlichen Pressereferenten Joseph Goebbels, schrieb Thora Ruth:
"Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, daß sie nicht mehr ins Klischee des Ewig-Gestrigen passen (...). In der Fremdarbeiterfrage etwa erntet man mit der Argumentation 'Die sollen doch heimgehen' nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: Dem Großkapital muß verboten werden, nur um des Profites willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zum Menschen gebracht werden. Der Sinn bleibt der gleiche: 'Fremdarbeiter raus'. Die Reaktion der Zuhörer aber wird grundverschieden sein."
Tips zum Weiterlesen: Bernd Siegler in der März Konkret (außer dem Einleitungstext, der aber nicht von ihm ist) und "Thule-Seminar: Spinne im Netz der neuen Rechten" (Hrsg: AK Neue Rechte, November 1990, 7,-DM).



HEAVY...

NAZIS IN DRESDEN

Ganz im Schatten der mörderischen Ereignisse am Golf sollten die Altlasten der deutschen Vereinigung sicher nicht stehen. Gemeint ist der Neo-Faschismus – brutale Überfälle einer ganz neuen Qualität lassen derzeit zumindest in Dresden einen Hauch von dem erahnen, was das Terrorsystem der Gaskammern ausmacht:

Aus Dresden Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg ● Nackte Gewalt, die nur noch Angst und Schrecken verbreiten soll. In der Dresdner Neustadt fielen scharfe Schüsse, gab es Schwerverletzte – drei besetzte Häuser wurden von Faschosturmtruppen geräumt, Brandsätze flogen auf Szenetreffs und Cafés. Nazis treten auf, die mit mafiotischen Strukturen Personen ausspähen und ihnen auflauern oder Schutzgelder von vietnamesischen Straßenhändlern erpressen. Ein ganzer, von der Alternativszene dominierter Stadtteil soll erklärtermaßen aufgerollt und »von Linken gesäubert« werden.

Bezeichnend für ein durch Nazi-Terror geprägtes Klima ist es schon allein einmal, wenn du als Wessi-Reisender in Sachen CONTRASTE nurmehr Zeugen und Berichtende antriffst, die lediglich ungenannt – unter Pseudonym – schreiben können. In den fünfeinhalb armen Bundesländern sind namentlich bekannte AntifaschistInnen allemal von Anschlägen bedroht. Und ein allmählich das Niveau der Weltwirtschaftskrise überwogendes Heer jugendlicher Arbeitsloser und absolut Verarmter wirkt dabei nach wie vor wie ein schier unerschöpfliches Rekrutierungsreservoir für braune Kaderparteien mit militanter und gefährlicher Ausrichtung.

An den Wahlurnen des BRDigten Osten spielen sie dabei eher (noch) keine Rolle. »Normales« Stimmvieh der extremen Rechten – etwa die »Ewig Gestrigen« – lebt zu großer Zahl eher im Westen. Der neue Neofaschismus der Ex-DDR formiert sich als militante Bewegung der ersten VerliererInnen einer Bauchlandung in die deutsche Einheit. In den Wohnsilos ekliger Trabantenstädte bestehen mangels staatlicher Ressourcen keine Räume für die Träume von Kindern und Jugendlichen, die vor dem Nichts zu stehen glauben und in diesen Zeiten einem deutschen Wahn verfallen.

Nachdem Autonome und Türkengangs ihnen zuletzt in Berlin offensichtlich keinen Handlungsspielraum mehr ließen, wurden neue Aktions- und Kommandozentralen im Dresdner und Cottbusser Raum gebildet. Bereits im Frühjahr 90 zum »Führergeburtstag« marschierten ihre Reihen fest geschlossen. Seitdem tauchen immer häufiger zentrale Figuren der Faschoszene in Dresden auf und organisieren und schulen ihren Anhang als neue Kader in diversen Vereinen, Parteien und einer Wehrsportgruppe.

Dabei gebildete »Sturmeinheiten« greifen zunehmend auch zu lebensbedrohendem Terror. Bereits vergangenen Sommer lag ein erster Antifaschist im Koma mit gebrochenem Schädel im Krankenhaus, und in diesem Winter eskalierten Naziananschläge bis zur völligen Vernichtung alternativer Wohnzusammenhänge und von Kneipen im Dresdner Szeneviertel Neustadt (»Bunte Republik Neustadt«).

Zu Jahresbeginn brannte die »Bronxx«, Vorreiterin der »Nachtcafés« des neuen Stils, lichterloh. Nächtliche Rollkommandos demolieren regelmäßig Autos, vorzugsweise DDR-Rostlauben, die erkennbar von »Linken« gefahren werden, und fackeln sie ab. Auch die anderen Treffs und Lokale werden regelmäßig heimgesucht...

Dennoch verharmlosen die verantwortlichen Politiker die braune Gefahr. In einer Mischung aus grenzenlos geäußerter Naivität und unter Zuhilfenahme der Postulierung »demokratischer« Ideale wurden in der Vergangenheit Nazipropagandaveranstaltungen mit Geschichtsfälscher Irving (»Auschwitz-Lüge«) im städtischen Kulturpalast geduldet und ein bundesweiter Aufmarsch mit offener Zurschaustellung von NS-Symbolen hinter deutschen und österreichischen »Führer«-figuren wie Kühnen und Küssel genehmigt. Gleichzeitig breitet ein Biedenkopf mit landesväterlicher Attitüde die Arme aus und verniedlicht im Fernsehen die bestehende Gefahr von rechts. ●

Natürlich ist es kein Zufall, daß gerade in Dresden die Bedrohung und Gewalt durch Neofaschisten besonders massiv ist. Denn die Angriffe sind alles andere als spontane Zusammenstöße, sondern organisierter Terror.

Organisationen und Personen

NPD und Junge Nationaldemokraten: Aktivitäten seit Januar 90. Teilnahme an den Bundestagswahlen. Die Verteilung des Propagandamaterials übernahmen militante Skingruppen.

DVU: Ebenfalls seit dem Frühjahr 90 in Dresden aktiv. Ca. 200 Mitglieder. Arbeitet finanziell und personell eng mit der NPD zusammen.

Die REPUBLIKANER: Aktivitäten wurden in Dresden relativ spät beobachtet. Gründung des Orts- und Kreisverbandes im Juni 90. Vertreter der offen faschistischen Gruppen waren zeitweilig anwesend. Gleichzeitig verbreiteten ca. 150 Faschos und Nazi-Skins in der Äußeren Neustadt Bürgerkriegsatmosphäre. Am Vortag überfallen Rep's und Nazi-Skins das Büro der VL (Vereinigte Linke). Zum Gründungszeitpunkt zählten die REP's rund 130 eingetragene Mitglieder. In der Folgezeit tauchen gegen einige führende Mitglieder Stasi-Vorwürfe auf.

FAP: in Dresden über den Ortsverband der DA, der von den KÜHNEN-Leuten dominiert wird.

DA (Deutsche Alternative): Die Gründung der Vernetzungspartei DA erfolgte in der DDR schon im November 89 in den Ortsgruppen Dresden und Cottbus (erster »Reichsparteitag« in Kiekebusch bei Cottbus im Frühjahr 90), die Anmeldung unter dem Namen NA (Nationale Alternative) im Februar 90 in Ost-Berlin. Sitz der Partei war bis Juni 90 die berüchtigte Nr.122 in der Lichtenberger Weitlingstraße. Als neuer Standort waren Cottbus und Dresden vorgesehen. Da eine Funkkommunikationszentrale der DA Anfang Januar 91 nach Dresden (Cotta) verlegt wurde, wird hier wohl auch der Sitz der Partei zu finden sein. Vorgesehen als neues »Braunes Haus« war höchstwahrscheinlich die Rabenauer Str.3, deren Besetzung durch Nazi-Skins im November 90 von der Polizei beendet wurde. Der Parteivorstand der DA wird offiziell angeführt von Ray Träger (Ortsverband Dresden) und Kartsten Wolter (Ortsverband Berlin). Karsten Wolter gehört zu den Aktivisten der NA, deren Mitglieder sich gleichfalls öfter in Dresden aufhalten (u.a. Heiko Hasselbach-Pfannschmidt, Frank Lutz, Andre Riechert, Franko Meyer, Mario Neumann, Heiko Baumert, Alexander Tietze, Carsten Sandow). In der DA, bzw. mit der DA arbeiten Mitglieder folgender Organisationen: FAP, VAPO (FAP-Ableger in Österreich), Nationalistische Front, NPD, JN, Nationale Liste, DVU...

VdSW (Verband der Sächsischen Werwölfe), JS (Jungsturm), SS-O (SchutzStaffel-Ost), NWD (Nationaler Widerstand Deutschlands) sind Dresdner Gründungen – der schlagende Arm der Bewegung und an allen Ausschreitungen, Überfällen, Störaktionen und Anschlägen in Dresden beteiligt. Die Mitgliedschaft der genannten Gruppe(n) rekrutiert sich aus der militanten Skinhead- und Fascho-Szene. Mit eine Umbenennung der Organisation(en) ist demnächst zu rechnen. Geführt werden diese kriminellen Vereinigungen von ihren Gründern Rainer Sonntag und Dirk Vogel. Rainer Sonntag, 1987 ausgereist, ist seit Januar 90 im Auftrag Michael Kühnens wieder in Dresden. Bei Ausschreitungen hält sich R. Sonntag im Hintergrund und gibt die Befehle, teils direkt, teils über Unterführer und Läufer. R. Sonntags rechte Hand ist Michael Vietze (Dresden-Cotta, VdSW-JS-NDW). Dirk Vogel ist Mitinitiator der genannten Gruppen, wie der Besetzung Rabenauer Str.3. In Dresden-Johannstadt führt er eine eigene Gruppe. Bei Ausschreitungen ist er als Führer und Schläger dabei. Ebenfalls oft genannt werden Frank Kaden (Ex-Finanzer und Jugendverantwortlicher bei den REP's, da ausgeschlossen, tritt moderat auf, Kontaktmann,Dresden-Löbtau), Peter Wollenberg (FAP, VdSW-JS-NWD, Dresden-Nord), Mike Hänzke (DA-Mitgründer,FAP), Jana Göbel (»Frauenschaftsführerin«), Sven Eichler (Dresden-Reick, (ex?REP, NWD-VdSW), Sven Schleife (Gorbitz, NWD) und Dirk Schildhauer (VdSW-JS-NWD).
Zum harten Kern der rechtsradikal/ faschistisch/ kriminellen Szene wird man 150 Personen rechnen müssen.

Das Feld der Sympatisanten und Mitläufer ist weitaus größer. Einen Richtwert bilden die am 2.12. für die NPD in Dresden abgegebenen Stimmen (rund 2.000). Diese Zahl ist allerdings nur sehr bedingt aussagekräftig, da die rechts-kriminelle Szene gerade aus dem Kreis der 14-17jährigen den meisten Zulauf erhält. Mobilisierbar sind in Dresden und Umgebung (Radeberg, Radeburg, Görlitz, Königsbrück, Riesa, Meißen, Freiberg, Freithal...) relativ kurzfristig 300-600 gewaltbereite Jugendliche. Eine rege Reisetätigkeit ist für die Szene ohnehin typisch. Bei Überfällen sind oft Ortsfremde dabei – so kamen bei einem Überfall auf die Wahlveranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen einige Täter aus München.

Eine weitere Organisation, über die noch wenig bekannt ist, wurde unlängst gegründet: die »Wehrsportgruppe Hans-Joachim Peiper« (benannt nach einem SS-General). Beteiligt an der Gründung dieser Gruppe war Rainer Sonntag, möglicherweise auch der berüchtigte Wehrsport-Hoffmann, der sich zum Zeitpunkt der Gründung in Dresden aufgehalten haben soll. Die »Wehrsportgruppe Hans Joachim Peiper« (benannt nach dem SS-Führer Peiper). Beteiligt an der Gründung dieser Gruppe war Rainer Sonntag, möglicherweise auch der berüchtigte Wehrsportgruppen-Hoffmann, der sich zum Zeitpunkt der Gründung in Dresden aufgehalten haben soll. Hoffmanns verbotene »Wehrsportgruppe« wird mit mehreren Anschlägen und Morden in Verbindung gebracht. Die »Wehrsportgruppe PEIPER« soll eine gesamtnational und konspirativ operierende Eliteeinheit werden, eben mit den Aufgaben der »Wehrsportgruppe HOFFMANN«: Anschläge, Banküberfälle, Mord – eine Art rechtsextremistische RAF.

Die verwirrende Vielfalt rechtsradikaler Organisationen läßt auf Zersplitterung, Rivalität und Sektierertum schließen. Das ist leider nicht so, wenn dies auch alles eine Rolle gespielt hat und weiter spielt. Fast alle Organisationen sind untereinander durch Doppel- und Dreifachmitgliedschaften vernetzt. Man muß die Organisationen wohl als Fraktionen oder »Führerschaften« tendenziell einer Bewegung ansehen. Die diversen politischen Gründungen der extremen und radikalen Rechten ersetzen die NSDAP, VSW - JS - NWD (usw.) stehen für SA, die »Wehrsportgruppe PEIPER« übernimmt die Rolle der SS. Wird eine der Gruppen verboten, treten die Mitglieder einer anderen bei – falls sie nicht schon drin sind. Aufmärsche, wie der am 20.10.90 in Dresden, werden von irgendwelchen unbekannten »Arbeitskreisen« oder »Initiativen« angemeldet (Initiative für Deutschland statt Deutsche Alternative zum Beispiel...).

Gottfried Ost, Dresden ●

RECHTSEXTREME ORGANISATIONEN

AUS: KONTRASTE, NR.78

FRONTALANGRIFF GEGEN INFOLÄDEN?

Unter der Überschrift "Autonome trommeln über ihre Infoläden zur Gewalt" wurde in der "Welt" vom 29.12.90 ein Artikel auf der Titelseite veröffentlicht, der offenbart, daß die "Autonomen Infoläden" nächstes Ziel der Staatsschutzaggression werden .

Mit den Informationen des Artikels hat das Kölner Bundesamt des Verfassungsschutzes (VS) seinen Erkenntnisstand über die Infoläden direkt an die "Welt " weitergeleitet und veröffentlicht.

Dieser Artikel steht in unmittelbarem internationalen Zusammenhang. Kurz vor dem Artikel in der "Welt" erschien in einer großen holländischen Zeitung zu den Infoläden ein noch härterer Artikel mit der Überschrift "Niederländer führend in EURO-Terror-Front -Zusammenarbeit mit der IRA und RAF". Ein ähnlicher Artikel erschien in einer englischen Zeitung.Diese Artikel machen wieder einmal deutlich, was wir in Bezug auf die verstärkte "sicherheitspolitische" Zusammenarbeit in Europa zu erwarten haben.

Aus dem Gesamttenor des "Welt"-Artikels ist ersichtlich, daß durch den VS eine Kriminalisierung der Infoläden vorbereitet wird und in absehbarer Zeit in altgewohnter Weise über die § 129a Schiene ablaufen wird.

Wiedereinmal wird mit pauschalen unbelegten Behauptungen von der "Unterstützung terroristischer Vereinigungen" gearbeitet. Den Infoläden wird vorgeworfen, "ihre Räumlichkeiten werden nicht nur von Autonomen Gruppen, sondern nach Erkenntnissen des Verfassungschutzes Teilweise auch von "Personen des terroristischen Umfeldes zu Gruppenzusammenkünften genutzt".

Zu welchen Konsequenzen diese Vorwürfen führen, konnten wir zuletzt bei dem Staasschutzterror gegen die Hafenstraße erleben.

Die zweite Schiene ist der Vorwurf der direkten Organisierung von Gewalt, die den Infoläden an anderer Stelle der Artikels angedichtet wird. Den Infoläden wird als "Meldekopf" eine zentrale Stellung bei der Vorbereitung, Mobilisierung und Koordination "für Demonstrationen und Anlässen, die in Gewalt ausarten" zugeschrieben.

"Bei den gewalttätigen Demonstrationen auf der Mainzer Straße im vergangenen Oktober in Berlin war ein bedeutender Teil der Festgenommenen "über die Infoläden zusammengetrommelte Autonome".

Weiterhin werden die Infoläden mit Sprengstoffanschlägen in Verbindung gebracht um die Bespitzelung der Infoläden zu legitimieren "Darüber hinaus muß der Verfassungsschutz "im Einzelfall verdeckt ermitteln", da etwa Absprachen über Brand- oder Sprengstoffanschläge nur im "kleinsten Kreis von drei bis vier Personen getroffen" werden".

Obwohl die Beschreibung der Infoläden sehr unfangreich ist, zeigt sich der "Welt"-Artikel in seiner gesamten Plattheit bei der Verdrehung von Ursache und Wirkung. "Bei größeren Anlässen mobilisieren die Autonomen inzwischen international, weswegen auch die Sichheitsbehörden hier auf internationaler Ebene zusammenarbeiten müssen.

Daß die Sicherheitsbehörden auf internationaler Ebene zusammarbeiten, haben sie schon bei den internationalen Infoladentreffen schon mehrfach bewiesen. In Wien wurde im vergangnen Jahr ein Bus mit TeilnehmenrInnen dieses Treffen, von österreichischen Sicherheitskräften bei der Abreise bis zur Grenze verfolgt und quasi an den deutschen Zoll übergeben. Die InsassInnen mußten daraufhin schikanöse Durchsuchungen und Personenkontrollen über sich ergehen lassen.



In Holland wurden die TeilnehmerInnen des letzten internationalen Infoladentreffen von deutschen und holländischen Zivi-Bullen observiert, wobei sogar Autos von BRD-TeilnehmerInnen aufgebrochen worden sind und vor dem Infoladen in Amsterdam ständig Bullenstreifen zur Observation stationiert waren.

Unmittelbar vor dem Infoladentreffen flog ein Spitzel des niederländischen Staatsschutzes auf, der nicht nur den holländischen Behörden zugearbeitet hat, sondern der es auch in der BRD versucht und geschafft hat, Informationen und Einblick in die Strukturen von Gruppen, die insbesondere zu Fragen der Kriminalisierung und der Solidaritätsarbeit mit den politischen Gefangenen arbeiten, zu erhalten.Dieser Mensch hatte es überr längere Zeit geschafft, den Infoladen für seine Zwecke zu nutzen.

Warum die Infoläden?

Die meisten Autonomen Infoläden sind seit Mitte der achtziger Jahre u.a. als Konsequenz der permanenten Kriminalisierung von Zeitschriften des Autonmen Widerstandes (radikal, Atom ect) oder Entwicklung örtlicher Kommunikationsstrukturen, im gesamten Bundesgebiet entstanden.

In der BRD gibt es ca 50 Infoläden, außerdem gibt es noch einige in östereich, in der Schweiz, in den Nieder-landen, Belgien, Dänemark, Schweden und Norwegen. Sie erfüllen vor Ort oftmals die Aufgabe von Kordinations- und Anlaufstellen für die verschiedensten Zwecke.

In der Regel werden die Infoläden auch politischen Gruppen als Treffpunkt zur Verfügung gestellt. Die Infoläden besitzen meistens ein umfangreiches Potential an verschiedensten linken Publikationen, die dort eingesehen oder gekauft werden können. In vielen Infoläden wird zudem Archivarbeit geleistet.

Die Infoläden sind mehr oder minder, auch international, miteinander verbunden und haben dabei eine beachtliche Leistungsfähigkeit entwickelt. Es ist über die Infoläden z.B. möglich, innerhalb kürzester Zeit an Informationen über die aktuelle Lage in einer Stadt oder zu gezielten politischen Fragen Material zu erhalten.

Die Leistungsfähigkeit dieser Struktur hat natürlich zu einem weiterentwickltem Grad an Mobilisierung geführt, da die meisten Infoläden auch indirekt viele Menschen aus verschiedenen poltischen Gruppen und Organisationen erreichen.

In den meisten Städten sind die Infoläden elemantarer Bestandteil des örtlichen Widerstandes geworden und dort nicht mehr wegzudenken.

Insofern ist die Absicht des Verfassungsschutz klar darauf ausgerichtet, sowohl die Strukturen der Infoläden vor Ort, als auch die der Zusammenarbeit anzugreifen.

Die Kontinuität der Infoläden, (in den letzten Jahren sind kaum Infoläden aufgelöst worden, sondern es sind immer mehr geworden), ihre Schlüsselrolle vor Ort, die flexible Handlungfähigkeit mit hohem Mobilisierungseffekt, sind das Angriffsziel des VS.

Der Artikel in der Welt läßt also aufhorchen, zumal ja bekannt ist, daß der Staatschutz nur allzugern "gewisse" Meldungen über die Welt lanciert, so daß weder an der Autenzität des Artikels, noch an den entsprechenden Folgen gezweifelt werden muß.

Bislang wurde zwar auch immer versucht, gegen Infoläden vorzugehen, jedoch wurde dabei vom VS noch keine Gesamtstrategie entwickelt, sondern immer nur einzelne Leute wie z.B. in Hamburg für bestimmte Sachen (Stromboykottbroschüre) herausgegriffen und verantwortlich gemacht.

Nach dem uns bekannten Scnema wird in absehbarer Zeit eine VS-Kampangne nach dem Motto "Infoläden: Brutstätten des Terrorismus" und entsprechenden bundesweiten Durchsuchungen der Infoläden folgen, die eine Flut von § 129a Prozessen -wie vielleicht zuletzt bei dem radikal-Prozeßen nach sich ziehen könnte. Es kann sich wiedereinmal eine neue Dimension der Kriminalisierung eröffnen, wenn die Infoläden einzeln oder gesamt zu einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung erklärt würden, zumindest würde so der permanente Zugriff für den Justiz- u. Polizeiapperat auf die Infoläden geöffnet.

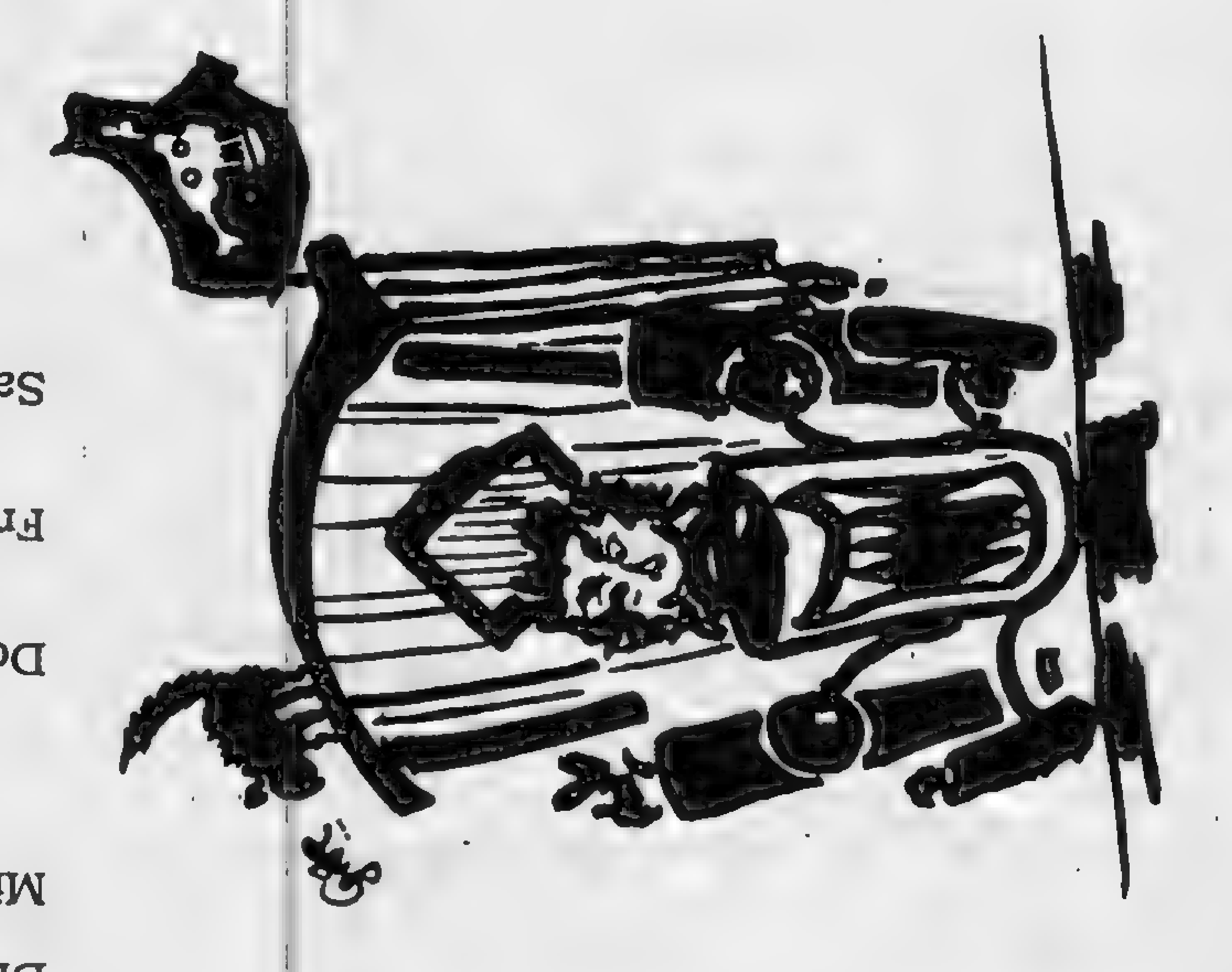
Selbstbestimmt im Großstadtmief



Bundesweite Wagenburgaktionstage

Im Rahmen der bundesweiten Aktionstage vom 15. 3. bis zum 23. 3. mit abschliessenden bunten Demonstrationen soll auf die miese Situation von mehreren tausend Menschen aufmerksam gemacht werden, die in der BRD in Bau-, Zirkus- und anderen Wagen leben.
Das Leben im Wagen ist für uns weit mehr als eine Initiative gegen die ständig wachsende Wohnungsnot. Es ist keine Notlösung, sondern eine Möglichkeit, andere menschliche Formen von Zusammenleben zu entwickeln.
Die Wagen bieten uns die Möglichkeit, mit vielen Menschen zusammenzuleben - da, wo wir wollen. Unabhängig von irgendwelchen VermieterInnen gestalten wir unsere Wagen so, wie wir uns wohlfühlen. Unser Zusammenleben unterliegt unseren Regeln.
Wir wollen und müssen unseren Alltag selbst organisieren: Finanzierung, Wagen ausbauen und reparieren, gemeinsam essen und kochen, Müllentsorgen...
Dieses Leben bringt uns dazu, endlich wieder Eigenverantwortung zu übernehmen für alles Alltägliche, was uns in unserer Gesellschaft so oft aus der Hand gerissen wird. Unsere Lebensform läßt eine konsumfördernde Ein-Ausschaltmentalität nicht zu. Das heißt wir lernen natürliche Lebensgrundlagen wie Trinkwasser, Heizwärme, Strom und Nahrungsmittel bewußter zu nutzen und zu schätzen.
Und das macht uns das Leben im Wagen doppelt attraktiv - wir leben viel im Freien - vor und zwischen den Wagen.
Damit wir so zusammen leben können, besetzen wir Plätze. Leider werden wir dort nur auf unbestimmte Zeit geduldet, d.h. jeden Tag geräumt werden zu können. So leben wir von Monat zu Monat. Zur Zeit sind bundesweit viele Plätze räumungsbedroht und neue Plätze durchzusetzen ist immer schwieriger geworden.
Die Lebensform ist bunt, wildwüchsig, nicht genormt und schwierig einzupassen. Das ist ein Grund für die, die das Sagen haben, uns nicht zu akzeptieren.
Ein anderer ist, daß wir niemandem Geld bringen, für lukrative Geschäfte also nicht verwertbar sind.
Mit den Aktionstagen wollen wir auf uns aufmerksam machen und wir fordern

Keine Räumung von Wagenburgen!
Die Plätze denen, die darauf wohnen!
Selbstbestimmte Plätze, da wo wir leben wollen!



23.3.91
Demo-Aufzug

Bundesweite Wagen Aktionstage

15.3.-23.3.91

Programm der Berliner Aktionstage

Fr 15. 3. 20⁰⁰	Wagenburgenfete mit Lagerfeuer am Tommyhaus (Wilhelmstr.)
Sa 16. 3. 18⁰⁰	Volxküche, Infos und Filme im Kreuzdorf (Mariannenplatz) mit 1. Alles Schöne ist verboten 2. Pink Flamingo
So 17. 3. 16⁰⁰	Infos und Filme im KOB
So 17. 3. 18⁰⁰	Volxküche in der Wagenburg an der Schillingbrücke (Fritz-Heckert Str)
Mo 18. 3. 19⁰⁰	Lange Bauwagenfilmnacht in der Köpenickerstr 137 mit 1. Alle Schöne ist verboten 2. Zaffaraya 3. Sammy und Rosy tun es
Di 19. 3. 18⁰⁰	Volxküche in der Wagenburg am Kinderbauernhof (Adalbertstr)
Mi 20. 3. 18⁰⁰	Volxküche, Infos und Filme am Hüttendorf (Cafe Vamos, Marchstr) mit 1. Räumung der Wagenburg am Hafen
Do 21. 3. 15⁰⁰	10 Jahre Kinderbauernhoffest (Adalbertstr) mit Infostand der Wagenburgen
Fr 22. 3. 15⁰⁰	Großes Malen und Basteln für den Demonstrationsumzug im Kreuzdorf (Mariannenplatz)
Sa 23. 3. 12⁰⁰	Bunter Demonstrationszug von der Schillingbrücke zur Marchstraße. Der Zug geht über Kochstraße, Reichpietschufer, Kurfürstenstraße, Ernst-ReuterPlatz. Abschlußkundgebung ca 17⁰⁰ an der Marchstr, danach Konzert, abends Fete '2jährige Besetzung Vorderhaus Marchstr'

V.i.S.d.P.: B. Wenden, Schlüterstr. 3:

WIR LASSEN UNS NICHT VERKAUFEN!
KEINE VERSTEIGERUNG, KEINE MIETENEXPLOSION!



Zum 14. März plant Berlins berühmt-berüchtigstes "Grundstücks-Aktionshaus" PLETTNER die zweite Grundstücks-Versteigerung für Häuser in Ost-Berlin. Betroffen sind die Ackerstr. 19 in Mitte, die Eichenstr. 56 in Niederschönhausen, aber auch "Modernisierungsobjekte" in West-Berlin: Die Boddinstr. 63, Lahnstr. 91, Nogatstr. 13 in Neukölln, die Schönleinstr. 31 in Kreuzberg, sowie die Sparrstr. 24 im Wedding.

Eine Versteigerung soll ein mehrfaches des derzeit üblichen Verkaufspreises von ca. dem vierzehnfachen der Jahreskaltmieteeinahmen einbringen. Bereits das zwanzigfache der Mieteinnahmen als Verkaufspreis wird sich für den neuen Besitzer nur lohnen, wenn er umfassend mit privaten Mitteln modernisiert oder die alten MieterInnen versucht rauszuklagen, um über Neuvermietungen ein mehrfaches an Mieteinnahmen zu erzielen. Wenn ein Haus für das 70-fache der Jahresmiete gekauft wird, so muß die Miete schnellmöglichst um mindestens das zehnfache erhöht werden, damit der Käufer kein Verlustgeschäft macht. Verkäufe um über das hundertfache der Kaltmiete sind aber keine Seltenheit mehr. Das bedeutet Mietenexplosion und Vertreibung.

Die erste dieser Veranstaltungen ist dem Herrn Makler sicher noch in guter Erinnerung. Damals ging es u.a. um die Kollwitzstr. 52, ein Fall, der auch in der Presse aufgrund von zahlreichen MieterInnenprotesten einiges an Aufsehen erregt hat. (Der damalige Verkauf war im übrigen nachträglich für ungültig erklärt worden.) Verkäufer und Interessenten waren damals nicht unter sich geblieben. Vor allem die Mieter und MieterInnen der Kollwitzstrasse protestierten lautstark gegen eine derartige Spekulation mit ihrem Haus als "Rendite- oder Modernisierungsobjekt" . Die Veranstaltung selbst konnte erst mit einer Verspätung von über 2 Stunden beginnen, was zur Folge hatte, daß viele Interessenten den Saal verließen. Mittlerweile dürfte ja auch am Bsp. der von DATA-DOMIZIL gekauften Fehrbellinerstr. 50 in Mitte deutlich geworden sein, was eine Privatmodernisierung für die MieterInnen bedeutet: Mietsteigerungen bis zu 2.000% !!!

Wir fordern die Mieter und Mieterinnen der nun betroffenen Häuser, sowie alle, die solchen Geschäften einen Riegel vorschieben wollen auf, der Auktion am 14. März beizuwohnen und ihren Protest unüberhörbar zum Ausdruck zu bringen.

KOMMT ALLE AM DONNERSTAG, DEN 14. MÄRZ, 17.30 UHR ZUM "PALACE HOTEL" (EUROPA-CENTER, BUDAPESTER STR.)

BRINGT TRANSPARENTE, LÄRMINSTRUMENTE UND VIEL PHANTASIE MIT!

Berliner Aktionsbündnis gegen Mietenexplosion

Telefon W-2168001

Telefon O-2292081

Im Hinblick auf die teilweise exzellenten Wohn- und Geschäftslagen der Objekte und die attraktiven Auktions-Start-Preise besteht für Sie, gemessen an der augenblicklichen Marktlage, die Möglichkeit eines günstigen Immobilienerwerbs.

GRUNDSTÜCKS-AUKTION
AM 14. MÄRZ '91
IM PALACE-HOTEL (EUROPA-CENTER)

Selbstbestimmtes Leben gegen den Einigungsvertrag

Seit fast Einem Jahr versuchen wir in der Linienstraße 158 unsern Traum vom Autonomen Selbstbestimmten Leben zu verwirklichen. Da das Haus in einem miserablen Zustand war, mußten wir viel Zeit aufwenden um es in einen bewohnbaren Zustand zu versetzen. Nach endlosen Diskussionen haben wir dann beschlossen am runden Tisch teilzunehmen.

Eines Morgens tauchte dann der Verwalter des Hauses auf : Er versucht uns weiszumachen, daß das Haus erst seit 3 Monaten besetzt ist (Juni+Juli+August+September+Oktober+November+Dezember+Januar+Februar= 3 Monate oder wat???) und drückt uns Zettel in die Hand, daß die "Anwesenden Linienstr.158" das Haus und Grundstück bis zum 18.3.91 zu verlassen haben.

Oma's Klein Häuschen soll verscheuert werden, meint die Erbengemeinschaft, und da sind wir als Bewohner im Weg. Potentielle Käufer würden sich nicht ins Haus trauen.(Grrr Zähnefletsch!)

DAS LASSEN WIR UNS NICHT GEFALLEN!!!

Und deswegen gibt es vom 17.-19. März eine SoliParty für alle kämpfenden GenossInnen-Zeigt Solidarität-Enteignet alle HausbesitzerInnen- Kommt alle zur Linienstraße 158- Spendet Waffeln und Helme-Hoch die internationale Solidarität-

Wir grüßen alle Ⓐ-Häuser in Ost & West

Hafen, March, und Linien bleiben

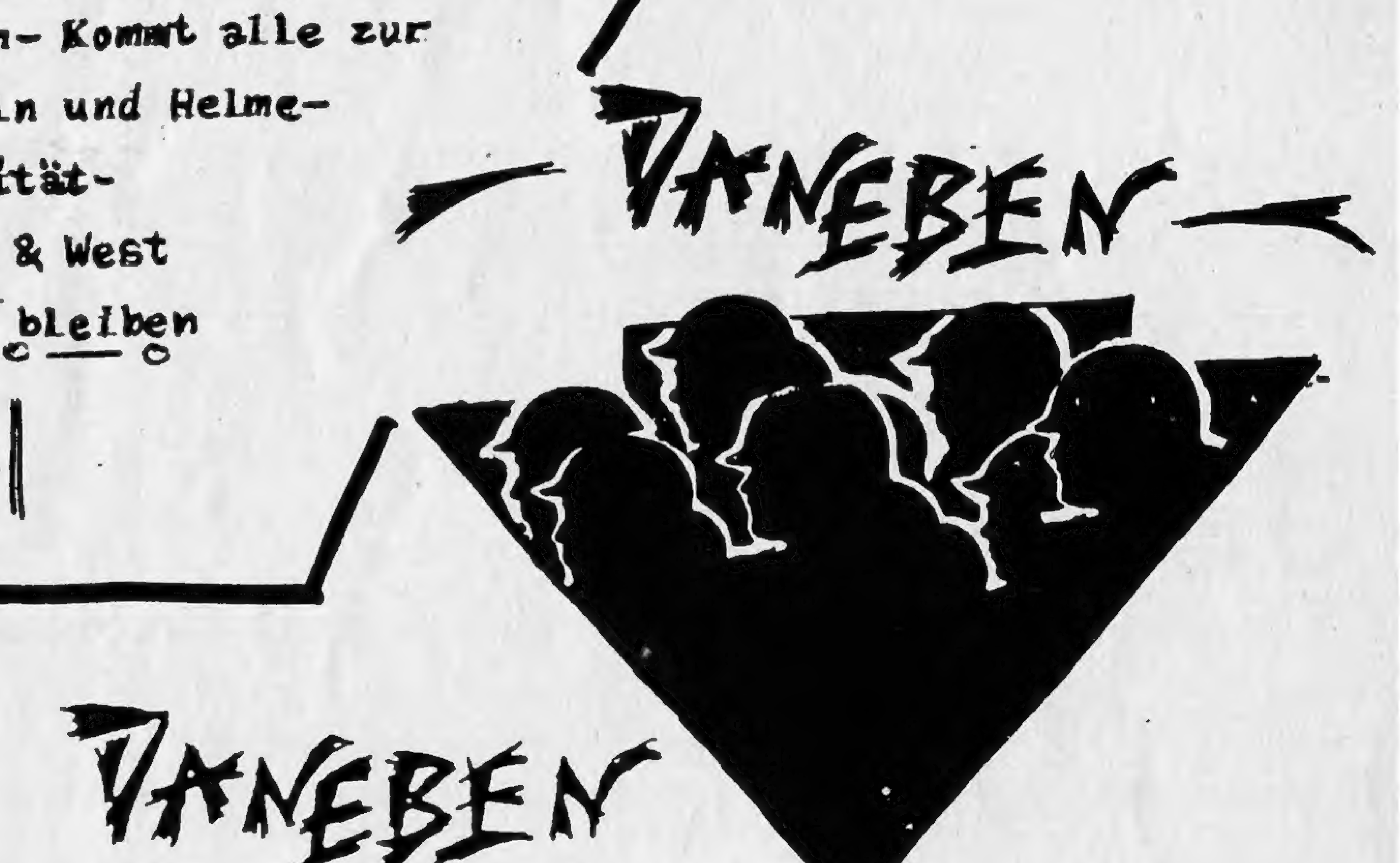
Linienstr. 158 || U8 RosentalerPlatz || U6 Oranienburgerstr. || S3 OranienburgerTor

PROGRAMM

Sonntag 17.3.- 21⁰⁰
- -Konzert
- -Vokü
- -Disco

Montag 18.3.
- -Frühstück
- -Kinderfest 15⁰⁰
- -Tombola
- -Vokü
- -Filme
- -Konzert
- -Disco

Dienstag 19.3.
- -Frühstück 9⁰⁰
- -Keine Räumung !?!?



INFOLADEN DANEBEN

Weil wir auch mal etwas anderes machen wollen, machen wir den Infoladen in der Rigaer Str. 84 für zwei Wochen dicht. Und zwar vom 15.3 - 22.3. und vom 1.4 - 8.4.91. Dazwischen und danach haben wir wie immer von 14 bis 19 Uhr geöffnet. Und ab dem 11. April gibt es unser neues Videoprogramm. Donnerstags zeigen wir Filme über den antifaschistischen Widerstand im 3. Reich, samstags Filme zu verschiedenen Themen - diesmal u.a. natürlich zum 1. Mai.

Bis denne

RIGAER STR. 84

LIBERTÄRE MÄNNERGRUPPE

Nach mehreren Anläufen startet endlich die Männergruppe im Anarchistischen Laden. Wir wollen in der Gruppe keine Selbstbespiegelung betreiben,sondern unsere und die allgemeine Rolle von Männern in unserer Gesellschaft hinterfragen und ändern. In der linken Politik gibt es zwar einige theoretische Ansätze gegen Männerherrschaft, aber wenige ernsthafte Versuche damit fertigzuwerden. Das eigene Verhalten wird ungern in Frage gestellt. Wo doch gerade wir, die wir die Gesellschaft verändern wollen, besonders Grund dazu hätten unsere Denkweisen auch tatsächlich in unserem Leben umzusetzen. Wir gehen davon aus, daß das Patriarchat das(eines der?) bestimmende(n) Merkmal(e) unserer Gesellschaft ist, und das männliche hierarchische System eine Menge Unterdrückung, Diskriminierung, Abhängigkeit...
produziert. Wir fragen uns, was die prägenden Elemente dieses Systems sind und wo die schwachen Punkte liegen, an denen wir vielleicht ansetzen können. Es gibt eine ganze Menge Themen zu behandeln, z.B. Wie es überhaupt zu einem patriarchalen System kommen konnte,(nachzulesen z.B.: Marilyn French,"Jenseits der Macht"), oder was Männern ihr zerstörerisches Aggressionspotential nützt, (z.B. bei: Volker E. Pilgrim, "Der Niedergang des Patriarchats"), oder wie wir gegen die "Schule der Männlichkeit", das Militär und den Krieg arbeiten können. Wir suchen noch viele Männer, die Lust haben sich regelmäßig zu treffen und die Arbeit und Inhalte der Gruppe mitzubestimmen.

Wir treffen uns zur Zeit jeden 3.Dienstag im Monat 20Uhr im:

A(narchistischen)-Laden,
Rathenower Str.22,
1 Berlin 21.

A-Laden in Moabit
Rathenower Str. 22 1 Berlin 21 Tel.: 394 61 67
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mo.: 15-20 Uhr Cafe
Di.: 15-20 Uhr Cafe
jeden 2. Di./Monat 20 Uhr FAU (Freie ArbeiterInnen Union)
jeden 3. Di./Monat 20 Uhr Anarchistische Männergruppe
Mi.: Frauentag!! 17-20 Uhr Cafe
Do.: 15-18 Uhr Cafe 20 Uhr Veranstaltungen
Fr.: 18-19 Uhr Food-Coop

Zum Schluß noch ein Zitat von Marilyn French: Die Verheißungen der Genesis haben sich für die Männer erfüllt: Sie haben sich die Natur und die Frauen in einem hohen Maße untertan gemacht, sie sind im großen und ganzen ihrem Gott der Macht treu geblieben und wurden dafür mit einer Beteilung an der Macht belohnt. Sie sind noch immer die Helden, die auf ewig einsam und heimatlos als Verbannte herumziehen, und sie sind noch immer bereit ihre Isaaks zu opfern. In majestätischer Einsamkeit schauen sie über ihr Reich hin. Sie stellen 47 Prozent der Weltbevölkerung und vereinen doch 90 Prozent ihres Einkommens und 99 Prozent ihres Reichtums auf sich. Sie werden mit weit höherer Warscheinlichkeit als Frauen alkoholabhängig oder gewalttätig. Sie sind anfälliger für eine ganze Reihe stressbedingter Krankheiten, haben eine kürzere Lebenserwartung und begehen häufiger Selbstmord. Natürlich gilt dieses düstere Bild nicht für alle Männer gleichermaßen, aber kein Mann ist ganz frei von den Beschränkungen, die diese Gesellschaft seinem Geschlecht auferlegt. Eine kleine Elite von Männern zieht aus ihrer Arbeit wirkliche Befriedigung und vielleicht sogar ein gewisses Gefühl der Autonomie. Immer mehr Männer bemühen sich, im Verhältniss zu ihren Freundinnen, Ehefrauen und Kindern echte Nähe herzustellen, einige wenige Männer arbeiten daran, die Fähigkeit zur Freundschaft zu entwickeln.

TERMINE...

ständige Termine:
antifa-telefon-westberlin jeden samstag von 16 - 22 uhr besetzt, das in
ostberlin gibts nicht mehr
die kiezküche im syndikat ist tot
jeden dienstag frauencafé im subversiv ab 19.00
jeden letzten dienstag im monat antifa-café 19.00 sbversiv
jeden montag **Homobar** für **Tunten** und **Spinner** im subversiv ab 20.00

Do. 14.3. 20.30 Das Treibhaus BRD 86/87 Regenbogenkino
21.00 "Ein Wort kann eine Karikatur sein: FRIEDE" (Film)
Infoladen Daneben Rigaerstr. 84 F'hain
20.00 "Israel und der Palestina Konflickt" (3Filme) u. Disk.
Ⓐ-Laden
19.00 Veranstaltung mit Vertretern der Demokratischen Opposition
des Irak Anti-Krieqs-Zentrum "Kaufhaus Kato" Schlesisches Tor
17.30 Palace-Hotel,Budapesterstr., gegen Versteigerung
El Locco : 17.oo RU 486 die Abtreibungspille, Info u. Disk.
: 19.00 Assata(Kapt. 3 u. 4)
: 20.00 Weberinnen der Zukunft(über Guatemala) } NUR FÜR FRAUEN!

Fr, 15.3. 20.30 Das Treibhaus (s. Do)
El Locco : 17.00 Die neue Weltkarte, Info mit Dias
19.00 Hände über der Stadt, Film, Ital. `63
21.00 Die Potemkinsche Stadt, Film Brd `88

Sa. 16.3. : 21.00 "23 Stunden" (Film über U-Haft in w. Berlin), Infol.Daneben
20.30 Kurzfilme zum Thema Krieg u. Frieden, Regenbogenkino
22.00 Solidisko für Mainzerstr. im SO 36
22.00. Disko für Komitee polit. Gefangener in EL Salvador in
der SFE
El Locco : 17.00 "Ein Volk- Ein Führer" Kein Erdöl aber "Kohle", Info
und Dias
Rubrik Literatur:"Lange Schatten", M.L.Kaschnitz
19.00 Video "Wo die Angst, gehts lang" (Besetzg. Kohlfurter`81
21.00 Video u.Info.

So. 17.3. 23.00 "YAABA" , Regenbogenkino
20.00 "von Moslems u. Christen", Ägyp.`88, Film im EX
17.00 Abu Jamal, in den USA zum Tode verurteilt, Video u.Info.
ElLocco : 19.00 "Gespenst der Freiheit"L. Bunuel (Video,`74)
21.00 "Das Hobo-Abenteuer", Video, BRD`90
18.00 Kiezküche Wedding bei Zorro in Pankow Grüntalerstr. 38

Mo. 18. 3. 18.00 Vorbereitungstreffen für **schwule Totalverweigerer** und Zwangs-
dienstgegner zur **Rekrutenzugblockade** am 2. April '91, Berlin/
Hauptbahnhof. Im Café Subversiv, Brunnenstr. 6

Di. 19.3. 19.00 "Die Armen- Reportagen aus unserem reichen Land",Video
El Locco : BRD `83
21.00 "Als Berlin Germania heißen sollte", Video, DDR `89
(F.46, 1/36) Disk

Mi. 2o.3. 20.00 Frauen-Antifa-Kneipe im Falckeladen
über den 20.4 u. Mainzer-Strasse video
ElLocco : 17.00 Weltraumforschung ,Vortrag u. Video
19.00 "Hände über der Stadt" Film, Ital.`63
21.00 "Potemkinsche Stadt", Film, BRD`88

Do. 21.3. 20.30 "Das Lied der Steine" Belg./Palästina `90, Regenbogenkino
20.00 "Aids- die Afrikalegende", Video, DDR`89, im Ⓐ-Laden
21.00 " Im Westen nix Neues"...

Mo. 25. 3. 18.00 Vorbereitungstreffen für **schwule Totalverweigerer** und Zwangs-
dienstgegner zur **Rekrutenzugblockade** am 2. April '91, Berlin/
Hauptbahnhof. Im Café Subversiv, Brunnenstr. 6

So. 17.3. 21.00 bis Di. 19.3 9.00 Soliparty Linienstr. 158


DISCO
Sa, 16.3. 22.00 im SO 36
Kohle für Prozesskosten
der geräumten Mainzerstraße
Die Bollmanns sind liebe gute Menschen.
Aber ihre 4-ZIMMER WOHNUNG
würden sie mit Zähnen und Klauen verteidigen.